HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Jahresbericht 2013

Was wir wollen

Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vorantreiben, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen.

Wir stehen der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe und arbeiten als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern.

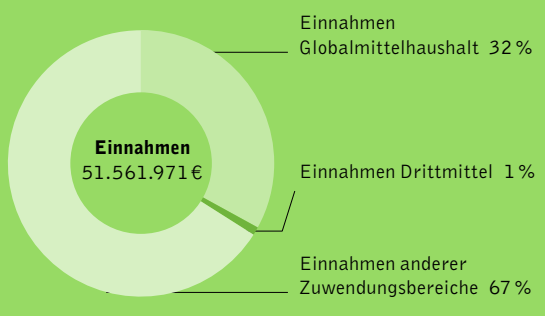
Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 30 Auslandsbüros verfügen wir über eine weltweit vernetzte Struktur. Wir kooperieren mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland.

Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und möchten andere anstiften mitzutun.

Fakten zur Stiftung

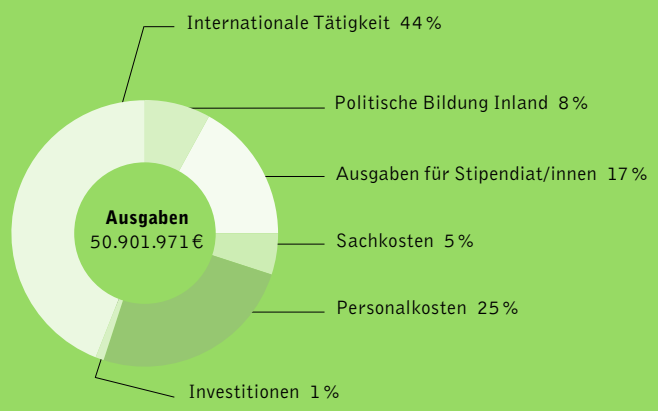
Zuwendungen

2013

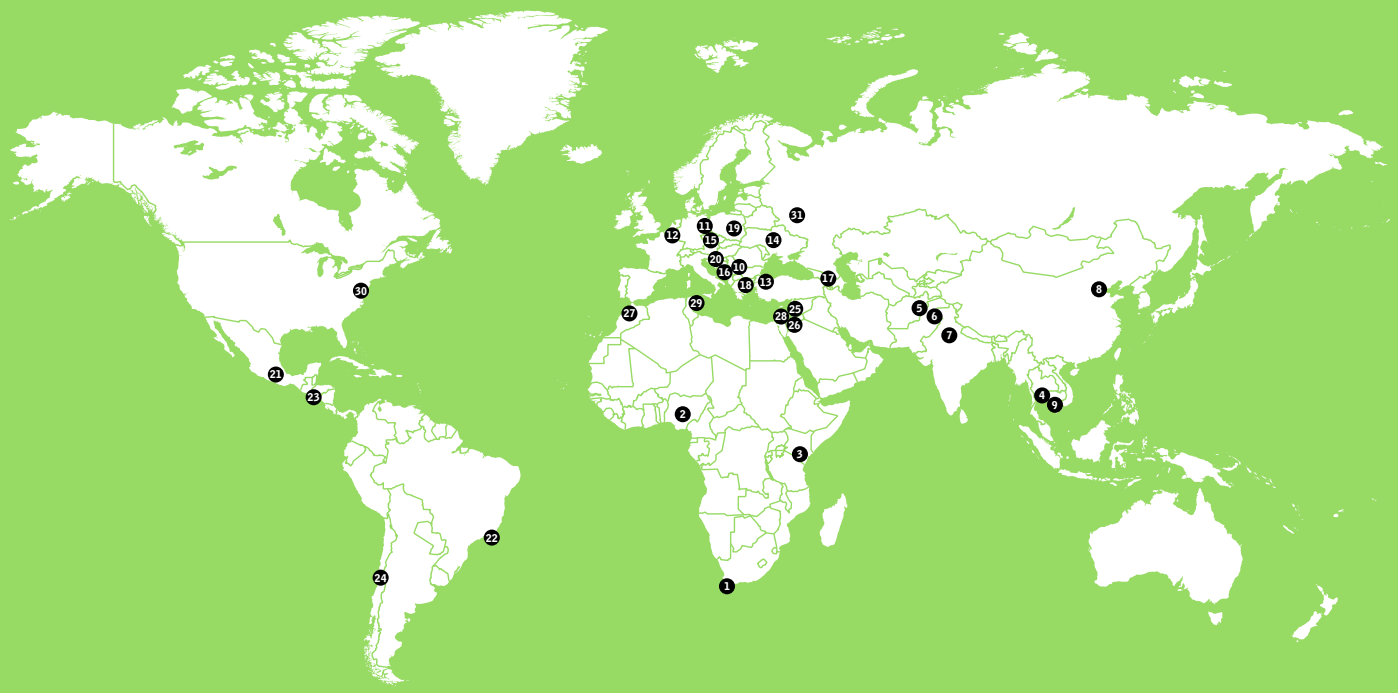


Mittelverwendung

2013



Heinrich-Böll-Stiftung weltweit



Afrika
1. Kapstadt (Südafrika)
2. Abuja (Nigeria)
3. Nairobi (Kenia)

Asien
4. Bangkok (Thailand)
5. Kabul (Afghanistan)
6. Islamabad (Pakistan)
7. Neu Delhi (Indien)
8. Peking (China)
9. Phnom Penh (Kambodscha)

Europa
10. Belgrad (Serbien)
11. Berlin (Deutschland)
12. Brüssel (Belgien)
13. Istanbul (Türkei)
14. Kiew (Ukraine)
15. Prag (Tschechische Republik)
16. Sarajevo (Bosnien-Herzegowina)
17. Tbilisi (Georgien)
18. Thessaloniki (Griechenland)
19. Warschau (Polen)
20. Zagreb (Kroatien)

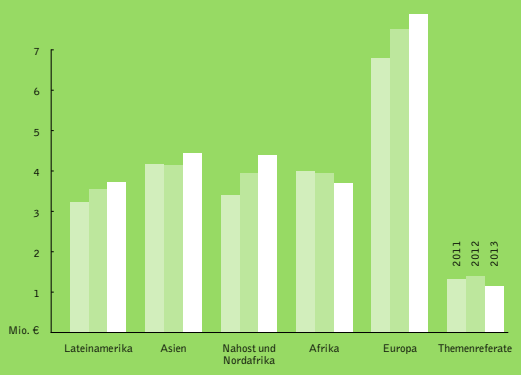
Lateinamerika
21. Mexiko-Stadt (Mexiko)
22. Rio de Janeiro (Brasilien)
23. San Salvador (El Salvador)
24. Santiago de Chile (Chile)

Nordafrika und Nahost
25. Beirut (Libanon)
26. Ramallah (Palästina)
27. Rabat (Marokko)
28. Tel Aviv (Israel)
29. Tunis (Tunesien)

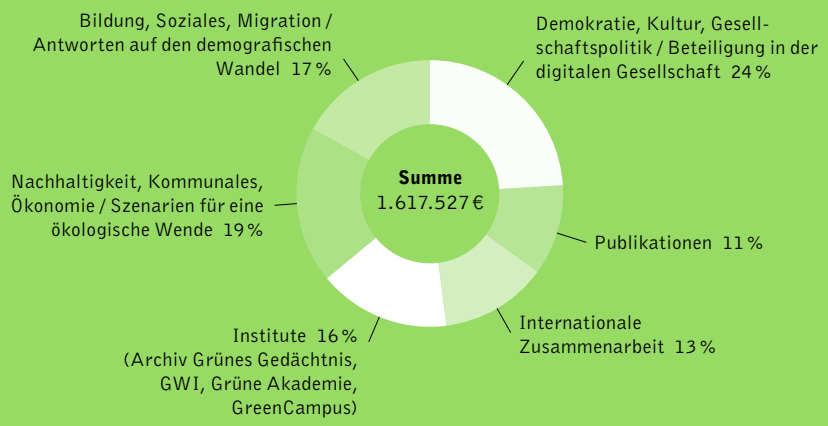
Nordamerika
30. Washington (USA)

Russische Föderation
31. Moskau (Russland)

Internationale Zusammenarbeit
2011-2013



Politische Bildung Inland
2013



Inhalt

Seite 16

Seite 24

Seite 46

Vorwort 1
Auf einen Blick 2
Europapolitik 4
Die große Transformation 12
Demokratie und Menschenrechte 24
Gunda-Werner-Institut 36
Geschlechterpolitik/LGBTI 38
Außen- und Sicherheitspolitik 40
Kunst und Kultur 44
Studien- und Promotionsförderung 48
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 52
GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management 53
Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung 54
Archiv Grünes Gedächtnis 58
Preisverleihungen 59
Prominente Gäste 60
Jubiläen der Auslandsbüros 61
Stiftungsmanagement 62
Gremien 70
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten 71
Adressen 74
Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung 77

Impressum Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Redaktion: Susanne Dittrich Redaktionelle Mitarbeit: Nevin Ekinci, Bernd Rheinberg Cover: Großer Saal des Veranstaltungszentrums der Heinrich-Böll-Stiftung, Foto: Stephan Röhl Texte: Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung Gestaltung: State, Berlin Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht Auflage: 3.300 Stand: 30. April 2014 Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin **T** 030–28534–0 **F** 030–28534–109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de

Vorwort

Ralf Fücks Foto: Julia Baier

Barbara Unmüßig Foto: Bettina Keller

Die internationalen Konflikte des vergangenen Jahres – von Syrien, Ägypten, Afghanistan bis zu Ungarn, der Türkei und jüngst der Ukraine – prägen auch die Arbeit unserer Stiftung. Wir unterstützen nach Kräften viele Initiativen und politische Akteurinnen und Akteure, die sich vor Ort für demokratische Strukturen, Menschenrechte und friedliche Konfliktregelungen einsetzen. Mit unseren Partnerinnen und Partnern bringen wir Analysen und Perspektiven aus aller Welt in die öffentliche Diskussion in Deutschland und Europa. Dazu gehören auch vielfach tabuisierte Themen wie die sexualisierte Gewalt in Konfliktsituationen. Die Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit gehört zu den zentralen Aufgaben der politischen Stiftungen. Unsere hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten unter teilweise sehr schwierigen Bedingungen hervorragende Arbeit. Sie verdienen unseren Respekt und Dank.

Die Zukunft der Europäischen Union war auch 2013 ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Die Finanzkrise hat die ökonomischen Ungleichheiten und sozialen Verwerfungen innerhalb der Eurozone verschärft. Das ist der Nährboden für die Wiederkehr nationaler Ressentiments, die das Projekt der europäischen Integration gefährden. Dagegen setzen wir ein Mehr an Gemeinsamkeiten und Solidarität von A wie Außenpolitik bis Z wie Zuwanderung. Die elementaren Werte der Europäischen Gemeinschaft – Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit durch Zusammenarbeit – sind so aktuell wie eh und je.

Auch die Energiewende in Deutschland wird nur erfolgreich sein, wenn sie in eine gemeinsame europäische Energie- und Klimapolitik eingebettet ist. Die grüne Energierevolution bleibt ein Schwerpunkt der Stiftungsarbeit im In- und Ausland. Wir vermitteln die Erfahrungen des deutschen Pilotprojekts in alle Welt und fördern den Energiedialog mit unseren europäischen Nachbarn.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung sind Beiträge zur sozialen und ökologischen Transformation weltweit ein zentrales Thema. Mit unserem «Fleischatlas 2013» zeigen wir die sozialen und ökologischen Auswirkungen des europäischen Fleischkonsums auf die Schwellen- und Entwicklungsländer. Die Resonanz darauf war so überwältigend, dass wir auch im Jahr 2014 einen Fleischatlas veröffentlicht haben. Er bringt Licht ins Dunkel des großen internationalen Geschäfts mit dem Fleisch von Europa über die USA bis hin zu China und Indien.

Unser Erfolg ist das Ergebnis von Teamarbeit. Unser großer Dank gilt unseren Partnerinnen und Partnern im In- und Ausland, den Mitgliedern unserer ehrenamtlichen Gremien und nicht zuletzt all unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie sind das Rückgrat der erfolgreichen Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung.

Berlin, im April 2014

Ralf Fücks Barbara Unmüßig
Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Auf einen Blick

4 Europapolitik

Viele Europäerinnen und Europäer fragen sich, ob die EU in ihrer jetzigen Form und mit ihrer derzeitigen Politik noch Perspektiven bieten kann. Wir wollen mit unseren Veranstaltungen und Studien die Debatte über die Zukunft der EU befördern, wollen die Bürgerinnen und Bürger für die Vorzüge der EU begeistern und europäische Stimmen zu Gehör bringen. Im Jahr 2013 standen die notwendigen Reformen der europäischen Institutionen, die Energiewende und die europäische Nachbarschafts- und Migrationspolitik im Mittelpunkt unserer Europaarbeit.

12 Die große Transformation

Wir wollen den Übergang in eine nachhaltige Form des Wirtschaftens beschleunigen. Dafür erarbeiten wir Reformalternativen zu unterschiedlichen Themen wie Energie, Mobilität, Stadtentwicklung oder Ressourcen- und Agrarpolitik. Wir bieten ein Forum für Menschen, die sich für eine ökologische Transformation einsetzen, und schmieden diesbezüglich Allianzen. Im Jahr 2013 haben wir uns u.a. für eine alternative Landwirtschaft engagiert. Ein großer Erfolg war unser Fleischatlas mit einer Auflage von mittlerweile über 100.000 Exemplaren.

24 Demokratie und Menschenrechte

Wir arbeiten in etablierten Demokratien, aber auch unter autoritären und teils repressiven Bedingungen. In Regionen, die von Konflikten akut betroffen sind oder mit deren Folgen zu kämpfen haben. Zusammen mit unseren Projektpartnern versuchen wir, die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe auszuweiten. So haben wir 2013 zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in ihrem Engagement für ein demokratisches Syrien unterstützt. Ein wichtiges Thema war auch der Einsatz von sexualisierter Gewalt als Waffe in politischen Umbruchsituationen, ein Problem, was immer noch als bloßes Nebenprodukt von Konflikten eingestuft wird.

36 Gunda-Werner-Institut (GWI)

Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort der Analysen und Strategien. Wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussehen kann und welche politischen Instrumente uns dorthin bringen, wird u.a. in dem Blog «Was ist der StreitWert» debattiert. Die Ausstellung «Was sehen Sie, Frau Lot» in Kooperation mit Bremer Künstlerinnen setzte sich Ende 2013 mit sexualisierten Gewalterfahrungen von Mädchen, Jungen und Frauen auseinander. Trotz der verstörenden Thematik wurde das Ausstellungsprojekt mit großem Interesse aufgenommen.

38 Geschlechterpolitik/LGBTI

Die Gleichberechtigung aller Menschen ist unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Frauen werden in vielen Teilen der Welt noch in konventionelle Rollen gedrängt und vom politischen Leben ausgeschlossen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LGBTI). Im Jahr 2013 organisierten wir ein Reise von russischen LGBTI-Vertreter/innen nach Brüssel, unterstützten einen «Man for a Day»-Workshop in Mexiko-City und veranstalteten eine alternative Familienkonferenz in Istanbul.

40 Außen- und Sicherheitspolitik

Innerhalb der EU mangelt es an einer geschlossenen Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der EU leisten, die sich an den Werten Demokratie und Menschenrechte orientiert. Im Jahr 2013 beschäftigten wir uns u.a. mit der digitalen Kriegsführung, diskutierten die internationalen Erwartungen an Deutschlands Rolle in der Außenpolitik und veranstalteten eine Fachtagung über die Zukunft der Rüstungskontrolle.

44 Kunst und Kultur

Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Und wir untersuchen die Zusammenhänge von digitaler Kultur und Aktivismus in sozialen und politischen Bewegungen, wie bei der Konferenz «Energize, Polarize, Mobilize». Wir konzipieren und veranstalten Literaturtage, Workshop-Konferenzen oder Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen. 2013 beteiligten wir uns auch an dem internationalen Theaternetzwerk «Hunger for Trade», das die Probleme und Perspektiven des globalen Lebensmittelmarktes dokumentarisch mit Mitteln des Theaters aufarbeitet.

48 Studien- und Promotionsförderung

Köpfe für die Zukunft! 2013 haben wir insgesamt 852 Studierende und 235 Promovierende gefördert, davon 57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer. 310 Stipendien haben wir neu vergeben. Zur persönlichen Weiterbildung konnten unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten aus einer Vielzahl an mehrtägigen Veranstaltungen auswählen. Die Themen reichten von Anpassung an den Klimawandel über Karrierehürden für Frauen bis hin zum Verhältnis von Kunst und Revolution. Das im Jahr 2013 gestartete zweijährige Studienprogramm «Transformation gestalten» bietet 24 Stipendiatinnen und Stipendiaten Qualifizierung an.

52 Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

In vielen Ländern sind Künstlerinnen und Künstler durch ihren Einsatz für die Freiheit Repressionen ausgesetzt. Mit unserem Stipendienprogramm im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich bieten wir Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert zu arbeiten. Im Jahr 2013 hatten wir überwiegend Schriftsteller und Lyriker aus Syrien zu Gast. In Langenbroich konnten sie sich von Krieg und Verfolgung erholen, ihrer Arbeit widmen und ihr friedliches Engagement für eine Beendigung des Krieges, für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Heimatland fortsetzen.

53 GreenCampus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Ziel ist es, ehrenamtlich Aktiven und Profis das Rüstzeug für eine erfolgreiche politische Arbeit zu vermitteln. Im Jahr 2013 bot GreenCampus wieder das Politikmanagementzertifikat an – Nachfrage steigend. Das Weiterbildungsangebot steht dauerhaft für sehr gute Qualität. Seit Ende 2008 haben wir eine externe Testierung (LQW – Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung).

54 Die Landesstiftungen

Die 16 Landesstiftungen sind selbständige Vereine, arbeiten aber auch untereinander und mit der Bundesstiftung in Verbundprojekten eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2013 verschafft einen ersten Überblick.

58 Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv dient den historischen Überlieferungen der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Journalist/innen, Mitarbeiter/innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung und auch die Grünen selbst nutzten das Archiv für ihre Recherchen. 2013 haben wir auch den Online-Katalog unserer audiovisuellen Sammlungen fertiggestellt. Alle Unterlagen im Archiv – auch die audiovisuellen – stehen der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung.

59 Preisverleihungen

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt auch Preise! Im Jahr 2013 waren dies u. a. der Friedensfilmpreis an Mahdi Fleifel für seinen Film «A world not ours». Der Anne-Klein-Frauenpreis ging an die feministische Aktivistin und Intellektuelle Lepa Mladjenovic und der Hannah-Arendt-Preis an den Historiker Timothy Snyder.

61 Jubiläen der Auslandsbüros

20 Jahre Büro in Pakistan, 15 Jahre EU-Büro in Brüssel und 10 Jahre Büro in Georgien. Es wurde gratuliert, auf Geschichten zurückgeblickt, die politische Entwicklung rekapituliert und mit Partnerinnen und Partnern sowie Gästen aus Politik und Gesellschaft der Region gefeiert.

62 Stiftungsmanagement

Wir finanzieren uns fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Jahr 2013 standen uns rund 51 Millionen Euro zur Verfügung. Etwa die Hälfte wurde für Projekte der internationalen Zusammenarbeit verwendet. Wir investieren aber auch in Fortbildungen für die Belegschaft und in die organisatorische Weiterentwicklung unserer Stiftung. Darüber hinaus wurde durch ehrenamtliches Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung die Förderstiftung TuWas – Stiftung für Gemeinsinn gegründet.

Foto: Peter Hirth/laif

Für ein starkes und geeintes Europa

Auch wenn sich die Wirtschaftsdaten leicht verbessert haben, die Krise in Europa ist noch lange nicht ausgestanden. Viele Europäerinnen und Europäer fragen sich, ob die EU in ihrer jetzigen Form und mit ihrer derzeitigen Politik noch Perspektiven bieten kann. Populistische und antieuropäische Parteien bekommen immer mehr Zulauf. Doch was muss sich ändern, damit Europa wieder ein Modell für die Zukunft wird? Wir wollen die Debatte über nötige Reformen befördern und zeigen, worin der Mehrwert der EU liegen kann: in einer gemeinsamen Energie- und Klimapolitik, die auf Erneuerbare Energien setzt, in einer finanz- und wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit, die ökologisches Wachstum fördert, und in einer koordinierten Außen-, Sicherheits- und Nachbarschaftspolitik, die Kooperation zum maßgeblichen Kriterium macht. Wir denken europäisch, bringen Stimmen aus Europa und damit Europas Vielfalt zu Gehör und stellen unsere Arbeitsergebnisse europaweit zur Diskussion.

Europas Jugend – Vernetzung und Austausch

Europas Jugend ist von der aktuellen Krise besonders betroffen. Vor allem in Südeuropa gibt es kaum Arbeit, entsprechend schlecht sind die Chancen für die Zukunft. Dennoch oder gerade deshalb engagieren sich viele junge Menschen für ein «besseres Europa». Statt zu kapitulieren, gründen sie Initiativen und Netzwerke, um für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und eine ökologische Transformation zu kämpfen. Wir wollen sie dabei unterstützen und bieten mit unseren Veranstaltungen und Workshops eine Plattform für Vernetzung und Austausch.

Europe's Future – Your Future

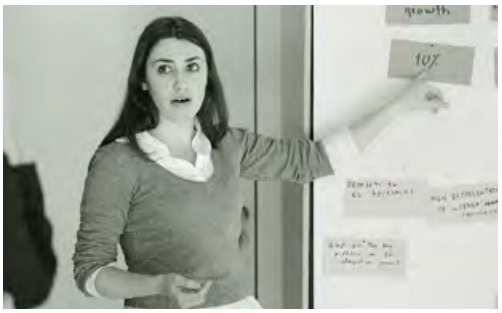
Im Herbst 2013 haben wir gemeinsam mit den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) und der Federation of Young European Greens (FYEG) einen Europäischen Jugendkongress in Berlin veranstaltet.

In den Workshops ging es u.a. um Wege, die Wirtschaftskrise zu überwinden, die EU demokratischer zu gestalten und eine europaweite Energiewende einzuleiten. Einige Initiativen hatten die Gelegenheit sich vorzustellen. Der Grieche Michalis Goudis etwa präsentierte sein Projekt «Thessaloniki in a different way», das sich für den Austausch zwischen jungen Kreativen und der Wirtschaft einsetzt. Seine «urban activism group» organisierte bereits zahlreiche Events, bei denen sich beispielsweise Vertreter der Stadtverwaltung mit jungen Kreativen auf Jobsuche treffen, um gemeinsam zu sehen, welche öffentlichen Räume für Projekte genutzt werden könnten. Im Hafen von Thessaloniki, der mangels Auslastung zunehmend verwaist, sind so neue Ausstellungshallen und kreative Treffpunkte für alle Gesellschaftsgruppen entstanden. Goudis betonte, dass wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit nur dann entstehen können, wenn Europa als Gesellschaft zusammenfindet und seine Potenziale gemeinsam nutzt.

Der Kongress zeigte, dass viele junge Menschen sich politisch einbringen und europäische Themen voranbringen möchten, auch wenn das in der EU nicht immer so einfach ist. Der grüne Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht sah in neuen Beteiligungsformen wie der «Europäischen Bürgerinitiative» aber erste Schritte in Richtung mehr direkter Teilhabe. Immerhin habe man auf diesem Weg die Privatisierung der Wasserversorgung auch in Griechenland aufhalten können. Einig waren sich die Referent/innen, dass viele Bürger/innen zwar EU-kritisch, aber proeuropäisch eingestellt seien. Es handele sich in erster Linie um einen Vertrauensverlust in die Brüsseler Institutionen.

Michalis Goudis, Initiator des Projekts «Thessaloniki in a different way» Foto: Stephan Röhl

Video → www.YouTube.com/



Junge, politisch engagierte Europäer/innen diskutierten über ihr Europa und ihre Zukunft. Foto: Stephan Röhl

Blog → www.young-voices.boellblog.org

Gemeinsam Ideen entwickeln

Mehr Verständnis für die gegenseitige Situation erleichtert die Problemlösung – so die Idee hinter einem Projekt unseres Brüsseler Büros. Dazu hatte es im Herbst 2013 fünfzehn junge Leute aus Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien nach Brüssel eingeladen. Auf dem Programm standen zwölf Arbeitsgruppen bzw. Foren mit Gästen aus 13 Nationen, vom Kommissionsbeamten bis zu Vertreterinnen und Vertretern europäischer Jugend- und Studentenverbände. Die Themen reichten von Jugendarbeitslosigkeit und Anti-EU-Stimmung bis zu neuen Formen politischer Partizipation. Die Teilnehmenden berichteten aus ihren Ländern und analysierten die dortigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der Eurokrise. Am Ende erarbeiteten sie eine Reihe gemeinsamer Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Im Jahr 2014 werden die Teilnehmer/innen den Blog «Young Voices of Europe» auf der Website unseres Brüsseler Büros gestalten, und ein Teil der Gruppe wird vor den Europawahlen in Brüssel ihre Ideen zur Zukunft Europas präsentieren.

Debatten über die Zukunft Europas

Vieles, was zur Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise in der Eurozone vorgeschlagen wird, kann nur ein erster Schritt sein. Auf lange Sicht müssen die Ziele und Prinzipien europäischer Wirtschafts- und Fiskalpolitik und die notwendigen Anpassungen der europäischen Institutionen grundlegend diskutiert werden. Wir wollen dazu einen Anstoß geben und bieten mit unseren Veranstaltungen eine Plattform für Diskussionen.

Beatrice Weder di Mauro, Professorin für Volkswirtschaft, war bis 2012 Mitglied der «Wirtschaftsweisen» Foto: Stephan Röhl

Video → www.YouTube.com/

Ein Mehr an Europa sei die einzige Chance, aktiv auf die Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren, so Jürgen Trittin, damaliger Fraktionsvorsitzender von B'90/Grüne. Foto: Stephan Röhl

Diskussionsreihe «Jenseits der Krise»

Wir denken mit unserer neuen Diskussionsreihe «Jenseits der Krise» bereits an die Zeit nach dem Krisenmanagement. In der Auftaktveranstaltung im Februar sprach Beatrice Weder di Mauro, Professorin für Volkswirtschaft und bis 2012 eine der Wirtschaftsweisen, mit Jürgen Trittin, damaliger Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. Weder di Mauro skizzierte das auch von den Grünen favorisierte Modell eines Schuldentilgungspaktes in Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) als Modell für eine Fiskalunion. Trittin machte deutlich, dass für eine stärkere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik auch ernsthafte Schritte zu gemeinsamen Sozialstandards und harmonisierten Steuersätzen unternommen werden müssten.

Weitere Themen im Jahr 2013 waren: Bremsen oder Vergemeinschaften? Wege zu einer nachhaltigen Schulden- und Haushaltspolitik in Europa, mit Priska Hinz, MdB, Sprecherin für Haushaltspolitik, Bündnis 90/Die Grünen, und Prof. Heiner Flassbeck, Chef-Volkswirt, UNCTAD; Leitkultur Wettbewerbsfähigkeit? Austeritätspolitik, Innovationen und die soziale Seite Europas, mit Lisa Paus, MdB, Bündnis 90/Die Grünen, und Prof. Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft; und «Eine europäische Wirtschaftsregierung? Demokratische Herausforderungen der gemeinsamen Wirtschafts- und Fiskalpolitik in Europa, mit Daniela Schwarzer, SWP Berlin, und Manuel Sarrazin, MdB, Bündnis 90/Die Grünen. Die Reihe wird im Jahr 2014 fortgeführt.

Jahrestagung der Grünen Akademie

Die Grüne Akademie ist ein Zusammenschluss von Menschen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Sie will mit ihrer Arbeit die politischen und wissenschaftlichen Diskurse verzahnen. Thema ihrer Jahrestagung 2013 war die Zukunft Europas. Prominenter Gastredner war Prof. Wolfgang Streeck vom Max-Planck-Institut in Köln. Er sieht in der Europäischen Währungsunion ein «Monster, das Europa spaltet» – mit erheblichem Konfliktpotenzial: Innerhalb der Geberländer müsse man den Wählern erklären, warum zwischenstaatliche Transfers von beträchtlichem Ausmaß möglich und nötig sein sollen, wenn zugleich staatliche Ausgaben im Inland gekürzt werden. Zwischen den Geberländern werde es darum gehen, wer welchen Anteil an den Kosten der Währungsunion übernehmen soll. Schließlich würden Geber- und Empfängerländer darüber streiten, welche zwischenstaatlichen Ausgleichszahlungen angezeigt und mit welchen Eingriffsrechten sie, wenn überhaupt, zu entgelten wären. Wolfgang Streeck bilanzierte: «Wenn es das Ziel der Europäischen Währungsunion war, die europäische Einigung zu befördern, dann hat sie dieses Ziel gründlich verfehlt.» Gegenreden gaben Sven Giegold, MdEP, und Anja Hajduk, damals GAL-Finanzsenatorin in Hamburg, heute wieder wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion. Am zweiten Tag debattierten Prof. Ulrich K. Preuß und Rebecca Harms, MdEP, über Wege aus der Vertrauenskrise. Rebecca Harms konstatierte, dass Instrumente zur Lösung der Krise bekannt seien, aber nicht genutzt würden. Dadurch beschleunige sich die Destabili-

Prof. Wolfgang Streeck zum Nachhören unter:
→ **www.boell.de/de/demokratie/akademie-audio-europa-waehrungsunion-streek-16618.html**

sierung von Vertrauen in die EU-Institutionen überproportional zur Eurokrise, während die Stärken und das Verbindende innerhalb der EU zurückträten. Ulrich K. Preuß bekannte, dass seine Skepsis gegenüber den demokratischen Integrationschancen der EU mittlerweile gewachsen sei. Dennoch hielt er die Prämisse seiner Studie «Die Zukunft der europäischen Demokratie» aufrecht: Normatives Ziel sei nicht ein EU-Demos, sondern die Unionsbürgerschaft. Nötig sei es dafür, soziale Konflikte nicht national, sondern europäisch zu erklären und anzugehen, aber auch über eine europäische Besteuerung zu sprechen.

Gleichstellungsprojekt Europa
Ein Webdossier des Gunda-Werner-Instituts der Heinrich-Böll-Stiftung zeigt, wie EU-Bürgerinnen und -Bürger vom geschlechterpolitischen und antidiskriminierungspolitischen Engagement Europas und seiner Institutionen profitieren und wo es Defizite gibt. Gleichstellungspolitische Akteur/innen und Politiker/innen berichten von ihren Erfahrungen und liefern Ideen zur künftigen Politikgestaltung des Europäischen Parlaments und der EU-Kommission.
→ **www.gwi-boell.de**

Unterstützung beim Neustart: Beispiel Griechenland

Griechenland war das erste Land, das offiziell um EU-Hilfe bat. Im Gegenzug sagte es Spar- und Konsolidierungsbemühungen zu. Seit 2012 unterhält auch die Stiftung eine Vertretung in Thessaloniki. Wir versuchen dort jene Akteurinnen und Akteure zu stärken, die sich für eine neue partizipative politische Kultur und einen sozialökologischen Reformkurs engagieren.

Strategien für eine nachhaltige kommunale Wasserversorgung

In Griechenland arbeiten wir mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und kommunalen Körperschaften zusammen. Mit Qualifizierungsangeboten für NGOs oder der Verbreitung erprobter Beteiligungskonzepte versuchen wir, die Kooperation zu verbessern. Ein Beispiel dafür ist die «Allianz für das Wasser», ein Projekt zur Neuorientierung der kommunalen Wasserversorgung, das wir gemeinsam mit dem Netzwerk Griechischer Grüner Städte und der Umweltorganisation Mesogeios SOS durchgeführt haben. Über ein halbes Jahr lang arbeiteten kommunale Wasserunternehmen und Wasserfachleute der griechischen und deutschen Umweltszene zusammen. Entstanden ist ein Handbuch mit Strategien und praktischen Vorschlägen für ein nachhaltiges Wassermanagement, das die Bürgerinnen und Bürger nicht nur als Verbraucher, sondern auch als Miteigentümer des Gemeinguts Wasser in die Pflicht nimmt.

Kommunen arbeiten gemeinsam mit NGOs an einer nachhaltigen Wasserversorgung in Griechenland.
flickr/harald walker

Wege zu mehr Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung fördern wollen wir auch mit der neuen Online-Plattform «Symmetoxi», die wir zusammen mit dem Online-Magazin Chronos aufgesetzt haben. Wir bieten dort Informationen und Analysen rund um das Thema Bürgerbeteiligung und stellen auch Erfahrungen aus Deutschland und anderen europäischen Ländern vor, um Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung zu zeigen.

Handbuch zur Gründung gemeinwohlorientierter Unternehmen

Aufgrund des wachsenden Interesses an gemeinwohlorientierter Ökonomie haben wir ein Handbuch herausgegeben, das Ratschläge für rechtliche, steuerliche und versicherungstechnische Fragen bietet, Anregungen für das Erstellen von Unternehmensplänen liefert und Informationen über Finanzierungsinstrumente zur Verfügung stellt. Das Handbuch wurde erstmals in einem Workshop auf der Tagung «Soziale Ökonomie & Unternehmertum: Erfahrungen, Herausforderungen und Perspektiven» im Dezember 2013 in Athen vorgestellt.

Europäische Nachbarschaftspolitik

Die Europäische Union muss eine neue Nachbarschaftspolitik entwickeln. Dies gilt zuallererst für den Mittelmeerraum, aber auch für die Länder im Osten, die man bislang bewusst in einem Schwebezustand zwischen Nachbarschaft und EU-Beitritt gehalten hat. Mit unseren Veranstaltungen und Studien wollen wir zu einer verantwortungsvollen Nachbarschaftspolitik beitragen. Und wir wollen die demokratischen Kräfte in den betreffenden Ländern stärken.

Zehntausende protestierten in der Türkei gegen die Regierung. Was als Ablehnung eines Bauvorhabens in Istanbul begann, ist zur landesweiten Kritik an Premier Erdoğan und seiner islamisch-konservativen AKP angewachsen. Foto: ED OU/NYT/Redux/laif

Europa und die Türkei

Die Türkei zu verstehen fällt selbst den versiertesten Analysten immer schwerer. Vor rund zehn Jahren blickte man noch euphorisch auf den Reformfrühling in der Türkei. Die AKP schien mit ihrem Konservativismus in der Lage, die tiefsitzende Kluft zwischen laizistischen und religiösen Kreisen zu überwinden. Sowohl in der Türkei als auch im Ausland galt sie als geeigneter Partner für Politik und Zivilgesellschaft, um einen großen Schritt in Richtung Demokratisierung und Europa zu gehen. Heute ist von diesem Image nur wenig geblieben. Die AKP ist in einen Sumpf aus Korruption und Machtintrigen verstrickt. Der Ministerpräsident irritiert mit seinen kraftstrotzenden außenpolitischen Äußerungen zunehmend seine europäischen und internationalen Partner.

Vor diesem Hintergrund veranstaltet unser Büro in Istanbul seit 2012 jährlich zwei sogenannte Türkeiforen für Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Politik sowie Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft aus der Türkei, Deutschland und Europa. Im Jahr 2013 ging es um die Rechtsreformen in der Türkei und ihre Bedeutung für die Demokratisierungsbemühungen, die Auswirkungen der Gezi-Proteste und die Lage vor den Kommunalwahlen Ende März 2014. Interessierte können unter Angabe des institutionellen Hintergrundes an folgende E-Mail-Adresse schreiben: tr-director@tr.boell.org

Europa und die Östliche Partnerschaft

Auf dem EU-Gipfel der Östlichen Partnerschaft Ende November 2013 in Vilnius sollte sich entscheiden, ob es zur Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der Ukraine kommt oder nicht. Polen ist in besonderem Maße im Rahmen der Östlichen Partnerschaft engagiert. Auch unser Büro in Warschau hat sich 2013 intensiv mit den Herausforderungen der europäischen Nachbarschaftspolitik befasst. In mehreren Veranstaltungen brachte es polnische und deutsche Fachleute zusammen, um die Voraussetzungen und Hindernisse eines Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zu diskutieren. Zu diesen Veranstaltungen wurden auch Experten aus anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft, aus der Ukraine und Russland hinzugezogen. Im November 2013 beteiligte sich unser Warschauer Büro an einer internationalen Konferenz in Gdańsk, die vom Europäischen Zentrum Solidarność veranstaltet wurde. Politiker/innen und Expert/innen aus Ost- und Westeuropa tauschten sich dort über Erfolge und Misserfolge der nachbarschaftlichen Beziehungen der EU aus. Die Atmosphäre war stark von den Erwartungen an den Vilniuser EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft geprägt. Die Enttäuschung über das nicht unterzeichnete EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine kam sehr deutlich während des Deutsch-Polnisch-Ukrainischen Forums im Dezember in Warschau zum Ausdruck. Das alljährlich stattfindende Forum der Stiftung für die Polnisch-Ukrainische Zusammenarbeit PAUCI wird u. a. auch von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt.

Europa und Südosteuropa

Druck aus Brüssel hat zwar geholfen, die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo zu verbessern, doch von normalen Beziehungen sind beide Länder noch weit entfernt. Auch unser Büro in Belgrad versucht, eine Annäherung der beiden Länder zu befördern: Im November 2013 veranstaltete es eine Reise von Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern aus Politik und Zivilgesellschaft ins politische Berlin, im Dezember eine serbisch-kosovarische Konferenz in Belgrad. Dort zeigte sich schnell, dass beide Seiten noch von weitgehend unvereinbaren Prämissen ausgehen: Belgrad hält an seiner Politik fest, wonach der Schutz einer ethnischen Gruppe nur durch die Kontrolle der exekutiven Institutionen durch diese Gruppe gewährleistet werden kann. Die von Belgrad für die Serben im Kosovo angestrebte Autonomie zielt auf ethnische Separierung und hält sich die Option einer Abspaltung des Nordens offen. Dagegen orientiert sich Prištinas Verfassung an westlichen Werten und kombiniert Minderheitenschutz, besondere Fördermaßnahmen für Minderheiten und kommunale Selbstverwaltung. In den von Brüssel moderierten Verhandlungen hat sich die EU weitgehend neutral verhalten und die sehr viel größere Nähe zu den Werten der kosovarischen Verfassung – nicht zur aktuellen kosovarischen Politik! – verleugnet. Auf der Konferenz wurde klar, dass weitere Fortschritte der Normalisierung die Unterstützung und den Druck der EU brauchen. Beide Länder sind dafür zu schwach; sie brauchen den Kosovo-Konflikt, um für in Brüssel ausgehandelte Kompromisse Belohnungen zu erhalten, die sie innenpolitisch vorweisen können: den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der EU in Serbien, ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU im Kosovo und endlich auch die Visum-Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger.

Eine moderne Migrationspolitik für Europa

Mehr Menschen denn je verlassen ihre Heimat aus Angst vor politischer Gewalt, Unterdrückung, Mangel an wirtschaftlichen Perspektiven oder den Folgen von Umweltkatastrophen. Viele hoffen, in Europa eine neue Heimat zu finden. Doch bis heute fehlt es dort an einem tragfähigen gesellschaftlichen und politischen Konsens, wer Anspruch auf Schutz und Asyl hat und wer nicht. Wir wollen die Debatte über eine Neuausrichtung der Migrationspolitik auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten befördern.

Miriam Faßbender, Filmemacherin, zeigte auf der Veranstaltung «Sinkende Boote – dichte Schotten» Ausschnitte aus ihrem Dokumentarfilm «Foreign». Foto: Stephan Röhl

Sinkende Boote – dichte Schotten

Mehr als 400 Menschen fanden Anfang Oktober 2013 den Tod, als sie die italienische Insel Lampedusa erreichen wollten. Anlässlich dieser humanitären Katastrophe veranstalteten wir die Podiumsdiskussion «Sinkende Boote – dichte Schotten». Während die südeuropäischen Staaten Malta, Italien und Griechenland sich mit den Migrationsproblemen alleingelassen fühlen, konzentrieren sich die Europäische Union und die übrigen Mitgliedsstaaten mit ihrer Grenzschutzagentur FRONTEX vor allem auf die Befestigung der Außengrenzen. Auf der Veranstaltung diskutierten die grüne Europapolitikerin Ska Keller, der italienische Menschenrechtsaktivist Father Mussie Zerai, Günter Burkhardt von Pro Asyl sowie Asouquo Ude, der Sprecher der Hamburger Flüchtlingsselbstorganisation «Lampedusa in Hamburg», über die unmittelbaren Auswirkungen der Abschottungspolitik auf die Migrations- und Fluchtwege. Sprachlos und entsetzt vom Ausmaß der Katastrophe vor der eigenen Haustür sowie wegen der Bewegungsunwilligkeit vieler EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland eingeschlossen) waren über 350 Menschen zu der Veranstaltung gekommen.

Asouquo Ude, Sprecher der Flüchtlingsinitiative «Lampedusa in Hamburg» Foto: Stephan Röhl

Die europäische Energiewende vorantreiben

Wir wollen, dass Europa zur Vorreiterin für Erneuerbare Energien und Effizienztechnologie wird. Dafür sind gemeinsame Anstrengungen der EU-Länder unerlässlich. Mit seiner Energiewende ist Deutschland vorgeprescht, doch jetzt müssen wir auch unsere Nachbarstaaten dafür gewinnen und von den Vorteilen eines europäischen Verbunds für Erneuerbare Energien überzeugen. Die vielen offenen Fragen müssen in einer breit angelegten, innereuropäischen Debatte zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft beantwortet werden. Gerade da können wir als Stiftung aktiv werden und die verschiedenen Milieus zusammenführen.

300 Energiefachleute – sowohl Unterstützer/innen wie auch Kritiker/innen der Energiewende – aus ganz Europa tauschten sich auf der Fachkonferenz «Energiewende europäisch denken!» im April 2013 in Berlin über Chancen und Risiken der Energiewende aus. Foto: Stephan Röhl

Video → www.youtube.com/user/boellstiftung

Keynote: Rainer Baake, mittlerweile Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, gab einen Überblick zum Stand der deutschen Energiewende. Foto: Stephan Röhl

Von der deutschen Energiewende hin zu einer europäischen Energiewende

Die deutsche Energiewende ist ein Projekt mit Modellcharakter, auch wenn es bei der Umsetzung noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen gilt. Um ihre Geschichte in die Welt zu tragen und ein größeres Projekt daraus zu machen, braucht es mehrere Erzähler und eine gemeinsame Vision. Zusammen mit unseren Büros in Brüssel, Prag und Warschau haben wir deshalb das Projekt GET@EU ins Leben gerufen. Dahinter verbirgt sich «The German Energy Transition in the European Context», das von unserem EU-Büro in Brüssel federführend koordiniert wird. Die deutsche Energiewende ist dabei der Ausgangspunkt, aber nicht die einzige Referenz. Denn die Energiewende als Projekt einer umweltbewussten und engagierten Bürgerbewegung existiert schon in vielen Ländern: in manchen als keimender Gedanke oder zartes Pflänzchen, in anderen als junger Baum mit starken Trieben.

Wir wollen die Chancen, aber auch die Herausforderungen der deutschen Energiewende europaweit bekannt machen und Ansätze für eine Energiewende im europäischen Verbund entwickeln. Dafür haben wir im Jahr 2013 eine Reihe von Diskussionsrunden, Fachgesprächen und Konferenzen angeboten. So war beispielsweise die grenzüberschreitende Energiekooperation eines der Kernthemen der trilateralen Expertengruppe, in der sich Fachleute aus Polen, Tschechien und Deutschland über das ganze Jahr hinweg ausgetauscht haben. Ihre Erkenntnisse und Empfehlungen sind Anfang 2014 in der Publikation «Greening the Heartlands of Coal in Europe – Insights from a Czech-German-Polish Dialogue on Energy Issues» erschienen, die europaweit vorgestellt und diskutiert werden wird.

«L'energiewende ou le nucléaire?» lautete der Titel der Fachkonferenz in Paris, auf der deutsche und französische Energieexpert/innen, Politiker/innen, Aktivist/innen und Journalist/innen über eine mögliche gemeinsame Vision für eine Europäische Union der Erneuerbaren diskutierten. Hier zeigte sich, wie auch bei weiteren Veranstaltungen in London, Prag, Berlin, Warschau und Brüssel, dass ein großer Informations- und Diskussionsbedarf über die deutsche Energiewende besteht. Zugleich herrschten Aufbruchsstimmung und ein grenzüberschreitendes Interesse am Knowhow der Nachbarn, an ihren Erfahrungen und Visionen wie zum Beispiel den Energiegenossenschaften in Großbritannien.

Informationsreise für türkische Journalistinnen und Journalisten

Die türkische Wirtschaft wächst, und damit auch die Nachfrage nach Energie. Prognosen gehen von einem jährlichen Anstieg des Strombedarfs von 6–8 Prozent aus. Die türkische Politik setzt in Energiefragen auf den Ausbau von Geothermie-, Kohle- und Wasserkraft. Auch den Einstieg in die Atomenergie treibt sie mit Hochdruck voran. Die türkischen Medien blicken durchaus mit Neugierde auf die deutsche Energiewende, allerdings auch mit viel Skepsis. Um türkischen Journalistinnen

und Journalisten einen besseren Einblick zu geben, organisierte unser Büro in Istanbul eine Journalistenreise nach Deutschland. Neun Journalist/innen der großen türkischen Tageszeitungen wie Milliyet, Hürriyet oder Zaman, aber auch von kleineren, alternativen Medien konnten sich bei Vertreter/innen der politischen Parteien, der Ministerien und der Zivilgesellschaft über Fortschritte und Probleme der Energiewende informieren. Die Journalistenreise, die Energiewende, die Atommüllproblematik und die wirtschaftlichen und demokratischen Aspekte wurden in nahezu 30 Artikeln aufgegriffen. Zum ersten Mal fanden die in Deutschland diskutierten Argumente, aber auch Grundlageninformationen über die Energiewende und über die Nuklearenergie in dieser Intensität Eingang in die türkischen Printmedien. Sie schafften sogar den Sprung ins türkische Fernsehen, weil Journalistinnen, die an der Reise teilgenommen hatten, zu Talkshows in CNN Turk und IMC TV eingeladen wurden.

Erarbeitung alternativer Energieszenarien für Polen

In Polen beharrt die Regierung auf Strom aus Kohlekraftwerken. Auch an ihren Plänen zum Ausbau von Atomenergie und der Gewinnung von Schiefergas hält sie fest. Doch in der Gesellschaft regt sich Protest. Nach Umfragen unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung die Entwicklung Erneuerbarer Energien und setzt auf Energieeffizienzpotenziale. Unser Warschauer Büro und seine Partnerorganisationen konzentrierten sich im Jahr 2013 auf die Lobbyarbeit rund um den Erneuerbare-Energien-Gesetzentwurf. Er sieht rechtliche Mechanismen vor, die die Einführung Erneuerbarer Energien unter Einbeziehung lokaler Bürgerinitiativen, Bauern, Energiegenossenschaften und Städte ermöglichen sollen. Bisher haben allein die Politik und Großkonzerne das Sagen. Die Stiftung unterstützte u. a. auch eine umfangreiche Studie des Instituts für Erneuerbare Energien. Sie zeigt auf, mit welchen ökonomischen und gesellschaftlichen Vorteilen die Erschließung erneuerbarer Energiequellen einhergehen könnten. Die Studie wurde u. a. im polnischen Senat und im Nationalen Fonds für Umweltschutz und Wasserwirtschaft vorgestellt. Auch die wichtigsten Zeitungen berichteten über die Studie. Ergänzend finanzierten wir die Publikation «Demokratie in der Energiepolitik» der Stiftung Grünes Institut. Sie vermittelt auf einfache Weise die wichtigsten Ideen, die hinter diesem Konzept stecken: den internationalen Kontext der Energiepolitik, die Hauptmerkmale der polnischen Energiepolitik und die möglichen Entwicklungsrichtungen. Darüber hinaus organisierte unser Warschauer Büro im Juni 2013 in Stettin eine «Sommerschule» für Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Zivilgesellschaft aus (West-)Pommern, wo voraussichtlich das erste polnische Atomkraftwerk entstehen soll. In einer Reihe von Workshops und während einer eintägigen Studienreise nach Deutschland ging es um praktische Fragen wie die Nutzungsmöglichkeiten der erneuerbaren Energiequellen oder die Schaffung grüner Arbeitsplätze.

Sommerschule: In einer Reihe von Workshops und einer eintägigen Studienreise nach Deutschland ging es um praktische Fragen wie den Nutzungsmöglichkeiten der Erneuerbaren Energiequellen. Foto: Katarzyna Ugryn/hbs

Ressourcenschwindel Schiefergas

Der Mythos von Schiefergas als sauberer Energiequelle wird vor allem von der Industrie und der Politik aufrechterhalten, die den europäischen Markt erschließen wollen. Kritiker/innen hingegen sehen in der Förderung von Schiefergas eine ernstzunehmende Bedrohung für das Klima und die Umwelt. Der Band 34 unserer Reihe «Schriften zur Ökologie» resümiert die bisherigen Erfahrungen in den USA und vergleicht diese mit der Situation in Europa. Er gibt einen Überblick über die rechtliche Lage in Deutschland und wirft die Frage auf, inwiefern sich die Forderung von Schiefergas mit der Verpflichtung der EU auf eine CO_2-arme Wirtschaftsweise und einer fast vollständigen Dekarbonisierung des Elektrizitätssektors bis 2050 vereinbaren lässt.

Ressourcenschwindel Schiefergas
Von Antoine Simon, Greig Aitken, Fabian Flues und Henning Mümmler.
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Koop. mit dem BUND und Friends of the Earth Europe
Berlin 2013, 57 Seiten

Foto: picture alliance / Ikon images

Aufbruch in die ökologische Moderne

Unser derzeitiges Wirtschaftsmodell bedroht nicht nur Klima und Umwelt, es gefährdet auch die Lebensgrundlagen gegenwärtiger und künftiger Generationen. Wir wollen den Übergang in eine kohlenstoffarme, ressourceneffiziente und gerechte Weltgesellschaft beschleunigen. Dafür erarbeiten wir Reformalternativen zu unterschiedlichen Themen wie Energie, Mobilität, Stadtentwicklung, Commons oder Ressourcen- und Agrarpolitik. Und wir suchen die kritische Debatte zu technischen und politischen Fehlentwicklungen. Unser Ziel ist ein Leben in Wohlstand und Demokratie für alle Menschen auf der Welt. Das aber ist nur zu erreichen, wenn wir innerhalb der ökologischen Belastbarkeit der Erde bleiben. Dafür braucht es auch einen kulturellen und sozialen Wandel. Wir beteiligen uns aktiv am Aufbau einer Zivilgesellschaft, die, wo immer möglich, die notwendigen politischen Rahmenbedingungen dafür schafft.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Neue Ideen und Konzepte zur grünen Transformation

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen wir alternative Konzepte und suchen die Zusammenarbeit mit Pionieren des Wandels. Wir schmieden Allianzen in verschiedene Richtungen, um ökologische und soziale Reformalternativen zu stärken.

Neue Ökonomie der Natur, ist das die Lösung?

Die «Neue Ökonomie der Natur» könnte eine Antwort auf die großen ökologischen Krisen sein. Ihre Verfechter sagen: Die ökonomische Unsichtbarkeit dessen, was die Natur für die Menschen leistet, ist auch der Grund für ihre Zerstörung und Übernutzung. Wir müssen der Natur einen Wert geben, um sie zu schützen. Doch kann die Natur tatsächlich besser geschützt werden, wenn das, was sie in existentieller Weise für den Menschen leistet, in Euro und Dollar ausgedrückt wird? Treffen Politiker/innen und Unternehmer/innen bessere Entscheidungen, wenn sie den Wert der Natur erfassen und womöglich in volks- und betriebswirtschaftliche Rechnungen einbeziehen? Wir haben uns auch im Jahr 2013 differenziert und kritisch mit den Konzepten, Instrumenten und Akteur/innen der «Neuen Ökonomie der Natur» befasst, u. a. in einem Fachgespräch mit Vertreter/innen der deutschen Umweltverbände im Juni in Berlin und im Rahmen einer Knowledge-Partnerschaft beim Global-Economic-Symposium im Oktober in Kiel. Eine leicht verständliche Einführung in das Thema hat für uns Thomas Fatheuer geschrieben. Er beleuchtet die Konzepte und Instrumente, die aus der Idee einer Monetarisierung der Natur erwachsen. Anschauliche Beispiele zeigen die sozialen und ökologischen Zielkonflikte sowie die riskante Wirkungsmacht dieser neuen Ökonomie.

Neue Ökonomie der Natur. Eine kritische Einführung
Von Thomas Fatheuer. Schriften zur Ökologie, Band 35
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 72 Seiten

Unternehmen 2020: Die ökologische Gestaltung des Kapitalismus

Mit Pavan Sukhdev und Gunther Pauli trafen sich im November 2013 zwei Vordenker einer konsequent nachhaltigen Wirtschaft bzw. Gesellschaft zu einem Podiumsgespräch in der Stiftung. Sukhdev, langjähriger Manager der Deutschen Bank in Indien und führender Kopf der Kampagne «Corporation 2020» forderte, dass Unternehmen die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Produkte in den Bilanzen sichtbar machen und diese dann von den Unternehmen bzw. den Konsumenten auch bezahlt werden. Dafür brauche es allerdings die Einsicht der Unternehmen. Gunther Pauli, Unternehmer, Investor und Initiator der Kampagne «The Blue Economy», zeigte sich diesbezüglich skeptisch. Er plädierte für eine radikale Lösung durch politische Vorgaben. Wer sich daran nicht halte, solle eben pleitegehen. Dann entstehe eine neue, nachhaltige Wirtschaft auf den Trümmern der alten. Sukhdev befürwortete dagegen ein Kooperationsmodell. Sowohl die Unternehmen als auch die Politik seien gefordert. Von Letzterer verlangte er die Abschaffung schädlicher Subventionen, gezielte öffentliche Investitionen und die Besteuerung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen. Die von ihm angestrebte Corporation 2020 hat am Gemeinwohl orientierte Gewinnziele. Er zeigte sich überzeugt von der Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft, sofern die Rahmenbedingungen klug gestaltet werden. Die Zeit dränge allerdings, es gehe um die Frist bis 2020.

Pavan Sukhdev, ehemaliger Top-Manager der Deutschen Bank und Autor des Buches «Corporation 2020». Foto: Stephan Röhl

Corporation 2020
Warum wir Wirtschaft neu denken müssen
Erschienen in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung im oekom Verlag
München 2013, 296 Seiten, 19,95 Euro

Commons, Allmende, Gemeingüter: Die Kraft des «Gemeinsamen»

Die internationale Commons-Bewegung wächst, dazu hat auch die Stiftung beigetragen. Seit Jahren unterstützen und befördern wir die Weiterentwicklung der Commons-Idee und helfen den Akteur/innen der Bewegung, sich zu vernetzen. Zusammen mit der Commons Strategies Group und weiteren Partnern organisierten wir z. B. im Mai 2013 eine Arbeits- und Vernetzungskonferenz in Berlin. Dort ging es um commonsbasierte Alternativen für Sektoren wie Land und Wasser, darum, wie

Arbeit und Geld anders organisiert werden können und wie eine Infrastruktur entwickelt werden kann, die Commons dient. Die Teilnahme von rund 220 «Commoners» aus 30 Ländern hat gezeigt, wie unendlich groß die Vielfalt sowohl der Akteur/innen als auch der politischen und kulturellen Kontexte ist und in welchen historischen Ungleichzeitigkeiten wir agieren. Während die einen – die digitalen Akteur/innen oder Urban Gardeners – die Commons gerade für sich entdecken, müssen andere – überwiegend Menschen aus dem Süden, insbesondere indigene Völker – die letzten Gemeinschaftsgüter und die dazugehörigen Territorien verteidigen. Daraus ergeben sich ganz unterschiedliche Organisationsformen und politische Interventionen. Die Frage nach der gemeinschaftlichen Identität und nach den strukturellen Gemeinsamkeiten der vielfältigen Commons-Bewegung wird uns weiter beschäftigen. Ihre Beantwortung ist wichtig für künftige Bündnisse mit anderen Bewegungen, die die Ökonomien des Gemeinsamen stärken.

→ www.boell.de/en/topics/commons
→ www.remixthecommons.org/en

Commons-Konferenz in Istanbul

Lange schon gärt in der Türkei der Protest gegen die Privatisierung von Wasser, gegen die Zerstörung von öffentlichen Plätzen und Parkanlagen, gegen den Ausverkauf öffentlichen Raums an Betreiber von Konsumtempeln. Der Unmut kulminierte in den Protesten rund um den Gezi-Park in Istanbul. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Mitbestimmung und mehr gemeinschaftliche Nutzung, fühlen sich aber den staatlichen Institutionen gegenüber machtlos, denn die gehen über Umweltstandards, Gerichtsbeschlüsse oder lautstarken Protest der Bevölkerung meist hinweg. So versuchen sich einige an alternativen Lebenskonzepten, besetzen Häuser und betreiben alternative Kulturzentren; andere sehen in Kommunen oder Kooperativen den Ausweg. Alle beziehen sich «irgendwie» auf den Begriff «Commons» (Müsterekler). «Die Parks, die Strände, die Küsten, das Meer und Wasser gehören uns, wir wollen über deren Nutzung mitbestimmen. Freier Zugang zu Information. Wir wollen, dass alle davon Nutzen haben», so das Statement eines türkischen Commoners.

Unser Büro in Istanbul hat im November 2013 mit einer Commons-Konferenz all jenen eine Plattform geboten, die nach Alternativen zu Privatisierung und grenzenlosem Konsum suchen. Auch im Jahr 2014 wird sich unser Büro mit dem Thema befassen.

Stummer Protest in Istanbul: Widerstand gegen Polizeigewalt Foto: picture alliance/abaca

Green Lectures und Berliner Disput – zwei neue Reihen

Renommierte Wissenschaftler/innen und wichtige Vordenker/innen stellen in den «Green Lectures» ihre Sichtweisen auf globale Fragen nachhaltiger Entwicklung, Zukunftsfähigkeit und Ressourcengerechtigkeit vor. Rob Hopkins, der Gründer des Transition Town Netzwerks, erklärte den mehr als 300 Zuhörer/innen, wie die Aktivist/innen seiner Graswurzelbewegung die Kommunen für den Übergang in das postfossile Zeitalter fit machen wollen. Ihm folgte der Geografie-Professor Michael T. Klare mit einem Vortrag über die Renaissance des fossilen Zeitalters durch die Nutzung unkonventioneller Öl- und Gasreserven. Den dritten Vortrag hielt Kate Raworth, die mit ihren «Doughnut Economics» die neoklassische Ökonomie kritisiert und die ökologischen Grenzen unseres Planeten mit sozialen Grundbedürfnissen und Menschenrechten zusammendenkt.

Den ersten Schlagabtausch in unserer Veranstaltungsreihe «Berliner Disput» lieferten sich im September 2013 Harald Welzer, Direktor der Stiftung Futurzwei und Professor für Transformationsdesign an der Uni Flensburg, und Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, zu den Aspekten der Wachstumsfrage. Beide haben im Jahr 2013 Bücher vorgelegt, in denen sie sehr unterschiedliche Wege aus der Fortschrittsfalle beschreiben. Während Harald Welzer einen Pfad des «Degrowth» und des radikalen Postmaterialismus beschreibt, verweist Ralf Fücks auf die soziale und demokratische Notwendigkeit eines ökonomischen Wachstums, das im Einklang mit der Natur steht.

Michael T. Klare, Geografie-Professor und Autor des Buches «The Race for What's Left», analysiert die gravierenden Folgen des Ansturms auf die immer knapper werdenden Ressourcen. Foto: Stephan Röhl

Video → YouTube zu Rob Hopkins

Video → YouTube zu Michael T. Klare

Video → YouTube zu Kate Raworth

Video → YouTube zum «Berliner Disput»

«Intelligent wachsen. Die grüne Revolution»

Während Europa mit einer schweren Wirtschaftskrise kämpft und alle Welt nach Wachstum ruft, gehen Klimawandel, Wasserkrise und die Verknappung fruchtbarer Böden ungebremst weiter. Stiftungsvorstand Ralf Fücks zeigt in seinem Buch «Intelligent wachsen», dass sich Ökologie und Wohlstand nicht im Wege stehen müssen. Er skizziert die Umrisse einer grünen industriellen Revolution: vom ökologischen Raubbau zum «Wachsen mit der Natur». Es geht um den Aufbruch in eine ökologische Moderne, die an der Idee des Fortschritts festhält und sie neu erzählt. Die Endzeit des fossilen Industriezeitalters ist zugleich der Beginn einer neuen Epoche, deren Konturen bereits am Horizont auftauchen. Sie basiert auf der Kombination menschlicher Kreativität mit den Produktivkräften der Natur. Europa hat das Potenzial, zum Vorreiter dieser Transformation zu werden.

Ralf Fücks stellte sein Buch im März 2013 in der Heinrich-Böll-Stiftung vor. Mit ihm diskutierten Renate Künast, MdB, damalige Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Klaus Töpfer, der Gründungsdirektor der Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), und Eric Schweitzer, der designierte Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK).

Intelligent wachsen.
Die grüne Revolution
Ralf Fücks. Hrsg. im Hanser Verlag
München 2013, 362 Seiten

Video → YouTube: « Intelligent wachsen »

Austausch über Nachhaltigkeit in Peking

Auch in China wächst mit der Umweltverschmutzung das Interesse an einer nachhaltigen Wirtschaft und Entwicklung. Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig diskutierte darüber Ende Oktober 2013 in Peking mit einem der einflussreichsten Intellektuellen Chinas, dem Wirtschaftshistoriker Qin Hui. Dieser betonte dabei die Notwendigkeit, die Debatte zu Nachhaltigkeit im chinesischen Kontext zu entwickeln. Chinas Umweltprobleme seien nicht nur eine Folge der rapiden Industrialisierung, sondern auch der politischen Strukturen. In einer weiteren, sehr offenen und kritischen Diskussion mit chinesischen Wissenschaftler/innen und Intellektuellen sowie NGO- und Regierungsvertreter/innen bestand weitgehender Konsens darüber, dass grundlegende politische Reformen hin zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung für eine nachhaltigere Entwicklung unabdingbar seien.

Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig diskutierte in Peking mit einem der einflussreichsten Intellektuellen Chinas, dem Wirtschaftshistoriker Qin Hui, über nachhaltige Wirtschaft und Entwicklung. Foto: hbs

Grüne Transformation in Afrika: Zwei Erfolgsbeispiele aus Nigeria

Grüne Entwicklung am Rande der Wüste

In Nigeria wird die Politik vom Öl bestimmt. Die Profite der jährlichen sechs Prozent Wirtschaftswachstum wandern mehrheitlich in die Taschen der vom Öl gefütterten Elite, während die Armut im selben Maße steigt. Allerdings hat der Hype des Schiefergases die Nachfrage Amerikas an nigerianischem Öl stark schrumpfen lassen. Bislang hatten viele nigerianische Bundesländer noch gehofft, mehr vom Ölkuchen abzubekommen. Man stritt sich um die eine Superressource und blieb blind gegenüber den riesigen Vorkommen an anderen Ressourcen und Erneuerbaren Energien. Umso überraschender, dass eine Studie der Stiftung sehr positiven Anklang fand. Die Autoren hatten den Länderhaushalt 2010 von Jigawa State im Norden Nigerias analysiert und machten danach Vorschläge, wie man grüner und preiswerter hätte wirtschaften können. Zum Beispiel mit solarbetriebenen Bewässerungspumpen, Biodünger aus lokaler Produktion oder Bäckereiöfen, die den Feuerholzverbrauch um 80 Prozent senken können. Dass diese Vorschläge nicht den üblichen Weg vom Workshop in die Schublade nahmen, sondern sofort umgesetzt wurden – sowohl von der Regierung als auch von den Investoren –, lag am Timing und daran, dass sie einfach umzusetzen waren. Sie erforderten keinen komplexen Fünfjahresplan, denn es waren durchkalkulierte Beispiele wirtschaftlichen Wachstums, von dem Investoren genauso profitieren würden wie Kleinbäuerinnen, Müllsammler und Bäcker. Zugleich sah der Gouverneur des Bundeslandes dem Ende seiner Amtszeit entgegen und suchte nach Vorzeigeprojekten, die nationales wie internationales Interesse erregen würden: 1300 Jobs in lokaler Biodüngerproduktion, das hörte sich gut an! Die Bäcker waren Feuer und Flamme angesichts der möglichen Einsparungen bei den energieeffizienten Öfen und wollten 2014 in die neuen Öfen investieren.

Das Makoko-Projekt – Stadtentwicklung von unten

Die schwimmende Schule für Makoko wurde auf Plastikfässern gebaut. Foto: hbs

Luxuriöse Glashotels, Bankentürme und Boulevards – so die Vision der Stadtregierung für die Megacity Lagos. Die vielen informellen Siedlungen und auch alteingewachsenen Viertel stören da nur. So zum Beispiel die Fischersiedlung Makoko, ein quirliges Kleinod, in dem manche das Potenzial eines «afrikanischen Venedigs» sehen. Für die Stadtregierung sind die Stelzenhäuser der rund 20.000 Einwohner/innen ein Schandfleck. Im Juli 2012 versuchte sie erneut, sie mit brutaler Gewalt niederzureißen. Erst nach dem Tod eines Bewohners durch Polizeikugeln und öffentlichem Protest wurde das Vorhaben gestoppt. Dann kam es zu einem einmaligen Vorstoß der Fischergemeinde: Sie reichte einen Entwurf mit ihren Visionen für ihr Viertel ein. Er sollte in den öffentlichen Bebauungsplan einfließen. Lokale und internationale Architekt/innen und Stadtplaner/innen erarbeiteten zusammen mit den Bewohner/innen innerhalb eines Jahres den «Makoko/Iwaya Waterfront Regeneration Plan», der nicht nur eine Aufwertung, sondern einen grundlegenden Wandel des Viertels vorsieht: Neue Nachbarschaftszentren sollen den Frauen u. a. als Gemeinschaftsküchen dienen, um dort ihre Haupteinkommensquelle, geräucherten Fisch, umwelt- und gesundheitsschonender mit Biogas zu räuchern. Einfach konstruierte Biogasanlagen sollen mit organischem Abfall betrieben werden und somit gleich mehrere Infrastrukturprobleme lösen: Die umliegenden Bewohner/innen bekämmen gegen Bezahlung endlich Strom, während der bisher in der Lagune verschwindende Abfall verarbeitet werden würde. In einem Teil des geplanten Nachbarschaftszentrums könnten die Frauen Gemüse zur Eigenversorgung oder für den Verkauf anbauen. Dafür würde der durch die Biogasanlage entstehende organische Dünger genutzt. Wäre erst einmal

das Abfallproblem gelöst, könnte das «neue Makoko» als attraktives Ausflugsziel etabliert werden. Mit einer geschickten Strategie könnte sich die Stadt so auch mithilfe befreundeter Fischergemeinden entlang der Lagune eine von Importen unabhängigere Nahrungsmittelversorgung sichern.

Diese Pläne werden nicht allen Bewohner/innen nur Vorteile bringen. Ein Teil der bisherigen Wohngebiete müsste wohl aufgegeben werden, um dem offiziellen Bebauungsplan gerecht zu werden. Umso wichtiger ist es, dass auch die Forderung nach fairen Landrechten und fairer Besitzverteilung in den Plan aufgenommen wurde – ein Problem, das bisher die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der meisten Einwohner/innen dieser Megacity behinderte.

Unser Büro in Nigeria hat das Makoko-Projekt tatkräftig unterstützt, hat Fachleute dafür begeistert und eine Plattform für Austausch und Networking geschaffen. In all seinen Entwicklungsstufen wurde das Projekt mit verschiedenen Impulsgeber/innen diskutiert und verbessert – solche partizipativen Planungsprozesse gibt es in Nigeria eigentlich nicht. Dabei war es sehr wichtig, die Unterstützung der Mitarbeitenden der zuständigen Ministerien zu gewinnen. Als Privatpersonen hatten sie den Prozess aufmerksam verfolgt und dann ermöglicht, ihn offiziell der Regierung vorzustellen. Das Projekt wurde mittlerweile auf die beiden wichtigen Architektur-Biennalen 2014 in Venedig und Rotterdam eingeladen und wird nun dort ausgestellt.

Vision: So könnte es in Makoko einmal aussehen.
Foto: Fabienne Hölzel, Fabulous Urban

In Makoko spielt sich das Leben auf dem Wasser ab: vom Telefonladen bis hin zu schwimmenden Supermärkten und Boutiquen.
Foto: Fabienne Hölzel, Fabulous Urban

Urban Gardening: Der offene Garten «Annalinde» in Leipzig Foto: Jakob Ottilinger

Die regenerative Stadt – Ideen für eine nachhaltige Stadtentwicklung

In dieser Tagungsreihe erkunden wir, was Kommunen tun können und sollten, um klimafreundlicher, ressourcenschonender und lebenswerter zu werden. Im März 2013 ging es bei der Tagung «Ecosmart Urban Economy» in Berlin z. B. um die Frage, wie städtische Unternehmen «grüner» werden können bzw. welche Unternehmen zu einer regenerativen Stadt passen. Mit der Volkswagen Blue Factory aus Emden und der SMA Solar Technology AG aus Kassel präsentierten sich zwei Unternehmen, die zumindest in puncto energieeffiziente Produktion und Gebäudetechnik einiges vorzuweisen hatten.

Eine zweite Veranstaltung in Leipzig beschäftigte sich im Juni 2013 mit den Möglichkeiten des Urban Gardening für die Stadtentwicklung. Ulrike Linhsen, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stadtrat Andernach, erzählte, wie die «Essbare Stadt» zum Motto der Kleinstadt am Rhein wurde. Aus Kostengründen bepflanzt die Stadt ihre Grünflächen seit einigen Jahren mit Nutzpflanzen. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen dann ernten und Saatgut mitnehmen. Dass Urban Gardening nicht nur mit Do-it-yourself zu tun hat, zeigte der Vortrag von Rebecca Woywod von UrbanFarmers aus Zürich. Die Firma entwickelt Rooftop-Farming mit sogenannten Aquaponics (mit Fischzucht integrierter Gemüseanbau) und ermöglicht so eine ressourceneffiziente und preiswerte Nahrungsmittelproduktion, die besonders für neue Megastädte interessant ist.

Doku: → www.boell.de/de/die-regenerative-stadt

«Maschinenfrühling» – Vorboten der Ökorevolution

Ob Klimawandel, Umweltverschmutzung oder die Armut in der Welt – viele Probleme unserer Zeit sind noch ungelöst. Wir bleiben technologisch hinter unseren Möglichkeiten zurück – mit fatalen ökologischen und sozialen Konsequenzen. Doch bald schon könnte ein neues «ökologisches» Zeitalter anbrechen, mit technologischen Innovationen, die die Welt verändern. Auf unserer Konferenz «Maschinenfrühling – Innovationen für ein besseres Morgen» im Juni 2013 suchten wir nach ersten Vorboten der Veränderung. Und die gab es zuhauf. Der Teltower Biopos e.V. etwa produziert aus nachwachsenden Rohstoffen Güter des täglichen Gebrauchs: Aus Milchsäure entstehen mithilfe chemischer Verfahren T-Shirts, und aus Maisstärke stellen die Entwickler Verpackungen her. Die Wissenschaftler/innen von Biopos waren auf der Suche nach Ersatzstoffen für Erdöl, das in den meisten Verpackungsstoffen verarbeitet wird. Und wurden fündig. Mit ihren Produktentwicklungen leisten sie nicht nur einen Beitrag zur Vermeidung von Erdöl – sie schaffen auch neue Perspektiven für Landwirte in der Region. Die vermutlich visionärste Produktionsphilosophie stellte Michael Braungart vor. Seit den 1980er Jahren entwickelt der Umweltchemiker und Materialforscher in seinem Hamburger EPEA-Institut Güter, die in all ihren Einzelteilen wiederverwertbar sind: kompostierbare T-Shirts, Teppiche, die die Luft reinigen, und neuerdings auch einen Fernseher, der ganz ohne schädliche Chemikalien auskommt. So entstehen Produkte, die nach dem Vorbild der Natur in Stoffkreisläufe zurückgeführt werden können. Leider sind diese noch zu teuer, um eine breite Käuferschaft zu bedienen. Noch immer muss an neuen Materialien und Produktionsmethoden weiter geforscht werden – und diese Investitionen wagen nur sehr mutige Unternehmen. Damit auf den «Maschinenfrühling» auch ein «Maschinensommer» folgen kann, braucht es politische Weichenstellungen wie eine ökologische Steuerreform, neue Effizienzstandards, ordnungspolitische Maßnahmen und eine Verdopplung der Investitionsraten, so Ralf Fücks, Vorstand der Stiftung.

Doku: → www.boell.de/de/maschinenfruehling-innovation-fuer-ein-besseres-morgen

Video: → www.youtube.com/user/boellstiftung

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Tanz mit dem Teufel? Die Stiftung im Dialog mit der Automobilindustrie

Ein Jahr lang stand die Automobilindustrie im Zentrum unserer Debatte zur ökologischen Transformation von Schlüsselindustrien. Für manche klingt das immer noch nach einem Tanz mit dem Teufel, aber diese Kooperation ist weniger befremdlich als es scheinen mag. Erstens ist die Autoindustrie neben dem Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Elektrotechnik die industrielle Schlüsselbranche in Deutschland schlechthin. Sie ist von überragender struktur- und beschäftigungspolitischer Bedeutung, und wer auch immer sich mit der Zukunft dieses Landes beschäftigt, muss sich auch mit der Zukunft der Autoindustrie (und ihrer Zulieferer) befassen.

In einer Fachgesprächsreihe diskutierten wir kontroverse Themen wie alternative Antriebstechniken und Ressourcenverbrauch, Sicherheit, intelligente Vernetzung von Fahrzeugen oder die Einbettung des Automobils in den intermodalen Verkehr (Car2Go). In einigen Visionen ziehen Grüne, Umweltverbände, Wissenschaft und Industrie am selben Strang: Energieverbrauch runter, den Treibstoff Öl reduzieren. Allein die richtigen Strategien dafür zu finden ist die große Herausforderung. Das zeigte auch der Kongress «Auto 3.0» Ende Januar 2013 in Berlin, der zwei sich bisher fremde Milieus – Grassroots der Umweltszene und Ingenieure der Automobilindustrie – zusammenführte. Während in den wichtigsten globalen Märkten die Größe zählt – Limousinen und SUVs sichern den Konzernen sehr gute Umsätze –, drängt Europa in eine andere Richtung: Die Autos sollen weniger CO_2 ausstoßen. Seit die Europäische Union den Herstellern per Verordnung strenge Vorgaben macht, sorgen neue Motoren und Spritspartechniken dafür, dass die Autos Schritt für Schritt umweltfreundlicher werden. «Überall werden die Nachfrager damit umgehen müssen, dass Ressourcen knapper und damit teurer werden», sagte Kerstin Andreae von Bündnis 90/Die Grünen. Deshalb müsse die Politik ambitionierte Vorgaben machen. Eine Feststellung, die – anders als in der Vergangenheit – in der Automobilindustrie durchaus auf Zustimmung trifft. Denn wenn die in Europa gesetzten Standards sich global durchsetzen, dann hat die hiesige Industrie einen Vorsprung.

Das Stiefkind der Diskussion zur Zukunft der Mobilität ist der Güterverkehr. Hier sind die Zuwachsraten stetig steigend. Wir haben mit unserer Studie «Der Güterverkehr von morgen» aktuelle Prognosen analysiert und Empfehlungen für den LKW von morgen zusammengefasst. Das komplexe Thema steht als Planspiel aufbereitet nicht nur für junge Erwachsene zur Verfügung und kann zum Nachspielen auf unserer Website heruntergeladen werden.

Der Güterverkehr von morgen
LKWs zwischen Transporteffizienz und Sicherheit
Eine Studie von Günther Prokop und André Stoller
Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 116 Seiten

Planspiel: → **www.boell.org/planspiel-gueterverkehr**

Video: → **www.youtube.com/user/boellstiftung**

Matthias Wissmann, Präsident des VDA, und Dr. Anna-Maria Karl, Daimler AG
Fotos: Stephan Röhl

Kampf gegen den Klimawandel und Werben für die internationale Energiewende

Eine weltweite Übereinkunft zum Klimaschutz kann nur erzielt werden, wenn sie auch Entwicklungsmöglichkeiten für die Mehrheit der Weltbevölkerung garantiert. Wir sehen unsere Aufgabe darin, eine internationale Klima- und Energiepolitik sowie Strukturen der Steuerung und Durchsetzung zu formulieren. International stärken wir Analysen und Allianzen für Erneuerbare Energien und für die Finanzierung einer klimaangepassten Politik.

Unser Blog → www.klima-der-gerechtigkeit.de ist ein Muss für alle Klimainteressierten und -bewegten im deutschsprachigen Netz. Hier bloggt unsere Referentin für internationale Umweltpolitik, Lili Fuhr, zu aktuellen Fragen rund um Klimawandel, Energiepolitik und Ressourcengerechtigkeit.

Schachmatt für die internationale Klimapolitik

Die 19. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention im November 2013 in Warschau war die Klimakonferenz mit den niedrigsten Erwartungen, die es je gegeben hat. Zwar waren die Delegierten von den Verwüstungen des kurz zuvor über die Philippinen und ihre Nachbarländer hinweggefegten Taifuns sehr berührt, zu einem guten Ergebnis kamen sie trotzdem nicht. Die Aussichten auf ein globales verbindliches Klimaabkommen in Paris 2015 sind sehr gering, das Kyoto-Protokoll hat keine Zukunft, Klimafinanzierungszusagen gibt es so gut wie keine, und die Einigung auf einen Mechanismus für Klimawandelschäden ist nur ein geringer Trost für die Opfer. Die niedrigen Erwartungen an die Konferenz wurden also in jeglicher Hinsicht erfüllt.

Wir waren mit Mitarbeiter/innen und Partner/innen in Warschau, haben die Konferenz beobachtet und in Form von Blogbeiträgen, Artikeln, Interviews und Analysen kritisch kommentiert und bewertet. Ein Höhepunkt war das gemeinsam mit dem Stockholm Environment Institute ausgerichtete Side Event zum Thema «Transparency, Accountability and Integrity: Building an Effective and Efficient Green Climate Fund ».

Um die internationale Klimapolitik wiederzubeleben und eine nachhaltige, sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen, braucht es scheuklappenfreie Perspektiven und kluge Strategien. Unsere Publikation «What Future for International Climate Politics? A Call for a Strategic Reset» macht Vorschläge und liefert Ideen, wie diese Strategien aussehen könnten.

What Future for International Climate Politics?
A Call for a Strategic Reset
Policy Paper by Hans Verolme, Farhana Yamin, Victor Menotti, Lili Fuhr
Ed. by the Heinrich Böll Foundation
Berlin 2013, 36 pages

Deutsche Klimafinanzierung auf einen Blick – Website und Datenbank

→ www.deutscheklimafinanzierung.de

Angesichts der Gefahren durch den Klimawandel und der Dringlichkeit des Handelns kommt der internationalen Klimafinanzierung eine fundamentale Bedeutung zu. Mit der zweisprachigen Website www.deutsche-klimafinanzierung.de bzw. www.germanclimatefinance.de wollen wir in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die finanzielle Unterstützung Deutschlands für die Entwicklungsländer transparenter zu machen und kritisch zu bewerten. Wir geben einen Überblick über zugesagte und geleistete Summen für den Klimaschutz und die Anpassung an klimatische Veränderungen sowie über die verwendeten Instrumente und Kanäle und zeigen auf, nach welchen Kriterien die Wirkung klimarelevanter Projekte beurteilt werden kann. Die gemeinsam mit Brot für die Welt, Germanwatch und Oxfam Deutschland betriebene Seite enthält auch einen Blog und eine Projektdatenbank.

www.EnergyTransition.de

→ www.energytransition.de

Viel Lob aus dem In- und Ausland bekommen wir für unsere Website zur deutschen Energiewende. Nach dem Start in englischer Sprache wurde die Seite mittlerweile auch ins Spanische, Französische, Polnische, Russische, Chinesische und Japanische übersetzt. Seit Februar 2013 berichtet zusätzlich ein «Energiewende»-Blog über die aktuellen Diskussionen in Deutschland und sorgt für Aktualität. Pro Monat wird EnergyTransition.de ca. 6500 Mal angeklickt, Tendenz steigend. Die große Mehrheit der Klicks kommt aus den USA und Westeuropa. Der dazugehörige Twit-

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

ter-Account (EnergiewendeGER) hat bereits über 5000 Follower, Facebook (Energy Transition) hat über 900 Freunde. Auch die internationalen Medien sind auf EnergyTransition.de aufmerksam geworden, darunter die *New York Times*, *The Guardian* und die BBC.

Energiewende-Touristen in Deutschland

Stromausfälle sind in Afrika an der Tagesordnung, häufig werden sie mithilfe von Dieselgeneratoren überbrückt. Ohne zusätzliche Energie stottert die Wirtschaft, selbst die Grundversorgung der wachsenden Bevölkerungen wird schwierig. Warum also nicht auf Erneuerbare Energien setzen? Sonne wäre jedenfalls genügend vorhanden. Sieben Energiefachleute aus Kenia, Nigeria, Tansania, Burkina Faso und Somalia kamen auf Einladung der Stiftung im August 2013 nach Berlin. Sie wollten erfahren, wie es um die deutsche Energiewende steht und welche politischen und rechtlichen Instrumente sie benötigen. Dazu trafen sie sich mit Fachleuten aus Thinktanks, dem Außen- und Umweltministerium und dem Bundestag. Weil es in einigen afrikanischen Ländern auch Überlegungen zum Bau von Atomkraftwerken gibt, führte ein Tagesausflug nach Gorleben, wo die Gruppe in den als Endlager vorgesehenen Schacht einfahren konnte – ein Höhepunkt der Reise mit Aha-Effekt. Über die Atommüllproblematik wird nämlich in Afrika kaum diskutiert. Bleibenden Eindruck hinterließ auch die schiere Anzahl an Windkraftanlagen und Solarpanelen auf Wohnhäusern, Industrieanlagen und Landwirtschaftsgebäuden auf der Fahrt von Berlin nach Niedersachsen. Was in einer sonnenarmen Industrienation geht, müsste doch auch in Afrika möglich sein. Die Gäste sahen jedenfalls gute Chancen für Erneuerbare Energien in ihren Ländern und regten den Aufbau eines « Renewable Energy Policy Networks» an.

Energiewende-Touristen: Sieben Energiefachleute aus Kenia, Nigeria, Tansania, Burkina Faso und Somalia kamen auf Einladung der Stiftung im August 2013 nach Berlin. Foto: hbs

Powering Africa through Feed-in Tariffs
Advancing renewable energy to meet the continent's electricity needs – February 2013
Die von der Stiftung beauftragte Studie beruht auf einer ausführlichen Analyse bestehender oder geplanter Gesetze zur Förderung Erneuerbarer Energien in 13 afrikanischen Ländern. Die einzelnen Fallstudien untersuchen die sozio-ökonomischen Auswirkungen der Einspeise-Regelungen und beschreiben die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung.
→ **www.boell.de/weltweit/afrika/afrika erneuerbare energien afrika 16997.html**

Internationale Ressourcenpolitik

Ressourcenpolitik, Transparenz und politisch-soziale Teilhabe gehören für uns zusammen. Wir analysieren Fallbeispiele gelungener oder fehlgeleiteter Rohstoff- und Ressourcenpolitik und geben Impulse für mehr Ressourceneffizienz und -gerechtigkeit.

Ressourcengerechtigkeit in einer endlichen Welt

Der Sturm auf die letzten Ressourcen hat begonnen. Schon heute verbrauchen wir weitaus mehr, als an natürlichen Rohstoffen nachwachsen kann. Wir beuten die Erde ohne Rücksicht auf Verluste aus. Wie kommen wir zurück zu einer maßvollen Rohstoffpolitik? Kein leichtes Unterfangen. Wir haben ein Pilotprojekt gestartet und junge Menschen aus 29 Ländern in Lateinamerika, Europa, Afrika und Asien eingebunden, um ein Jahr lang das Thema Ressourcen in ihrer Region unter die Lupe zu nehmen. Sie brachten ihre Erfahrungen, Ideen und Visionen im September 2013 mit auf den Ressourcengipfel nach Berlin. Unterstützt wird das Projekt von einem Beirat, dem elf international renommierte Umwelt- und Ressourcenfachleute angehören. Am Ende wird es ein Memorandum geben, das auch die Leitplanken für die künftige Ressourcenpolitik der Heinrich-Böll-Stiftung aufzeigen wird (www.boell.de/en/resource-equity).

Ressourcenpolitik international

Mit dem demokratischen Wandel in Tunesien zeigen sich auch Ansätze einer demokratisch kontrollierten Ressourcenpolitik. In der neuen tunesischen Verfassung vom 27. Januar 2014 ist das Gebot der Transparenz bei der Nutzung von natürlichen Ressourcen (Artikel 13) festgeschrieben. Dies wurde nicht zuletzt durch intensive Debatten und Einflussnahme von Demokratie-Aktivist/innen erreicht, darunter auch die Betreiber der Internetplattform Nawaat. Die Stiftung hat Recherchen über die

Vergabe von Öl- und Gaskonzessionen unterstützt und mit dafür gesorgt, dass Themen wie die demokratische Kontrolle staatlicher Industrien und die Profite aus der Förderung von Brennstoffen (Gas, Schiefergas/-öl, und Phosphat) in die Öffentlichkeit gebracht wurden.

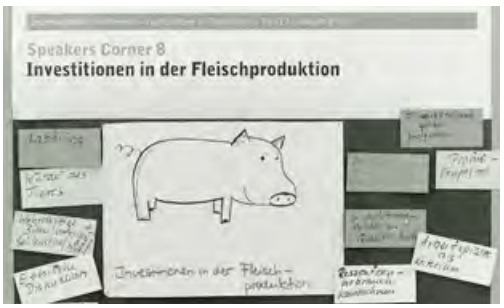
In den Ländern des Arabischen Frühlings erwacht langsam ein Interesse an einer politischen Regulierung des Umgangs mit natürlichen Ressourcen und Landrechten.

Ressourcenmanagement in Afghanistan

Im Jahr 2010 sorgten Meldungen über gewaltige Rohstoffvorkommen in Afghanistan für weltweite Aufmerksamkeit. Ob die Förderung von Rohstoffen tatsächlich zur erhofften wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt – z. B. durch Ausbau der Infrastruktur oder neue Arbeitsplätze – hängt davon ab, wie transparent Vertragsentscheidungen diskutiert und kommuniziert werden. Die Stiftung unterstützt ein 2012 entstandenes zivilgesellschaftliches Netzwerk bei der Entwicklung einer Fünfjahresstrategie zum Ressourcenmanagement. Dadurch waren wir auch in Lobbyinitiativen zur Überarbeitung des Bergbaugesetzes eingebunden und konnten die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Vergabeentscheidungen verankern. Projektpartner der Stiftung brachten zudem die Bevölkerung aus rohstoffreichen Regionen in den Provinzen Logar, Bamyan, Jawzjan und Saripul mit Vertreterinnen und Vertretern der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft und der Regierung in Kontakt, um über ihre Belange zu sprechen.

Internationale Agrarpolitik

Nur mit einer nachhaltigen Landwirtschaft können alle Menschen in einer Welt begrenzter Ressourcen ernährt werden: Sie verbindet Klimaschutz, die Bekämpfung von Hunger und Armut sowie effiziente Ressourcennutzung und den Schutz der Biodiversität. Wir wollen ein Umdenken in der Landwirtschaft beschleunigen.



In verschiedenen Speakers Corners wurden Ideen für eine alternative Landwirtschaft gesammelt und diskutiert. Foto: Stephan Röhl

Dossier: → www.boell.de/landwirtschaft-anders

Landwirtschaft anders – unsere Grüne Woche

Die Landwirtschaft der Zukunft muss die Quadratur des Kreises schaffen: Mit geringerem Ressourcenverbrauch und weniger Umweltschäden müssen weltweit immer mehr Menschen ernährt werden. Diese Gleichung wird nicht ohne eine grundlegende soziale und ökologische Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion und der westlichen Ernährungsgewohnheiten aufgehen. So ist der Zusammenhang zwischen jahrzehntelanger intensiver Landwirtschaft, der Zerstörung der biologischen Vielfalt, Hunger und ländlicher Armut längst in vielen Ländern zu beobachten. Der weltweit steigende Fleischkonsum und die Massentierhaltung verschärfen diese Entwicklungen noch. Wir haben die öffentliche Aufmerksamkeit für Agrar- und Ernährungsthemen während der Grünen Woche in Berlin, der weltweit größten Landwirtschaftsmesse, genutzt und unter dem Motto «Landwirtschaft anders» unsere eigene Grüne Woche veranstaltet, mit Ereignissen und Diskussionen rund um Welternährung, Landwirtschaft und Agrarhandel. Die Fachkonferenz «Agriculture in Transition» in Kooperation mit Misereor, Oxfam und der tschechischen Organisation Glopolis zum Thema «Nachhaltige Investitionen in der Landwirtschaft» lieferte dabei ein starkes Gegengewicht zur offiziellen Grünen Woche. Ein einschlagender Erfolg war unser Supp'nTalk. Nach der «Wir haben es satt»-Agrardemo öffneten wir für die Demonstrant/innen unsere Türen und luden zur Diskussion bei einer warmen Suppe ein. Mehr als 800 Menschen kamen und nutzten dabei die Gelegenheit, sich über verschiedenste Initiativen und die Organisatoren der Kampagne «Meine Landwirtschaft» zu informieren.

Der größte Erfolg war jedoch unser «Fleischatlas» , den wir in Kooperation mit *LeMonde Diplomatique* und dem BUND herausgegeben haben. Auf 50 Seiten und mit mehr als 60 Grafiken informiert er über die vielschichtigen Probleme der heutigen industriellen Fleischproduktion. Er ist zum Erfolgsprodukt der Stiftung schlechthin geworden. Bis Ende 2013 erschienen sechs Auflagen, die Gesamtauflage belief sich auf mehr als 100.000 Stück. Auch im Bereich Social Media wurden bisherige Stiftungsrekorde gebrochen: Die Website mit dem Fleischatlas wurde innerhalb der ersten 24 Stunden der Veröffentlichung mehr als 16.000 mal aufgerufen, und es gab über 8600 Downloads des PDF-Dokuments.

Fleischatlas
Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel
Hrsg. Heinrich-Böll-Stiftung mit BUND
und Le Monde Diplomatique
Berlin 2013, 52 Seiten

Vom Winde verweht – wir verlieren, was uns ernährt

Jedes Jahr gehen auf der Welt mehr als 24 Milliarden Tonnen fruchtbaren Bodens verloren – er wird buchstäblich vom Winde verweht, von starken Regenfällen ausgewaschen oder durch Straßen und Siedlungsbau versiegelt. Dabei gehören gesunde Böden zu unseren wichtigsten Lebensgrundlagen. Auf ihnen wachsen nicht nur unsere Kulturpflanzen, sie speichern und reinigen auch unser Wasser, regulieren unser Klima und sind Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten. Bodenschutz ist auch für die Stiftung ein wichtiges Thema. Im Jahr 2013 haben wir zum Beispiel eine Studie zu den Auswirkungen von Mineraldünger auf tropische Böden veröffentlicht. Nach deren Ergebnissen müssen die heutigen Strategien der landwirtschaftlichen Intensivierung klar infrage gestellt werden. Die Studie sorgte für rege Diskussionen in der Fachwelt, als sie während der «Global Soil Week», einer viertägigen internationalen Konferenz im Oktober 2013, veranstaltet u. a. vom BMI, GIZ und Agrarforschungsinstituten der UN, vorgestellt wurde. Mit einem «Soil Day» in der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit der Agrar Koordination und dem Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) haben wir das Thema. Bodenschutz auch einer breiteren Öffentlichkeit nahegebracht. Teil des Begleitprogramms war die Ausstellung «Soil speaks», die vom Kampf der landlosen Bevölkerung in Indien für ihre Rechte erzählte.

«Soil speaks» – Ausstellungseröffnung mit Ramesh Sharma (Ekta Parishad) Foto: Stephan Röhl

Bodenlos: Negative Auswirkungen von Mineraldüngern in der tropischen Landwirtschaft
Hrsg. von Heinrich Böll Stiftung und WWF Deutschland
Berlin 2013, 62 Seiten

Vom Kampf der landlosen Bevölkerung für ihre Rechte erzählt die Ausstellung «Soil speaks».
Foto: Ekta Parishad

Foto: picture_alliance / abaca

Teilhabe stärken, Menschenrechte durchsetzen!

In vielen Ländern antwortet der Staat auf das Engagement für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, für Frauenrechte und eine sozial und ökologisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik mit Repression und Einschüchterung. Das gilt nicht nur für autoritäre Regime, sondern auch für viele formale Demokratien. Zusammen mit unseren internationalen Partnerinnen und Partnern versuchen wir auch dort, die Spielräume für politische und gesellschaftliche Teilhabe und Emanzipation auszuweiten. Das geht natürlich nur, sofern überhaupt politische Handlungsspielräume gegeben sind. Diese auszuloten, gehört mit zum Kerngeschäft einer politischen Stiftung. Es erfordert Fingerspitzengefühl und große Verantwortung, vor allem für unsere Partnerinnen und Partner.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Die arabische Welt im Umbruch

Die großen Hoffnungen, die einst mit dem «Arabischen Frühling» verbunden waren, sind einer Ernüchterung gewichen. In Ägypten zum Beispiel tobt ein Machtkampf zwischen islamistischen Kräften und dem Militärapparat. Und die Eskalation der Gewalt in Syrien stellt nicht nur eine humanitäre Katastrophe dar, auch die Stabilität der Nachbarländer wird durch den Konflikt zunehmend gefährdet. Trotzdem gibt es in der arabischen Welt mutiges zivilgesellschaftliches Engagement – und wir versuchen es tatkräftig zu unterstützen.

Für ein demokratisches Syrien

Vor über drei Jahren begann in Syrien der Aufstand gegen das Regime von Baschar al-Assad. Aus den ersten friedlichen Protesten ist ein militarisierter Konflikt geworden, dem mittlerweile mehr als 100.000 Menschen zum Opfer gefallen sind. Millionen von Syrerinnen und Syrern sind auf der Flucht. Und die, die im Land geblieben sind, kämpfen nun an zwei Fronten: gegen das Assad-Regime und gegen salafistische Gruppen. Über unser Büro in Beirut versuchen wir, Aktivistinnen und Aktivisten bei ihrem Einsatz für ein demokratisches Syrien zu unterstützen. Im Jahr 2013 zum Beispiel mit einem Workshop für Frauen, die sich bereits humanitär engagieren und nun stärker in den Stadträten mitwirken wollen. Sehr gefragt war auch ein Training zum «Gerüchte-Management». Da es in Syrien sehr schwer ist, an verlässliche Informationen zu kommen, kursieren viele Gerüchte. Die entwickeln ihre eigene Dynamik, was die humanitäre Hilfe behindert und das Misstrauen unter Oppositionellen verstärkt. Die Aktivistinnen und Aktivisten wurden darin geschult, wie sie Mutmaßungen Fakten entgegensetzen und so den zerstörerischen Einfluss von Gerüchten eingrenzen können. Das Konzept hat sich so bewährt, dass auch die UN unsere Partnerorganisation beauftragte, entsprechende Trainings an weiteren Orten anzubieten.

Wir unterstützen auch Filmprojekte und Publikationen zu Syrien, so zum Beispiel den Dokumentarfilm « Not Who We Are » der libanesischen Filmemacherinnen Carol Mansour und Muna Khalidi. Aus Syrien geflüchtete Frauen erzählen darin von ihren Erfahrungen im Exil. Der Film wurde im Dezember 2013 in Anwesenheit der Regisseurinnen in Berlin gezeigt. Auch eine Ausgabe unseres Magazins *Perspectives* ist zum Flüchtlingsthema erschienen. Darin ging es u. a. in mehreren Beiträgen um die Probleme, die in den Gastgemeinden durch die Flüchtlingsströme entstehen – ein Thema, das ebenfalls in diversen Veranstaltungen unseres EU-Büros in Brüssel mit Fachleuten der Region diskutiert wurde. Am Ende standen Empfehlungen, wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten die negativen Auswirkungen des Konfliktes besser abfedern könnten. Diese sind abrufbar unter www lb.boell.org.

Was kann die Stiftung sonst noch tun? Informieren! Auf unsere Website www.boell.de analysieren wir fortlaufend die aktuellen Entwicklungen in Syrien, aber auch die regionalen Folgen des Konflikts, etwa für Israel, den Libanon und die Türkei. Wir bringen Stimmen aus der Region zu Gehör und vermitteln über diverse Formate – Videos, Mitschnitte von Vorträgen oder Interviews – fundierte Einblicke in einen immer schwerer zu verstehenden Konflikt.

I do not want to be born a refugee
Perspectives Naher Osten & Nordafrika #6
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Tunis, Beirut, Ramallah 2013, 36 Seiten
www.boell.de/publikationen

Webdossier: Syrien drei Jahre nach Beginn des Aufstands **Web-link**

Die tunesische Zivilgesellschaft in der dritten Phase des Übergangs

Im Sommer 2013 steckte der tunesische Übergangsprozess in einer tiefen politischen Krise. Erst im Dezember zeichnete sich eine Lösung ab. Der Erfolg des Übergangs hängt jetzt – nach dem Sturz der Diktatur und dem schwierigen Verfassungsprozess – von der Respektierung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 durch alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte ab. Dabei ist die Akzeptanz der Ergebnisse eben-

so wichtig wie die störungs- und gewaltfreie Vorbereitung. Ein nationales Strategietreffen von über 1.000 Teilnehmenden, organisiert von den reformorientierten Teilen der Zivilgesellschaft, sollte dafür die Voraussetzungen schaffen. Wir haben als neutrales Mitglied an der Vorbereitung der Foren zu Mobilisierung, Wahlbeobachtung, Jugend und Frauen teilgenommen und die Initiative an sich unterstützt, die landesweit als klares Bekenntnis für politischen Wandel und gegen Gewalt wahrgenommen wurde.

Doku: → **www.boell.de/de/dokumentation-kein fruehling-fuer-frauen**

Politische Umbrüche und sexualisierte Gewalt – Beispiele aus den arabischen Transformationsländern

Der Einsatz von sexualisierter Gewalt als Waffe in politischen Umbruchsituationen ist ein weltweites Problem, das aber eher als Nebenprodukt von Konflikten eingestuft wird. Dabei ist die Bandbreite sexualisierter Gewalt sehr groß. Sie reicht von Nötigung und Einschüchterung bis hin zu Massenvergewaltigungen und sexueller Versklavung. Frauen und Mädchen sind in besonderem Maße gefährdet. Als ein Auslöser dieser speziellen Form von Gewalt wird heute eine massive Benachteiligung und Diskriminierung von Frauen im Frieden gesehen, die sich in Krisenzeiten in sexualisierten Gewaltausbrüchen entlädt bzw. gezielt für diese benutzt wird. Wir haben für unsere Berliner Konferenz «(Kein) Frühling für Frauen» im Dezember 2013 Aktivist/innen aus verschiedenen Regionen der Welt, insbesondere den arabischen Transformationsländern, eingeladen, um eine Bestandsaufnahme vorzunehmen. Genaue Daten zum Ausmaß sexualisierter Gewalt liegen allerdings nicht vor. Auch ihre Dokumentation ist aufgrund der gesellschaftlichen Tabuisierung des Themas äußerst schwierig, was insbesondere die Fälle Libyen und Syrien zeigten. Es stellt sich also die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen strafrechtlicher Verfolgung in der Zukunft. Während zumeist junge Aktivist/innen auf interventionistische, handlungsorientierte Ansätze bauten, betonten Frauenrechtsorganisationen, Politikerinnen oder Anwältinnen die dringende Notwendigkeit, bereits bestehendes nationales und internationales Recht umzusetzen. Das Vertrauen in rechtliche Strategien wurde allerdings nicht von allen Konferenzteilnehmenden geteilt – zu oft bleibe vor allem das internationale Recht reine Formsache und habe mit der Realität vor Ort nicht viel zu tun. Die Konferenz fand in Kooperation mit Amica e.V. statt.

Psychotherapeut Salah Ahmad vom Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin Foto: Stephan Röhl

Fragen aus dem Publikum und Patricia Sellers, Sonderberaterin am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag Foto: Stephan Röhl

Arbeit in fragilen Staaten und Transformationsgesellschaften

Wir arbeiten zum Teil in Regionen, die akut von Gewaltkonflikten betroffen sind oder mit deren Folgen zu kämpfen haben. Auch dort fördern wir die Zivilgesellschaft und die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit, insbesondere freie Wahlen. Ebenso unterstützen wir Aktivistinnen und Aktivisten in Ländern, die bereits formal demokratisch sind, aber keine oder nur eine schwache Zivilgesellschaft haben.

Afghanistan

Für Afghanistan und auch für unsere Arbeit dort wird 2014 ein entscheidendes Jahr. Der Abzug der internationalen Truppen soll bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein, und im April wird eine neue Regierung gewählt. Auch vom Verlauf und Ausgang dieser Wahlen wird es abhängen, ob die Stabilisierung und Demokratisierung weitergehen und dadurch ein Rückfall in kriegerische Auseinandersetzungen verhindert werden kann. Wir helfen afghanischen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen dabei, international Lobbyarbeit zu betreiben. So konnte eine Delegation zivilgesellschaftlicher Akteure mit Unterstützung der Stiftung Hintergrundinformationen zu den anstehenden Präsidentschafts- und Provinzratswahlen und Empfehlungen zum politischen Aushandlungs- und innerafghanischen Friedensprozess in Washington, New York, Brüssel und Berlin vorstellen. Es gab Gespräche mit Vertreter/innen der NATO, des Pentagon, sowie verschiedener Ministerien. Afghanische Delegierte nahmen auch an Veranstaltungen hochkarätiger wissenschaftlicher Institute teil sowie an einer gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk zu Afghanistan organisierten Konferenz im Europaparlament. Durch diesen afghanisch-internationalen Austausch sind einige neue Projekte in Afghanistan entstanden, vor allem aber wurde das politische Selbstverständnis der afghanischen Akteure gestärkt. Seit Dezember 2013 unterstützt die Stiftung in Afghanistan zudem eine Dialoginitiative junger politisch engagierter Menschen und fördert dadurch die Entwicklung ihrer politischen Agenda für die Zeit nach dem Truppenabzug 2014.

Pakistan

Zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans fand mit der Wahl von Premierminister Nawaz Sharif (PML-N) im Mai 2013 ein demokratischer Wechsel statt, ohne dass das Militär sich einmischte. Unser Büro in Islamabad begleitete diese Wahlen mit einer umfassenden Umfrage zu den gesellschaftlichen Stimmungen im Land, die in dieser Form erstmalig in Pakistan durchgeführt wurde. Das «Political Barometer», ein Gemeinschaftsprojekt mit dem Sustainable Development Policy Institute (SDPI) und dem Magazin *Herald*, stellte nicht nur die berühmte Sonntagsfrage, sondern fragte auch politische Einstellungen ab: Verhandeln mit den Taliban? Militärdiktatur, ja oder nein? Wie steht es um die Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten? Und vieles mehr. Auch über den Wahltag hinaus bietet das Political Barometer viel Stoff für Sozialwissenschaftler und jeden, der wissen will, wie Pakistan «tickt».

2013 wurde erstmals in der Geschichte Pakistans eine Regierung ohne Einmischung des Militärs gewählt. Foto: Max Becherer /Polaris/laif

Bei gesellschaftlichen und religiösen Fragen zeigt die Studie «ein zutiefst gespaltenes Land». So sind beispielsweise rund 36 Prozent der Befragten der Meinung, dass darstellende Künste wie Musik, Tanz und Theater verboten werden sollten. Rund 32 Prozent sprachen sich andererseits für eine Förderung dieser Künste aus. Rund 40 Prozent wollen Frauen kein Recht auf Scheidung einräumen; 30 Prozent finden Ehrenmorde akzeptabel oder manchmal gerechtfertigt. Zum umstrittenen

Blasphemiegesetz in Pakistan sagten 88 Prozent der Befragten, Gotteslästerung müsse gesetzlich bestraft werden. Für die Studie befragte das Sustainable Development Policy Institute (SDPI) zwischen Oktober und Dezember 1.283 Menschen.

Einblicke in die komplexe Realität Pakistans haben wir auch mit unserer Reihe «Understanding Pakistan» in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) ermöglicht. Zwischen April 2013 und Januar 2014 sprachen z. B. der Ökonom S. Akbar Zaidi (Karachi) über Pakistans politische Ökonomie und Dr. Adil Najam, Professor an der Lahore University of Management Sciences (LUMS), über Pakistans «anderes» Sicherheitsproblem, den Klimawandel. Pakistan gehört weltweit zu den am stärksten von der Erderwärmung betroffenen Ländern.

Journalisten-Workshop in Myanmar

Die Abschaffung der Medienzensur im August 2012 und die offizielle Schließung der Zensurbehörde im Januar 2013 waren besonders für das Ausland ein weiterer Beweis für die demokratische Entwicklung in Myanmar und den Ernst der Regierung, diese voranzutreiben. Im Land selbst fielen die Reaktionen gemischt aus. Junge Journalist/innen testen seitdem die neuen Freiheiten, während die Älteren zurückhaltender sind und zur Selbstzensur neigen, wenn es darum geht, Kritik an der Regierung oder dem Militär und der Verstrickung mit den ökonomischen Eliten zu üben. Zusammen mit der taz panther Stiftung und dem Auswärtigen Amt haben wir im November 2013 einen Trainingsworkshop für myanmarische Journalist/innen in Berlin angeboten. Auf dem Programm standen u. a. die Rolle von Medien in Transformationsprozessen und die Verantwortung von Journalist/innen bei der Berichterstattung religiöser Konflikte. Dieses Thema hatte ganz besondere Aktualität, da es in den letzten Jahren in vielen Landesteilen Myanmars immer wieder zu Konflikten zwischen Buddhist/innen und Muslim/innen kommt. Die Teilnehmenden besuchten auch politische Institutionen und trafen sich mit Vertreter/innen aus Politik und Zivilgesellschaft.

Moskau: Das NGO-Agentengesetz

Ende November 2012 trat in Russland das sogenannte NGO-Agentengesetz in Kraft. Anfang März 2013 begannen massenhafte Kontrollen der Staatsanwaltschaft. Zwischen 700 und 1.000 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden seither überprüft. Etwas mehr als 60 erhielten Bescheide der Staatsanwaltschaft. Bei rund einem Drittel dieser gut 60 NGOs glaubten die Staatsanwälte, Gesetzesverletzungen gefunden zu haben. Sie forderten sie ultimativ zur Registrierung als «ausländische Agenten» auf und machten teilweise mit Strafbefehlen über bis zu 10.000 Euro Druck. Die beiden anderen Drittel wurden nur «gewarnt», sie könnten sich strafbar machen, wenn sie sich nicht als «Agenten» registrieren ließen.

Bis auf wenige Ausnahmen wehrten sich die betroffenen NGOs vor Gericht gegen diese Bescheide. Einige von ihnen, so auch unsere Partnerorganisation Memorial, gingen gerichtlich gegen die Kontrollen vor. Wenige andere, wie die Wahlbeobachterorganisation Golos, lösten sich auf, um so einer möglichen Kriminalisierung ihrer Vorstände zu entgehen und weil sie vor Gericht keine Chancen sahen.

Bis Ende 2013 hatten die meisten NGOs mit ihren Klagen Erfolg. Oft hielt die Grundargumentation der Staatsanwaltschaft, praktisch jede Öffentlichkeit als «politisch» im Sinne des Gesetzes zu qualifizieren, der Überprüfung durch die Gerichte nicht stand. In anderen, seteneren Fällen übernahm das Gericht die Argumentation der Staatsanwaltschaft. Das Memorial-Antidiskriminierungszentrum in St. Petersburg, das sich vor allem für die Rechte von Roma einsetzt, musste schließen.

Der Stand aller Verfahren wird auf der Website www.closedsociety.org dokumentiert.

Allerdings gibt es noch keine rechtsgültigen Urteile. Entweder die Staatsanwaltschaften oder die NGOs gingen immer in Berufung. Beschwerden liegen dem russischen Verfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vor und sind zur Behandlung angenommen.

Ohne Frage hat das Gesetz aus Kreml-Sicht zwei Aufgaben erfüllt: In der Gesellschaft ist der Zusammenhang zwischen «NGOs» und «Agenten» (oder besser: «Spionen» oder «Verrätern») heute viel stärker ausgeprägt als vor Beginn der Kampagne im Frühjahr 2012. Außerdem sind viele unabhängige NGOs seither vor allem mit Selbstverteidigung beschäftigt. Das bindet Kräfte und Ressourcen, die für die eigentliche Arbeit fehlen.

Mehr dazu regelmäßig im Russlandblog von Jens Siegert:
→ **www.russland.boellblog.org**

Protest. Kultur. Politik – Kreativer Aufstand gegen die Angst

Die osteuropäischen Gesellschaften sind in Bewegung geraten. Vor allem junge Leute stellen die kulturellen Werte infrage, die autokratische Herrschaft begünstigen. Wir haben im Juni 2013 30 Künstler/innen und Aktivist/innen aus Russland, Belarus und der Ukraine zu einem Kongress nach Berlin eingeladen. Dort stellten sie ihre Projekte vor und berichteten aus ihren jeweiligen Ländern. Nicht alle Kongressgäste verstanden sich als Aktivisten, doch viele erlebten Repressalien. In einem restriktiven Klima wirkt schon Kunst, die ein Stück Wirklichkeit reflektiert, als Akt des Widerstands. Für Gulya Sultanova zum Beispiel, Leiterin des LGBT-Filmfestivals «Bok o Bok» in St. Petersburg, gehören Drohungen zum Alltag. Russland werde immer totalitärer. Der Staat habe Angst. Vor jeder freien Äußerung, vor jeder Unzufriedenheit. Die Repressionen wiederum politisieren die Kultur, so Sultanova.

Für die Kongressteilnehmenden waren vor allem die persönlichen Gespräche wichtig. «Als Aktivisten kennen wir einander über die Grenzen unserer Länder hinweg, aber es ist schwierig, sich an einem Ort zu treffen», so der belarussische Künstler und Kurator Sergey Shabohin. Dass auf dem Kongress vor allem junge Menschen vertreten waren, hielt er für symptomatisch. «Als Generation des Internets sind wir politisch engagierter und haben keine Angst, darüber zu sprechen. So gut wie alle politische Kunst in Belarus kommt heute von jungen Menschen.»

Victoria Lomasko, die auch im Prozess gegen Pussy Riot gezeichnet hat, gehörte zu den Gästen des Kongresses «Protest. Kultur. Politik» Foto: Stephan Röhl

Open Air Improvisation «Mittelweiß», DEREVO, Dresden Foto: Stephan Röhl

Gezi Park - A New History is Beginning
Perspectives – Political analysis and commentary from Turkey #5
Editor Heinrich Böll Foundation, Istanbul
July 2013, 64 Seiten

Die Gezi-Proteste in Istanbul

Rund vier Millionen Menschen sollen landesweit in über 60 Städten der Türkei demonstriert haben: teils aus Solidarität mit den Protestierenden in Istanbul, teils aus Wut über die autoritäre Politik der Regierung, den Raubbau an der Natur, die Gentrifizierung in den Städten und die Eingriffe der Regierung in die Privatsphäre. Nach der Räumung des Gezi-Parkes fanden in vielen Landesteilen sogenannte Foren statt. Auf öffentlichen Plätzen trafen sich Jung und Alt, um vor allem über lokale Probleme zu diskutieren und um die Hintergründe der Gezi-Proteste zu erfahren.

Für unser Büro in Istanbul war diese Zeit – wie für alle Akteur/innen in der Türkei – aufregend und enorm anstrengend. Wir haben kurzfristig u. a. in Berlin und Brüssel Veranstaltungen zu den Protesten organisiert. Wir nutzten facebook, um die deutsche Öffentlichkeit brandaktuell zu informieren. Sprich, wir waren mehrere Wochen lang rund um die Uhr im Einsatz. Für 2014 ist zum ersten Jahrestag der Proteste eine Diskussion über das «Wie weiter?» geplant.

Cumbia-Kurse für Jugendliche: Das Tanzen ist Prävention und zugleich ein kurzer Ausstieg aus einem von Gewalt bestimmten Alltag. Foto: hbs

Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Gewalt in Mexiko

Seit der Ausrufung des Kriegs gegen die Drogen im Jahr 2006 ist die Gewalt in Mexiko enorm gestiegen. Unser Büro in Mexiko-City unterstützt daher lokale zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich um Prävention und Gewaltabwehr kümmern. In der von der Stiftung 2013 herausgegebenen Publikation «Picar Piedra» werden zahlreiche dieser Initiativen vorgestellt. Darunter auch zwei aus Saltillo, der Hauptstadt des Bundesstaates Coahuila im Norden Mexikos und bis heute ein Hotspot der Gewalt: Die Organisation Grafitos bietet Cumbia-Tanzkurse für Kinder und Jugendliche aus Stadtvierteln, die stark unter der organisierten Kriminalität leiden und wo gerade Jugendliche freiwillig oder unfreiwillig rekrutiert werden. Das Tanzen ist Prävention und zugleich ein kurzer Ausstieg aus einem von Gewalt bestimmten Alltag. Die zweite Initiative FUUNDEC ist ein Zusammenschluss von Angehörigen, die nach verschwundenen Familienmitgliedern oder Freunden suchen. Die Initiative war anfangs eine kleine Gruppe von Familien, vermisst wurden 21 Personen. Heute sind es beinahe 300 Vermisste. Gefunden wurde bisher niemand. Die Angehörigen entwickeln Strategien im Umgang mit Polizei und Behörden, machen Öffentlichkeitsarbeit und stärken sich gegenseitig. Sie sind inzwischen national und international mit vielen ähnlichen Organisationen vernetzt.

«Picar Piedra» wurde in etlichen mexikanischen Städten vorgestellt, auch in Saltillo. Am Tag der Buchpräsentation hatten Anhörungen zu den Fällen der Verschwundenen vor dem Gouverneur von Coahuila stattgefunden. Viele der Angehörigen kamen im Anschluss zu unserer Veranstaltung. Es flossen Tränen, die Stimmung war angespannt, denn sowohl Opfer bzw. deren Angehörige als auch (potenzielle) Täter waren in einem Raum versammelt. Die Veranstaltung machte deutlich, wie schwer es ist, mit den Folgen von Gewalt und Drogenkrieg umzugehen und das Zusammenleben neu zu gestalten. Die Initiativen zeigen aber: Es gibt erfolgversprechende Ansätze, es zu versuchen. Mittlerweile ist die 2. Auflage von «Picar Piedra» nahezu vergriffen.

Picar Piedra –
Iniciativas Ciudadanas frente a la violencia
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Mexiko 2013, 226 Seiten
Als E-Book unter www.mx.boell.org/
(nur in spanischer Sprache)

Landraub und Vertreibung in Kambodscha

Achtzig Prozent der kambodschanischen Bevölkerung leben noch immer auf dem Land. Viele dieser Menschen sind Kleinbauern, deren Lebensunterhalt vom Zugang zu ihren Feldern abhängt. Seit einigen Jahren vergibt die Regierung großflächig Landkonzessionen an private Investoren, die häufig mit Hilfe staatlicher Sicherheitskräfte die Bäuerinnen und Bauern von ihren Feldern vertreiben. Inzwischen ist mehr als die

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Hälfte der gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Kambodschas an private Investoren übertragen worden. Wir unterstützen deshalb Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisationen, die für den rechtlich garantierten Zugang zu Land und die Einhaltung der Menschenrechte eintreten. Wir helfen bei der Dokumentation und Analyse der Probleme und ermöglichen den von Landraub betroffenen Menschen, ihren Fall auch in internationalen Foren vorzubringen. Im April 2013 präsentierten wir bei der Jahreskonferenz der Weltbank für Land und Armut in Washington eine Studie zu Problemen der indigenen Bevölkerung im Zuge der Vergabe von Landtiteln. Die Organisation Equitable Cambodia hat mit unserer Unterstützung eine Untersuchung vorgelegt, die darlegt, wie ein zur Armutsbekämpfung gedachtes Handelsinstrument der EU in Kambodscha schwere Menschenrechtsverletzungen zur Folge hat und welche Rolle dabei Konzerne aus dem Nachbarland Thailand spielen. Die Studie wurde außer in Kambodscha auch auf einem öffentlichen Forum in Bangkok und Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Brüssel vorgestellt. Einige Parlamentarier/innen haben die Empfehlungen der Studie aufgegriffen und setzen sich nun für eine kritische Überprüfung und Anpassung dieses EU-Programms ein, um mögliche negative Auswirkungen künftig auszuschließen.

Bittersweet Harvest – A Human Rights Impact Assessment of the European Union´s Everything But Arms Initiative in Cambodia
Ed. by Equitable Cambodia and Inclusive Development International
Cambodia/Germany 2013, 100 pages

Menschenrechte zwischen den Geschlechtern

Inter*Menschen gelten oftmals als «krank» oder «abnorm». Intergeschlechtliche Personen sind Menschen, die sich im Hinblick auf ihr Geschlecht nicht in die medizinische Norm sogenannter männlicher und weiblicher Körper einordnen lassen. Nicht wenigen wird schon im Säuglingsalter durch operative Eingriffe das männliche oder weibliche Geschlecht zugewiesen. Eine medizinische Notwendigkeit besteht jedoch nicht. In der Regel sind intergeschlechtliche Menschen völlig gesund. Die medizinischen Behandlungen finden – gerade wenn sie in jungen Jahren vorgenommen werden – so gut wie immer ohne Zustimmung der Inter*Menschen statt. Häufig leiden diese später schwer an den psychischen und physischen Folgen der ärztlichen Eingriffe. Die Ausbildung einer eigenen geschlechtlichen Identität, die sich zwischen dem gesellschaftlich dominierenden bipolaren Geschlechtermodell männlich/weiblich verorten kann, bleibt ihnen so meist versagt. 2013 erschien eine von der Stiftung beauftragte Studie zur Lebenssituation von Inter*Menschen. Der Autor, Dan Christian Ghattas, hat dazu Inter*Aktivist/innen in zwölf Ländern befragt und Handlungsempfehlungen zur Verbesserung ihrer Situation zusammengefasst.

Menschenrechte zwischen den Geschlechtern
Vorstudie zur Lebenssituation von Inter*Personen
Von Dan Christian Ghattas. Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 68 Seiten

Grafik: Ins A Kromminga

Arbeiten in Netzwerken

Die globale Vernetzung nimmt kontinuierlich zu – in der Wirtschaft, der Politik und auch der Zivilgesellschaft. Wir folgen diesem Trend mit einer verstärkten Zusammenarbeit unserer Büros sowohl innerhalb der Regionen wie auch überregional. Wir wollen über die Grenzen hinweg Perspektiven, Diskurse und Dialogforen zu unseren strategischen Themenfeldern anbieten. Dazu gehören auch unsere vielfältigen Besuchsprogramme, die zunehmend nicht nur Nord – Süd oder Ost – West, sondern Süd – Süd und Süd – Ost ausgerichtet sind.

Download unter → www.boell.de/perspectives

Kupfer, Kohle und Konflikte
Ressourcen und Ressourcenabbau in Asien
Perspectives Asien #1
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 33 Seiten

Perspectives

Mit dieser Publikationsreihe versuchen wir den länderübergreifenden, politischen Brückenschlag zu einem regionalen Themenschwerpunkt der Stiftung. Wir wollen politischen Akteur/innen und Intellektuellen aus den jeweiligen Regionen ein Stimme geben und die deutsche und internationale Öffentlichkeit mit ihren Sichtweisen und politischen Analysen vertraut machen. Durch die Vielfalt von Perspektiven wollen wir zu einer umfassenderen Meinungsbildung beitragen. Mit *Perspectives Africa* gingen unsere Büros in Afrika an den Start, gefolgt von den *Perspectives Middle East* unserer Büros in Nahost und Nordafrika (MENA-Region) sowie den *Perspectives Turkey* des Istanbuler Büros. Die Printausgaben sind über die jeweiligen Büros erhältlich und erscheinen in der Regel auf Englisch. *Perspectives Asia* wird seit Anfang 2013 in einer englischen und deutschen Ausgabe herausgegeben und vereint Beiträge aus ganz Asien.

Vergangenheitsbewältigung – chinesisch-russischer Erfahrungsaustausch

Russland und China haben im 20. Jahrhundert ähnliche Formen politischer Repression erlebt. Während in Russland seit nunmehr 25 Jahren mehr oder weniger frei über die politische Verfolgung geforscht, diskutiert und veröffentlicht werden kann, dürfen große Teile der jüngeren chinesischen Vergangenheit nicht aufgearbeitet werden. Staatliche Verbrechen sind ohnehin weitgehend tabu. Das gilt insbesondere für den «großen Sprung» und die Kulturrevolution unter Mao, aber auch für die blutige Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking im Frühsommer 1989. Es gibt jedoch auch in China erste Versuche, meist von Wissenschaftler/innen und sogenannten öffentlichen Intellektuellen, sich diesen Themen vorsichtig zu nähern. Anfang Oktober 2013 reisten sechs chinesische Intellektuelle zusammen mit Mitarbeitenden unseres Pekinger Büros zum Erfahrungsaustausch nach Russland. Sie besuchten Moskau, St. Petersburg und Perm, vor allem um die Arbeit unseres Projektpartners Memorial auf dem Gebiet der Geschichtsaufarbeitung und der Einhaltung der Menschenrechte kennenzulernen. Es stellte sich schnell ein tiefreichendes Wiedererkennen von Parallelen bei den chinesischen Gästen und den russischen Gastgeber/innen bezüglich der erlittenen totalitären Repression ein. Die Stiftung wird deshalb den Kontakt zwischen Memorial International und den chinesischen Teilnehmenden weiter ausbauen. Sofern es die politische Situation erlaubt, wird es 2014 einen Gegenbesuch von Memorial nach China geben.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Demokratie lebendig erhalten

In Deutschland ist viel von Politikmüdigkeit die Rede. Dennoch: Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich einmischen und die Gesellschaft mitgestalten – in ihrem Stadtteil oder auch im Parlament, in der Schule oder am Arbeitsplatz. Wir unterstützen Initiativen und Projekte, die helfen, Demokratie lebendig zu halten und weiterzuentwickeln – in der Gesellschaft, in Parteien und Institutionen. Hierzu gehören auch Konzepte für gute Migrationspolitik und gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern. Angesichts des demografischen Wandels schauen wir auch auf die Zukunftsfestigkeit der sozialen Sicherungssysteme, den Strukturwandel der Bildungslandschaften sowie die Veränderungen in der Arbeitswelt.

Baustellen der Demokratie

Auf unserer Konferenz «Baustelle Demokratie» im Juni 2013 haben wir sowohl theoretisch-akademisch als auch sehr praktisch danach gefragt, mit welchen Verfahren und an welchen Orten wir unsere Demokratie verbessern können. Eingeladen waren alle, «die etwas bewegen wollen». Im Rahmenprogramm fanden prominent besetzte Plenardebatten statt: Zum Konflikt zwischen Beschleunigung und demokratischer Aushandlung referierte Prof. Hartmut Rosa (Friedrich-Schiller-Universität, Jena); zur Ökonomisierung der Welt diskutierten Prof. Brigitte Young (Westfälische Wilhelms-Universität, Münster) und Ralf Fücks (Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung); und über Gerechtigkeit stritten Chantal Mouffe (University of Westminster, London) und Rainer Forst (Goethe-Universität, Frankfurt am Main). In den zahlreichen Workshops diagnostizierten Initiativen und politische Akteur/innen die aktuellen Probleme und erarbeiteten u. a. Handlungsempfehlungen zu Querschnittsfragen wie z. B. der Selbstorganisation unterrepräsentierter Stimmen oder der geschlechtergerechten Vertretung. Den Abschluss bildete eine Matinee im Deutschen Theater mit einer Lesung aus Shakespeares «Coriolan» und einem Allparteiengespräch zur «Politik der Sprache».

Doku: → **www.boell.de/de/baustelle-demokratie**

Ulrich Peltzer, Autor Fotos: Stephan Röhl

Birgit Lenger, Dramaturgin

Andreas Marber, Dramaturg

Demokratiereformen auf Länderebene

In zwei Fachtagungen widmeten wir uns der Frage, welche demokratiepolitischen Handlungsmöglichkeiten bestehen, welche Initiativen angegangen und welche Erfahrungen derzeit gemacht werden. Die Grünen stellen in Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten mit einem dezidiert demokratiereformerischen Programm, und in mehreren Landesregierungen sind Grüne beteiligt. Für die erste Fachtagung hatten wir die Kurzstudie «Demokratiereformen – Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene» in Auftrag gegeben. Stoff zum Thema liefert darüber hinaus unsere Publikation «Experiment Bürgerregierung: Das Beispiel Baden-Württemberg». Die Publikation «Repräsentation trifft Beteiligung» ist in Vorbereitung. Zu diesem Thema starteten wir im Winter 2013 auch in ein neues Verbundprojekt der 16 Landesstiftungen: «Gut vertreten? Update für Repräsentation und Beteiligung».

Kurzstudie: Demokratiereformen – Handlungsmöglichkeiten auf Länderebene. Von Roland Roth. Download unter → **www.boell.de/de/node/277175**

Experiment Bürgerbeteiligung
Das Beispiel Baden-Württemberg
Ein Dossier von Elisabeth Kiderlen und Helga Metzner
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 160 Seiten

www.boell.de/de/fachtagung-wie-geht-es-uns-morgen

Wie geht es uns morgen?
Wege zu mehr Effizienz, Qualität und Humanität in einem solidarischen Gesundheitswesen
Bericht der Gesundheitspolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 60 Seiten

Wie geht es uns morgen?

Das deutsche Gesundheitswesen schlägt sich im internationalen Vergleich recht gut. Dennoch gibt es erheblichen Reformbedarf, um eine qualitativ gute und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle zu sichern. Das heutige System belohnt nicht den klugen Einsatz von Ressourcen, sondern setzt Fehlanreize. Gegenwärtig dominieren vor allem die Interessen der Anbieter – von der Pharmaindustrie über die Apotheker bis zu den niedergelassenen Ärzten. Die Gesundheitskommission der Heinrich-Böll-Stiftung schlägt eine Systemreform vor, die konsequent von den Interessen der Versicherten und Patient/innen ausgeht. Die Anreiz- und Vergütungsstrukturen müssten so gesetzt werden, dass sie sich an der Versorgungsqualität und dem Gesundheitsnutzen einer Behandlung für den Patienten orientieren. Um diesem Ziel näherzukommen, hat die Kommission eine Vielzahl von Handlungsempfehlungen erarbeitet. Der Abschlussbericht der Kommission wurde im Februar 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt.

boell.de/de/2013/11/20/wie-gehts-weiter-mit-der-rente

Sicherheit und Fairness in der alternden Gesellschaft
Bericht der Demografie-Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung
Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 60 Seiten

Wie geht es weiter mit der Rente?

Mit der Alterung der Gesellschaft sind zahlreiche Veränderungen verbunden, die ein «Weiter wie bisher» unmöglich machen. Was leicht übersehen wird: Die veränderten demografischen Rahmenbedingungen legen die Gesellschaft keineswegs auf bestimmte alternativlose Anpassungsreaktionen fest. Auch in einer alternden Gesellschaft besteht Gestaltungsspielraum. Eine von uns einberufene Demografie-Kommission hat im November 2013 Handlungsempfehlungen vor allem zur Rentenfrage vorgelegt. Die wichtigste Empfehlung: Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) soll die zentrale Säule der künftigen Altersvorsorge bleiben. Als Schutz vor Altersarmut wird ein Zuschuss zur Grundsicherung im Alter empfohlen. Damit plädiert die Kommission für die Beibehaltung des beitragsäquivalenten Rentenversicherungssystems.

Genderranking deutscher Großstädte 2013
Eine Studie von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann
Im Auftrag und hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2013, 28 Seiten

Genderranking deutscher Großstädte 2013

Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen der FernUni Hagen ermittelten zum dritten Mal die Daten aus den Großstädten mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner untersuchten den Anteil der Frauen an Ratsmandaten, Ausschussvorsitzen, Fraktionsvorsitzen, Dezernatsleitungen und dem Oberbürgermeisteramt. Das Ergebnis: Frauen sind, gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil, in den kommunalpolitischen Führungsämtern deutscher Großstädte auch weiterhin unterrepräsentiert. Gegenüber den Vorgängerstudien in den Jahren 2008 und 2010 sind nur leichte Fortschritte zu verzeichnen.

Böll.Thema 3/2013: Grüne Zeitenwende
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung,
Berlin 2013, 40 Seiten
Kostenfreies Abo: www.boell.de/thema

Politische Teilhabe und Inklusion

In Fragen politischer Partizipation und Teilhabe in der Kommunalpolitik stößt unsere Studie «Vielfalt sucht Rat», die die Repräsentation von Migrantinnen und Migranten in 77 deutschen Großstädten untersucht hat, weiterhin auf großes Interesse vor allem bei den politischen Parteien und den Kommunalpolitiker/innen. Im Februar 2013 fand in Frankfurt am Main die 38. Präsentation der Studie statt. Frankfurt gehört zu den führenden Großstädten in Deutschland mit den meisten Ratsmitgliedern mit Migrationshintergrund. Neben Augsburg und Hamburg wurde die Studie auch in Heilbronn präsentiert. Im Stadtrat von Heilbronn sitzt interessanterweise keine Person mit Migrationshintergrund – trotz eines hohen Anteils (48 Prozent) in der Bevölkerung.

Im Rahmen von «{hochinklusiv!} Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft», unserem zweijährigen Verbundprojekt mit unseren Landesstiftungen, ging es bei einer Tagung im November 2013 um Wege

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

und Politikansätze zu einer gelebten, vielfältigen Gesellschaft. Die Workshops beschäftigten sich mit den Möglichkeiten der direkten Beteiligung von Bürger/innen bei der Stadtentwicklung sowie um Inklusion im Bereich Arbeit und Bildung. Auch der Zusammenhang von inklusiver Politik und inklusivem Denken wurde diskutiert. Während strukturelle Barrieren die Start- und Teilhabebedingungen benachteiligter Gruppen stark beeinträchtigen können, gibt es auch mentale Barrieren, über die es nachzudenken gilt. Einigkeit bestand darin, dass sozial- und parteiübergreifend Allianzen geschmiedet werden müssen, um die vielfältigen Herausforderungen der Beteiligung und des Zusammenhalts zu bewältigen.

Soziale Spannungen, Schwächen des Bildungssystems und Arbeitsmarktprobleme werden immer wieder mit Einwanderung und kultureller Vielfalt vermengt. Die Politik des Multikulturalismus, die außerhalb Großbritanniens bislang in kaum einem europäischen Land ernsthaft ausprobiert wurde, erklärten führende Politiker/innen für gescheitert. In pluralistischen Gesellschaften ist aber Inklusion im Sinne der Anerkennung als gleichberechtigte Person die legitime Erwartung. In den USA gibt es die Entwicklung in Richtung von mehr demokratischer Inklusion. Unsere Konferenz «Social Exclusion and Politics of Anti-Discrimination and Empowerment in Europe and the United States» (in Kooperation mit der Jüdischen Akademie und British Council) befasste sich im Dezember 2013 mit diesen beiden Trends. Unter den Teilnehmenden waren angesehene europäische und amerikanische Organisationen wie National Urban League und National Council of La Raza aus den USA sowie die Türkische Gemeinde in Deutschland, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland sowie Flüchtlingsinitiativen aus Deutschland und Großbritannien.

Trainings- und Besuchsprogramm für Roma/Romni

Seit Jahren fördern wir Roma und Romni aus der Tschechischen Republik, die politisch aktiv sind oder sein möchten. Im Jahr 2013 haben wir sieben Roma-Aktivist/innen für ein Trainings- und Besuchsprogramm nach Berlin eingeladen. Darunter war auch der Künstler David Tišer. Er kandidierte bei den vorgezogenen Neuwahlen im Oktober 2013 für die tschechischen Grünen und plant, auch in Zukunft politisch aktiv zu bleiben. Für ihn war der Aufenthalt in Berlin eine wichtige Erfahrung und Motivation für mehr politisches Engagement: «Vor dem Training habe ich über einen Einstieg in die Politik nachgedacht. Nach dem Workshop war mir klar, dass dies der richtige Weg ist. Das Training war fantastisch, die Moderation hervorragend. Mir wurde bewusst, dass wir mehr aktive Leute brauchen. Als Roma und Romni müssen wir aktiver werden, sei es auf kommunaler, nationaler oder europäischer Ebene – nur so haben wir die Möglichkeit, etwas zu verändern, zu beeinflussen. Das ist der einzige Weg.»

David Tišer kandidierte im Oktober 2013 für die tschechischen Grünen Foto: Zdenka Lammelová, Archiv Heinrich-Böll-Stiftung Prag

Feminismus und Geschlechterdemokratie weiterdenken

Geschlechterpolitik aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten – das hat im Gunda-Werner-Institut (GWI) einen festen Platz. Ob (queer)feministisch oder männerpolitisch – das GWI ist Ort für Analysen und Strategien. Es geht vor allem um die Frage, wie eine geschlechterdemokratische Gesellschaft aussehen kann und welche politischen Instrumente uns auf den Weg dorthin bringen. Als offenes, diskursives Konzept lebt Geschlechterdemokratie von der Auseinandersetzung und dem Dialog mit und zwischen allen Geschlechtern, gemäß Gunda Werners Ansatz: «Denkverbote strengstens verboten!». Das GWI stellt die Notwendigkeit von Geschlechterperspektiven in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik heraus, spürt geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in anderen Ländern auf und überprüft deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Wir denken über neue Modelle für die gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter nach und vermitteln entsprechende Kompetenzen durch Gender-Beratung und -Training.

Gunda Werner (1951-2000), die Namensgeberin des Instituts, war Philosophin, Organisationsberaterin, feministische und lesbische Aktivistin und ehemals Geschäftsführerin der FrauenAnstiftung – eine der Vorläuferstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung.

→ www.gwi-boell.de/de/2013/04/25/feministische-netzpolitik-perspektiven-und-handlungsfelder

Feministische Netzpolitik

Der Zugang zum Netz wird zunehmend Voraussetzung für demokratische Teilhabe. Wer dabei über welche Zugänge und Ressourcen verfügt, ist auch eine brisante feministische Frage. Kathrin Ganz hat im Auftrag des GWI eine Studie über Perspektiven und Handlungsfelder feministischer Netzpolitik erstellt. Auch die nächsten Jahre wird sich das GWI mit den Herausforderungen durch neue digitale Technologien unter feministischem Blickwinkel beschäftigen. Ab 2014 wird eine AG Internet mit Beteiligten aus unterschiedlichen gesellschaftlich relevanten, netzaffinen Zusammenhängen strategisch zur feministischen Netzpolitik arbeiten, zunächst mit Schwerpunkt auf Kommunikationsstrukturen und -kultur im Netz.

StreitWert – Politik im Dialog

Das Veranstaltungsformat «StreitWert» richtet sich sowohl an geschlechterpolitisch Interessierte als auch an Menschen, die nicht per se einen Bezug zu geschlechterpolitischen Fragestellungen haben. Beim «StreitWert» im Dezember 2013 ging es z. B. um die «Pädophilie»-Debatte und das komplizierte Verhältnis im Umgang mit Pädophilie in einzelnen linksalternativen Szenen bis hin zu den Anfängen der Grünen. Johannes-Wilhelm Rörig, der unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, forderte, dass der Umgang mit sexuellem Missbrauch und Pädophilie weiterhin öffentlich problematisiert und die Betroffenen angemessen unterstützt werden müssen. Die grüne Abgeordnete Ekin Deligöz kritisierte, dass die Ergebnisse des Runden Tisches zu sexuellem Missbrauch nicht umgesetzt

würden: Die Betroffenen erhalten zugesagte Gelder nicht, und Gesetzesvorhaben, wie die Verjährungsfristen zu verlängern, werden nicht bearbeitet. Von den Grünen forderte sie differenzierte Analysen zu dem Thema und den Einsatz für die Überwindung von Herrschafts- und Dominanzverhältnissen zwischen Männern und Frauen.

StreitWert – das Blog

Anlässlich der rechtlichen Debatte im Bundestag über die Beschneidung von Jungen fand auch eine gesellschaftliche Diskussion darüber statt, die stark von Ressentiments gegenüber Juden und Muslimen geprägt war. Dagegen waren feministische und antirassistische Stimmen kaum präsent. Das GWI eröffnete ab März 2013 ein Blog, das ohne rassistische und antisemitische Untertöne mit Respekt und Wertschätzung anderer Meinungen das Thema Beschneidung aus (queer)feministisch-geschlechterpolitisch emanzipativen Perspektiven diskutierte.

→ www.streit-wert.boellblog.org

Ausstellung «Was sehen Sie, Frau Lot?»

Sexualisierte Gewalt an Kindern stand im Mittelpunkt des Ausstellungsprojekts «Was sehen Sie, Frau Lot? Zu sexualisierter Gewalterfahrung von Mädchen, Jungen und Frauen – gegen Täterschutz», das das GWI gemeinsam mit den Bremer Künstlerinnen Renate Bühn, Maria Mathieu und Heike Pich vom 25. November 2013 bis 14. Januar 2014 in der Heinrich-Böll-Stiftung präsentierte. Die künstlerische Auseinandersetzung mit diesem schwierigen Thema zeigte, dass Kunst auch eine Form des Widerstands gegen sexualisierte Gewalt und Täterschutz sein kann. Sie macht sichtbar, was im Alltag leicht und gerne übersehen und bagatellisiert wird. Die Schirmherrschaft für die Ausstellung hatten der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, vertreten durch Dilek Kolat, und Prof. Dr. Beate Rudolf vom Deutschen Institut für Menschenrechte übernommen. Ein umfangreiches Begleitprogramm mit Fachdiskussionen und Führungen – auch in Gebärdensprache – gab vielfältige neue Impulse. Es wurde in Kooperation mit Wildwasser Berlin, einem Projekt gegen sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, sowie Tauwetter, einem entsprechenden Projekt für Jungen und Männer, zusammengestellt. Trotz der verstörenden Thematik, die sich auch in den Objekten zeigte, wurde das Ausstellungsprojekt außergewöhnlich positiv angenommen. Videomitschnitte und Beiträge unter www.gwi-boell.de/de/2013/11/14/was-sehen-sie-frau-lot.

Ausstellungseröffnung mit Gebärdensprache: Die Bremer Künstlerinnen Maria Mathieu, Renate Bühn und Heike Pich. Foto: Stephan Röhl

Ausstellung: «Was sehen Sie, Frau Lot?»
Foto: Stephan Röhl

Publikation: Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie

Geschlechterthemen haben Konjunktur. Die Sexismus-Debatte, Quotenregelungen für Aufsichtsräte oder die rechtliche Gleichbehandlung eingetragener Lebenspartnerschaften werden kontrovers diskutiert. Zugleich ist ein deutlicher Gegenwind bei der Geschlechterforschung zu spüren. Wer mit dem Begriff «Gender» arbeitet, wird nicht selten mit dem Vorwurf einer prinzipiellen Unwissenschaftlichkeit konfrontiert. Den «Gender Studies» wird der Status einer Wissenschaft abgesprochen, Gender sei kein wissenschaftliches Konzept, sondern eine Ideologie. Die GWI-Publikation «Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie – Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse» geht dem Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit nach und gibt Argumente an die Hand, sich gegen abwertende Angriffe zu wehren. Sie unterstützt Organisationsvertreter/innen und Aktivist/innen sowie Institutionen dabei, in Kampagnen gegen (pro)feministische Veröffentlichungen die entsprechenden Anwürfe zu verorten und sachbezogen zu reagieren.

Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie
Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse
Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 9
Hrsg. von der Heinrich-Boll-Stiftung
Berlin 2013, 72 Seiten

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Geschlechterpolitik macht einen Unterschied

Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht und Sexualität sind weltweit noch immer an der Tagesordnung: Frauen werden in konventionelle Rollen gedrängt und aus der «großen Politik» ausgeschlossen, Homosexuelle und Transgender haben öffentliche Demütigungen oder gar körperliche Gewalt zu fürchten. Dabei ist die Gleichberechtigung aller Menschen unabdingbar für eine funktionierende Demokratie. Ein besonderes Anliegen ist uns daher die Förderung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe von Frauen und die Gleichberechtigung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LGBTI). In vielen Regionen der Welt arbeiten wir mit mutigen Partnerinnen und Partnern zum Schutz sexueller Minderheiten zusammen. Wir wollen Geschlechterthemen politisieren, Kräfte bündeln, vorhandene Netzwerke ausbauen und neue erschließen.

Türkei: Wege zu einem alternativen Familienverständnis

Mit einer Konferenz im November 2013 zum Thema Familie und Lebensmodelle traf unser Istanbuler Büro den Nerv der gesellschaftspolitischen Debatte in der Türkei, wenn es um individuelle Rechte und Freiheiten geht. Das zeigte die enorme Zahl von über 200 Teilnehmenden – vornehmlich Frauen – und die intensive, zumeist sehr kritische und diffamierende Berichterstattung in den Medien. Sie sind Ausdruck für den erstarkten Konservativismus in der Gesellschaft. Just zwei Tage vor der Konferenz war in der Türkei die Diskussion darüber aufgeflammt, ob Studentinnen und Studenten weiter gemeinschaftlich in einem Wohnheim leben dürften. Gemischte Wohngemeinschaften wurden daraufhin von Nachbarn wegen Unzucht angezeigt. Ausgelöst worden war diese Debatte durch Äußerungen des Ministerpräsidenten Erdoğan, dass man derartiges unmoralisches Verhalten unterbinden müsse. Auf unserer Konferenz ging es um aktuelle Entwicklungen in der Gesetzgebung und das dahinter steckende Familienverständnis. Die Teilnehmenden diskutierten über das Verständnis von Care-Work, also Pflegetätigkeiten, in der Türkei. Ein Dokumentarfilm von Listag, einer Unterstützergruppe für Angehörige von Menschen aus der LGBTI-Community, gab Aufschluss darüber, wie Angehörige damit umgehen, dass die sexuelle Orientierung oder die Geschlechtsidentität ihres Kindes oder Verwandten nicht den Mehrheitsnormen entspricht. Die Diskussionen und Vorträge der Konferenz werden aufgrund der starken Nachfrage in einem Sammelband publiziert und sind demnächst in unserem Büro in Istanbul erhältlich.

Indien: Gender-Dimensionen von Stadtplanung

Im Dezember 2012 wurde ein junge Frau in Delhi mit extremer Brutalität vergewaltigt, sie starb an den Folgen. Dieser Fall hat das Thema sexualisierte Gewalt wie nie zuvor in die Öffentlichkeit gebracht. Proteste und Gesetzesänderungen haben seither das gesellschaftliche Klima verändert: Gewalt gegen Frauen wird nicht länger verschwiegen, die Presse berichtet sehr viel darüber, auch die Sensibilität der Polizei

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

scheint gewachsen zu sein, zumindest in Delhi. Aber wir wollen die Aufmerksamkeit für Gewalt gegen Frauen auch in Bereiche lenken, deren Relevanz für das Thema oft übersehen wird, z.B. die Stadtentwicklung und Stadtplanung. Tatsächlich unterscheiden sich die Anforderungen von Männern und Frauen an das städtische Umfeld nicht nur im Hinblick auf Sicherheit, sondern auch auf Erreichbarkeit von Dienstleistungen, Transportsysteme und Versorgungseinrichtungen. Die Stadtplanung – so die Forderung nicht nur für Indien – darf sich nicht länger primär am männlichen, nichtbehinderten Mittelklasse-Angestellten orientieren. Ein Panel des «Gender and Macroeconomic Policy»-Forums, das unser Büro in Delhi zusammen mit dem Institute for Social Studies Trust seit zwei Jahren veranstaltet, hat sich im November 2013 mit den genderspezifischen Dimensionen von Stadtentwicklung und Stadtplanung beschäftigt. Die Beiträge der Forumsveranstaltungen werden in «Policy Briefs» zusammengefasst. Sie richten sich an politische Entscheidungsträger/innen und die interessierte Öffentlichkeit. So entsteht im Laufe der Zeit eine regelrechte Bibliothek mit Informationen und Empfehlungen zur genderbewussten Politikgestaltung.

Mexiko: Film und Workshop «Man for a Day»

Was macht einen Mann zu einem Mann, eine Frau zu einer Frau? Was ist angeboren, was gesellschaftliche Konstruktion? Der Film «Man for a Day» der deutschen Filmemacherin Katharina Peters hat in Mexiko eine spannende Debatte zu Identität und Geschlechterrollen ausgelöst. Der Film dokumentiert einen Workshop der Performancekünstlerin und Genderaktivistin Diane Torr. Mit viel Humor, aber durchaus ernsthaft verwandeln sich Dutzende Frauen in Männer, imitieren deren Haltung, Gestik, Lautstärke und Auftreten. Diane Torr wollte den Frauen Möglichkeiten aufzeigen, ihr Verhaltensrepertoire zu erweitern. Unser Büro in Mexiko hatte den Film 2013 nach Mexiko geholt. Fast 1.000 Zuschauerinnen und Zuschauer haben ihn im Laufe weniger Tage gesehen. Alle Vorstellungen in Mexiko-Stadt waren ausverkauft. Viele Männer äußerten sich verblüfft und selbstkritisch über ihre Rollen. Andere waren über die «Karikatur» empört. Feministinnen zeigten sich nicht überzeugt, dass das Erlernen von Männerrollen einen Mehrwert biete. Die LGBTI-Gemeinde dagegen war sehr angetan von den öffentlichen Debatten zur Konstruktion von Geschlechteridentität. Etliche Frauen wollten auch gerne an einem «Man for a Day»-Workshop teilnehmen. Der wurde dann tatsächlich von Diane Torr angeboten. Teilgenommen haben Frauen aus Partnerorganisationen der Stiftung sowie aus Teilen der Frauen- und Lesbenbewegung in Mexiko-Stadt.

«Man for a day»: Frauen verwandeln sich in Männer, imitieren deren Haltung, Gestik, Lautstärke und Auftreten. Foto: hbs

Brüssel: Besucherprogramm für russische LGBTI-Vertreter/innen

Im Oktober 2013 reiste eine Delegation von Vertreter/innen russischer LGBTI-Organisationen nach Brüssel. Organisiert hatten die Reise unsere Büros in Moskau und Brüssel. Die russischen Gäste berichteten auf einer sehr gut besuchten Diskussionsveranstaltung von den aktuellen politischen und juristischen Entwicklungen in Russland und deren Konsequenzen für LGBTI-Aktivist/innen. In Russland stehen seit 2013 jegliche positiven Äußerungen über Homosexualität in Anwesenheit von Minderjährigen oder über Medien wie das Internet unter Strafe. Das Besucherprogramm führte die Gruppe zum Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), der LGBTI-Intergroup des Europäischen Parlaments und der Brüsseler Universität. Die Treffen eröffneten den russischen Gästen neue Kommunikationskanäle mit den europäischen Institutionen und neue Perspektiven der Zusammenarbeit. Bei dem Treffen mit ILGA Europe standen vor allem die Zusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie für die Winterolympiade auf der Tagesordnung.

Foto: picture alliance/AP Photo

Für eine werteorientierte europäische Außenpolitik

Das Machtgefüge in der Welt ist unübersichtlicher geworden. Die Außen- und Sicherheitspolitik wird von Dutzenden Akteuren geprägt, die jeweils über unterschiedlich große militärische, wirtschaftliche und kulturelle Macht verfügen. Weder die USA noch Europa sind für sich allein stark genug, um die Interessen des Westens in der multipolaren Welt erfolgreich vertreten zu können. Innerhalb der Europäischen Union gibt es keine Geschlossenheit in der Außenpolitik, was ihre Schlagkraft schmälert. Sie droht zu einem Nachzügler in der neuen Weltordnung zu werden. Wir wollen mit unserer Arbeit einen Beitrag zu einer nachhaltigen Außenpolitik Deutschlands und der Europäischen Union leisten, die sich an den Werten Demokratie und Menschenrechte orientiert und selbstbewusst versucht, die EU als Wegbereiter für eine moderne «Weltinnenpolitik» aufzustellen.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Außenpolitische Jahrestagung 2013

Unbemannte Waffensysteme sind durch den US-amerikanischen «Krieg gegen den Terror» binnen weniger Jahre von einem futuristischen Konzept zu einem fast normalen militärischen Einsatzmittel geworden. Weltweit gibt es den Trend zur Automatisierung des Krieges durch Drohnen, Fernüberwachung und Attacken auf Computersysteme anderer Staaten. Damit hat das digitale Zeitalter auch das Militär erreicht. Es zeichnet sich bereits ein neuer Rüstungswettlauf bei digitaler Kriegführung und automatisierten Waffensystemen ab, wodurch die Schwelle für bewaffnete Konflikte zu sinken droht. Die Welt steht am Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Epoche mit bisher unbekannten ethischen und politischen Herausforderungen. Die anonyme Tötung aus großer Distanz durch den Bombenkrieg erfährt mit dem Einsatz von Drohnen und Kampfrobotern noch eine Steigerung – die Entscheidung über Leben und Tod wird automatisiert.

Die deutsche Debatte um digitale Kriegführung ist weitgehend tagespolitisch geprägt, weiterreichende sicherheitspolitische Aspekte bleiben zumeist außen vor. Unsere 14. Außenpolitische Jahrestagung «High-Tech-Kriege» im Juni 2013 war die erste größere öffentliche Konferenz in Deutschland, die sich mit den Herausforderungen digitaler Kriegführung für Frieden und Sicherheit befasste. Dabei ging es nicht nur um die Furcht vor «Killerrobotern», sondern um die ethischen, völkerrechtlichen und abrüstungspolitischen Probleme, die mit der technologischen Entwicklung unbemannter Systeme einhergehen. Die Diskussionen zwischen Politiker/innen, Sicherheitsfachleuten, Völkerrechtler/innen und NGO-Vertreter/innen aus zahlreichen Ländern vermittelten die Komplexität der Fragestellungen. Während die aktuelle Praxis der gezielten Tötungen durch US-Drohnen noch recht einhellig kritisiert wurde, spalteten die ethischen und völkerrechtlichen Dimensionen der automatisierten Kriegführung die Lager. Klar wurde bei der Tagung auch, dass sich die neuen Technologien wie so oft schneller entwickeln als die gesellschaftliche Diskussion um ihre Einhegung. Übereinstimmend wurde daher gefordert, dass sich die Parlamente stärker dieser Thematik annehmen, um die neuen Formen digitaler Kriegführung aus der Grauzone von Forschungslabors, Rüstungsindustrie und Militär in die öffentliche Debatte zu bringen. Auch die Stiftung wird sich weiterhin mit diesem brisanten Thema beschäftigen.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Herfried Münkler referierte über neue Kampfsysteme und die Ethik des Krieges. Foto: Stephan Röhl

Daphne Eviatar von der NGO Human Rights First verwies auf die geschätzten 4.700 Opfer der internationalen Drohnenschläge der USA. Foto: Stephan Röhl

Doku: → **www.boell.de/de/14-aussenpolitische-jahrestagung-high-tech-kriege**

Sicherheitspolitik im Wandel

Er habe weniger Angst vor deutscher Macht als vor deutscher Passivität – so äußerte sich der polnische Außenminister vor ein paar Jahren. Dieses Zitat zeigt die Ansprüche an die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert; Deutschland muss das richtige Maß zwischen Zurückhaltung und internationaler Verantwortung finden. Für eine Neubestimmung der Sicherheitspolitik braucht es zuerst eine offene Auseinandersetzung über Werte und Interessen Deutschlands. Mit unserer hochrangig besetzten Diskussionsreihe «Sicherheitspolitik im Wandel» wollten wir dazu einen Beitrag leisten. Im Februar 2013 hatten wir zum Beispiel den damaligen Bundesminister der Verteidigung, Thomas de Maizière, zu Gast. Auch er sah Deutschland in zunehmender sicherheitspolitischer Verantwortung. Allerdings liege die Antwort auf die neuen Herausforderungen nicht in einer Militarisierung der Außenpolitik. Sicherheitspolitische Krisen ließen sich nur politisch lösen, betonte der damalige Verteidigungsminister. Soziale, demografische, ökologische, wirtschaftliche und vor allem religiöse Aspekte spielten in der sicherheitspolitischen Analyse eine immer wichtigere Rolle. Dementsprechend müsse eine konsequent ressortübergreifende Sicherheitspolitik angestrebt werden, die sowohl die Außen- und Entwicklungspolitik als auch

Thomas de Maizière, ehemaliger Verteidigungsminister und seit Dezember 2013 Bundesinnenminister, betonte Deutschlands zunehmende sicherheitspolitische Verantwortung. Foto: Stephan Röhl

Audiomitschnitt etc. → **www.boell.de/de/internationalepolitik/aussen sicherheit mitschnitt sicherheitspolitik-vortrag de maiziere 16822.html**

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Omid Nouripour, Sprecher für Sicherheitspolitik der Fraktion B'90/Grüne, unterstützte die von Thomas de Mazière geforderte ressortübergreifende Vernetzung der Sicherheitspolitik. Foto: Stephan Röhl

Alyson Bailes, University of Iceland, Reykjavik, und Michael Brzoska, Institut for Peace Research and Security Policy Hamburg Foto: Stephan Röhl

The Future of Arms Control
Ed. by the Heinrich Böll Foundation.
In coop. with Anne Finger and IFSH.
Berlin 2014, 128 pages

www.boell.de/en/future-arms-control

andere Bereiche wie die Wirtschafts-, Finanz- oder Verkehrspolitik berücksichtigt, so de Maizière. In der Diskussion mit Omid Nouripour, dem sicherheitspolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, und Constanze Stelzenmüller vom German Marshall Fund of the United States nahm der Verteidigungsminister zu vielen Fragen kein Blatt vor den Mund. Trotz mancher sachlicher Differenzen ließ die Diskussion den Eindruck zurück, dass zumindest die konzeptionellen Unterschiede zwischen den politischen Lagern in der Außen- und Sicherheitspolitik geringer sein könnten, als gemeinhin angenommen wird.

Die Zukunft der Rüstungskontrolle

Die Themen Rüstungskontrolle und Abrüstung waren für die grüne Bewegung einst von elementarer Bedeutung, derzeit sind sie im politischen Raum nur wenig präsent. Wir haben zusammen mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sowie dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) im September 2013 eine zweitägige internationale Fachtagung zur Zukunft der Rüstungskontrolle veranstaltet. Die Teilnehmenden aus 13 Ländern diskutierten, wie Maßnahmen der Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts effektiver gestaltet werden können. Dabei wurden u.a. die Auswirkungen der militärischen Überlegenheit der USA sowohl auf die konventionelle wie auch die nukleare Rüstungskontrolle aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Regionale Kräftespiele der Rüstungskontrolle in Afrika, Asien und dem Nahen Osten waren ein weiteres zentrales Thema. Im Anschluss an das Fachgespräch fand eine öffentliche Podiumsdiskussion mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle statt, um die Grundzüge der deutschen Politik zu nuklearer Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Kernwaffen zu diskutieren. Die Beiträge der Fachtagung sind in der englischen Publikation «Future of Arms Control» veröffentlicht.

Nukleares Wettrüsten in Südasien

Nirgendwo auf der Welt wird derzeit stärker nuklear aufgerüstet als in Südasien. Allein Pakistan verfügt nach verschiedenen Schätzungen über derzeit rund 100 atomare Sprengköpfe und könnte diese Zahl in den kommenden zehn Jahren verdoppeln. Das Atomabkommen zwischen den USA und Indien hat in Islamabad die düstere Entschlossenheit verstärkt, weder dem Erzfeind Indien die Oberhand im nuklearen Rüstungswettlauf zu überlassen, noch Gefahr zu laufen, dass Washington unter Verweis auf seinen «Krieg gegen den Terror» Pakistans Souveränität weiter unterminiert. Jede Menge Diskussionsstoff für die Vorstellung des Buches «Confronting the Bomb. Pakistani and Indian Scientists speak out», das unser Büro in Islamabad in Zusammenarbeit mit dem renommierten pakistanischen Atomphysiker Prof. Dr. Pervez Hoodbhoy und Oxford University Press herausgegeben hat. Das Buch ist ein Warnruf an die Politik und das Militär, sich die Gefahren und Konsequenzen atomarer Waffengewalt vor Augen zu führen und durch Deeskalationsstrategien ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in Südasien gerecht zu werden. Pervez Hoodbhoy und einer seiner indischen Ko-Autoren, M. V. Ramana (Princeton University, USA), waren im April 2013 in Berlin zu Gast und stellten ihr Buch vor. Dabei machten sie deutlich, dass ein in Sicherheitskreisen in Pakistan und Indien oft diskutierter etwaiger begrenzter Atomkrieg in den dicht besiedelten Städten des Subkontinents unweigerlich Millionen von Toten zur Folge hätte. Die bei ihrer Einführung gefeierte Atombombe hat somit die strategischen Optionen beider Länder, die bereits vier konventionelle Kriege gegeneinander geführt haben, nicht erweitert, sondern begrenzt. Auch die zivile Nutzung der Atomenergie

ist ein Vabanquespiel, da es bei einem begrenzten Unfall in einem Reaktor wie etwa in Fukushima allein wegen der schieren Größe und Bevölkerungsdichte südasiatischer Städte (Karatschi: 15 Millionen Einwohner, Mumbai: 20 Millionen) nicht möglich wäre, große Teile der Bevölkerung zu evakuieren. Zwei Kapitel des Buches setzen sich daher kritisch mit Fragen der Atomenergie in Indien und Pakistan auseinander. Pervez Hoodbhoy ist derzeit in Pakistan dabei, zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren vor dem Neubau zweier Atomreaktoren vor den Toren Karatschis zu warnen.

Zeitenwende in der internationalen Politik

Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse in der Welt verschieben sich. Die aufstrebenden Wirtschaftsmächte investieren immer mehr, damit wächst auch ihr politischer Einfluss. Zum Klub der G20 und zu den Süd-Süd-Beziehungen haben wir bereits Programme aufgelegt. Die politische Analyse dieser sogenannten «Club-Governance» ist eine wichtige Funktion der Stiftung. Darüber hinaus bereiten wir Informationen auf für eine kritische zivilgesellschaftliche Begleitung dieser globalen Machtverschiebungen.

Transparenz und Öffentlichkeit mit dem G20-/BRICS-Update

→ www.boell.de/news

Mit unserem englischsprachigen Newsletter bringen wir Interessierte zum G20-/und BRICS-Prozess auf den neuesten Stand. G20 steht für die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer; BRICS steht für die Anfangsbuchstaben der aufstrebenden Volkswirtschaften Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Der Newsletter ist vor allem für international tätige zivilgesellschaftliche Organisationen interessant, die den G20-Prozess kritisch begleiten. Er hat aber auch eine Dialogfunktion mit Regierungsinstitutionen, da er Einblick in die kritischen Reflexionen seitens der Zivilgesellschaft und mit ihr verbundener Wissenschaftler/innen gibt. Der Newsletter bietet unter anderem aktuelle Analysen und Berichte aus den verschiedenen regionalen und politischen Perspektiven sowie Literaturtipps zum Thema. Der Blick auf die Agenda-Gestaltung der BRICS-Staaten als Klub im Klub wird dabei immer wichtiger. Im Fokus unserer G20- und BRICS-Watch-Aktivitäten stehen derzeit vor allem die Investitionspolitik beider Länderblöcke und der Wechsel von einer Politik zur Finanzierung von Entwicklung hin zu einer Politik zur Finanzierung von Investitionen. Der Newsletter hat derzeit 2300 Abonnenten in Deutschland. International wird er über das Büro Washington verschickt.

Foto: Stephan Röhl

Kunst als Seismograf für Politik und Gesellschaft

Wir leben in einer Zeit des Übergangs und stehen vor einer Zukunft voller Ungewissheiten. Eine Rückkehr zur unbesorgten Insel der Seligen in der Kunst und den vermeintlichen Eindeutigkeiten der letzten Jahrzehnte wird es nicht geben. Wie geht es weiter – und wohin? Künstlerinnen und Künstler sind auf fragile Situationen gut vorbereitet, spezialisiert auf Übergänge, Ungewissheiten und Laboratorien. Die digitale Kultur verschafft ihnen neue Formen der künstlerischen Interaktion, sie revolutioniert gesellschaftliche Teilhabe an den kulturellen Errungenschaften. Wir fördern Kunst und Kultur als Ausdrucksformen gesellschaftlicher Selbstverständigung. Und wir untersuchen die Zusammenhänge von Kunst und Aktivismus in sozialen und politischen Bewegungen, national wie international. Dafür beteiligen wir uns an Ausstellungen und Theaterprojekten, konzipieren und veranstalten Filmfestivals, internationale Workshop-Konferenzen und Podiumsdiskussionen zu kulturpolitischen Themen.

Energize, Polarize, Mobilize!

Wer politisch handelt und erfolgreich Kampagnen durchführen will, muss auch die neuen sozialen Medien beherrschen und wissen, wie man darin kreativ und strategisch kommuniziert. Vom 21. bis zum 24. März 2013 tauschten sich internationale Aktivist/innen auf unserer Workshop-Konferenz «Mobilize» über die Werkzeuge und Trends, die Chancen und Herausforderungen für den Aktivismus im Jahr 2013 aus. Im Mittelpunkt der Vorträge und Panels standen die On- und Offline-Strategien zum Thema Frauenrechte, digitale Freiheit und Demokratieförderung. Das Konferenzformat wurde von uns neu entwickelt und hat sich bewährt. Die Mischung aus geschlossenen Räumen für Fachleute und offenen Konferenztagen für Interessierte jeglicher Couleur schaffte neue Denk- und Kreativräume. Im Barcamp entstanden vielversprechende neue Allianzen, gemeinsam wurde die Kombination künstlerischer und aktivistischer Praxis in einem «Mix» von Online und Offline diskutiert und erprobt.

Panel «Translating Activism into political Action»: Markus Beckedahl, Digitale Gesellschaft, und Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung Foto: Stephan Röhl

www.boell.de/de/node/277265 .

Gegenkultur in Tunesien

In Tunesien ist die Freiheit des künstlerischen Ausdrucks zum Kristallisationspunkt kontroverser politischer Auseinandersetzungen geworden. Salafistisch orientierte Gruppen bedrohen freie Künstler/innen, Galerien und Ausstellungsorte. Die Justiz verhängt Gefängnisstrafen gegen junge Rapper, die in ihren Songs die Polizei verunglimpfen. Wir haben 2013 die «Tage der Gegenkultur» auf der zentralen Avenue Bourghiba in Tunis unterstützt, die vom Community-Zentrum Tahadi aus dem sozialen Brennpunktviertel Hayy at-Tadhamun organisiert wurden. Rapper/innen, Skateboarder/innen und Graffitikünstler/innen zeigten ihr Können und forderten ihr Recht auf individuelle Äußerung und freien künstlerischen Ausdruck ein.

Workshop-Konferenz Theater und Netz

Prominente Vertreter/innen der Netzcommunity und der Theaterwelt diskutierten Anfang Mai 2013 auf unserer Tagung «Theater und Netz» (in Partnerschaft mit nachtkritik.de) über die Auswirkungen der digi-talen Revolution auf das Theater. In diversen Panels stritten sie über die Reibung zwischen klassischem Printfeuilleton und neuer Online-Kul-turberichterstattung und hinterfragten die unterschiedlichen Versuche deutscher Bühnen, virtuelle Räume zu besetzen. Über 100 Öffentlich-keitsarbeiter/innen nahmen an den Social-Media-Workshops teil, in de-nen die neuesten Tools und Strategien zur Vermarktung des Mediums Theater vermittelt wurden. Die Erkenntnis der zweitägigen Workshop-Konferenz: Zwischen dem Livemedium Theater und der digitalen Welt bestehen mehr Verbindungen, als man glauben mag. Die Synergieeffekte sind vielversprechend, die Ängste voreinander weitgehend unbegründet.

Zwei Symbolfiguren der Netz- und Theaterszene: Marina Weisband und Claus Peymann Foto: Stephan Röhl

Video → www.YouTube.com/ .

Theatersterben in Ungarn?

In Ungarn nimmt die Politik verstärkt Einfluss auf die Kulturproduktion des Landes. Unsere Konferenz «Whatever happened to the hungarian theatre» im Dezember 2013 in Berlin nahm die ungarische Theatersze-ne in den Blick und diskutierte die aktuellen Umdeutungen in Fragen der nationalen und kulturellen Identität. Der nationalkonservative In-tendant des ungarischen Nationaltheaters, Attila Vidnyánszky, war ein-geladen, um die Frage zu klären: Welches Theater braucht das Volk? György Szabo, der Manager des «Trafó», des wichtigsten ungarischen Produktionshauses für zeitgenössische darstellende Kunst, und Árpád Schilling, Regisseur und Gründer der vielfach international ausgezeich-neten Theatergruppe «Krétakör» (Kreidekreis), vertraten die liberale Gegenposition. Vidnyánszky und Schilling gemeinsam auf einem Podium zu sehen, das wäre in Budapest unmöglich gewesen. Zu unversöhnlich stehen sich die Fronten in Ungarn gegenüber. Die ungewöhnliche

www.boell.de/de/theater-ungarn .

Konstellation wurde ergänzt durch Panels zur Kulturförderung im internationalen Vergleich und zur unterschiedlichen Bewertung der Schicksalsmomente ungarischer Geschichte.

Omnipräsenz – Leben und Handeln in der vernetzten Welt

Die Digitalisierung ist tief in alle Lebensbereiche vorgedrungen, sie verändert unser Sozialverhalten ebenso wie unsere Arbeitswelt und unsere Wohnungen, die sich in digital vernetzte «Smart Homes» verwandeln. Technologie umgibt und umgarnt uns, aber haben wir sie im Griff? Auf unserer Konferenz «netz:regeln» im November 2013 in Kooperation mit der BITKOM schwankte die Stimmung zwischen Technikfaszination und Misstrauen. Am Ende blieb das Gefühl, dass die Industrie, die die umfassende Vernetzung von allem und jedem anstrebt, mehr wird liefern müssen als das bloße Versprechen, dass alles leichter und effizienter wird. Sie muss vor allem Gewissheit schaffen, dass auch alle die Technik und die von ihr generierten und verarbeiteten Daten verstehen und kontrollieren können.

Widerstand gegen Überwachung

Die NSA-Enthüllungen von Edward Snowden erschütterten unsere Gewissheiten hinsichtlich der Sicherheit unserer Kommunikation selbst in den privatesten Bereichen. Unsere internationale Workshop-Konferenz «Whatever happened to privacy» im Dezember 2013 versuchte eine Bestandsaufnahme, ausgehend von einer historischen Analyse staatlicher Überwachung im 19. Jahrhundert bis zu den aktuellen Aktionen des US-amerikanischen Internetaktivisten Jacob Appelbaum. Aktivist/innen aus Osteuropa, West- und Nordafrika diskutierten die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Überwachung und Repression in ihren Ländern. Begleitet wurde die Konferenz durch Workshops, in denen die Aktivist/innen die neuesten Methoden der Verschlüsselung und Internetsicherheit kennenlernen konnten.

Hans-Christian Ströbele, B'90/Grüne, und Wenzel Michalski, Human Rights Watch, auf der Konferenz «Whatever happened to privacy?»
Foto: Stephan Röhl

100. Geburtstag von Robert Jungk

Zukunftsforscher, Zukunftsdenker, Wissenschaftspublizist, Rebell und Ermutiger für den Frieden, Galionsfigur der Antiatombewegung – so wird Robert Jungk gerne bezeichnet. Fest steht: Er gilt als Mitbegründer einer kritischen und kreativen Zukunftsforschung bzw. «Futurologie». Und als ein erster Vertreter dessen, was wir heute Zivilgesellschaft nennen. Anlässlich seines 100. Geburtstages haben wir zusammen mit dem Sekretariat für Zukunftsforschung Berlin im Mai 2013 eine Tagung veranstaltet. In prominent besetzten Gesprächsrunden und unter Beteiligung engagierter und kritischer Jugendlicher gingen wir vor allem der Frage nach, was Robert Jungk uns heute wohl zu sagen hätte. Auf jeden Fall würde er gegen die Auswüchse des globalen Finanzsystems protestieren, davon waren die Teilnehmenden überzeugt.

Tanzstück RechtsRadikal

Jeder fünfte Neonazi ist heute weiblich, und jede zehnte rechtsradikale Straftat geht auf das Konto einer Frau. Frauen besetzen Schlüsselstellen in allen Bereichen und scheuen auch vor Gewalt nicht zurück. Doch trotz ihrer gewachsenen Bedeutung für die rechtsradikale Bewegung sind sie nach wie vor mit einer Ideologie konfrontiert, die nicht nur alles Andersartige bekämpft, sondern auch auf einem extrem biologistischen Rollenverständnis basiert. «RechtsRadikal» hieß das Tanzstück des Berliner Choreografen Christoph Winkler, das am 3. Mai 2013 in den Sophiensælen in Berlin in Kooperation mit der Stiftung uraufgeführt wurde. Mit den Mitteln des Tanzes erforscht das Stück den inneren Konflikt, dem viele rechte Aktivistinnen alltäglich ausgesetzt sind – einerseits die Sehnsucht nach Macht, nach Stärke und Dominanz, andererseits ihre ideologisch festgeschriebene Funktion als Heimchen am Herd, als Kindsmutter und Gebärmaschine.

Tanzstück RechtsRadikal von Christoph Winkler
Foto: Heiko Marquardt/frischefotos.de

Theater Total – Theater Global!

«Hunger for Trade» nennt sich ein internationales Theaternetzwerk, das die Probleme und Perspektiven des globalen Lebensmittelmarktes untersucht und in Form von dokumentarischen Theaterarbeiten aufarbeitet. Initiiert wurde es vom Deutschen SchauSpielHaus Hamburg. Dort fand Ende November 2013 zur Vorbereitung eine interdisziplinäre Konferenz in Kooperation mit der Stiftung statt. Die beteiligten Künstler/innen aus Belgien, Brasilien, Burkina Faso, Deutschland, England, Indien, Rumänien, der Schweiz und Südafrika konnten sich mit internationalen Fachleuten über die inhaltliche Ausrichtung der einzelnen Projekte austauschen und Kontakte mit Nichtregierungsorganisationen aufnehmen. Die Fachleute werden die einzelnen Inszenierungen über den gesamten Projektverlauf – also von der Recherche über die Konzeption bis zur Probenarbeit – mit ihrer Sachkenntnis kritisch und kreativ begleiten. Inhaltlich konzentrierte sich die Konferenz auf jene Themenstränge, die auch in den Inszenierungen eine zentrale Rolle spielen werden: die Vermarktung von Agrarland (Rumänien), Mangelernährung und urbane Landwirtschaft (Südafrika), multinationale Konzerne, industrielle Landwirtschaft und Kleinbauernwirtschaft (Schweiz, Burkina Faso), EU-Subventionspolitik und Agrarhandel (Belgien, Indien) sowie Spekulation mit Nahrungsmitteln (Großbritannien). Die Einzelproduktionen der Theaterteams werden am Ende zu einem globalen, multiperspektivischen und politischen Theater zusammengeführt.

→ www.hunger-for-trade.net/en/globe

Dr. John Otsile Ntsoane vom State Theatre Pretoria Foto: Deutsches SchauSpielHaus Hamburg

Schutz von Weltkulturerbe in Tel Aviv

Im Jahr 2003 wurde Tel Aviv, die Weiße Stadt, von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Die historischen Gebäude der Neuen Sachlichkeit und des Internationalen Stils, von deutsch-jüdischen Emigranten der 30er und 40er Jahre erbaut, machen auch heute noch fast die gesamte Innenstadt Tel Avivs aus. Doch sie drohen zu verfallen. Denkmalschützer/innen, Investor/innen, Bürger/innen und Politiker/innen ringen um die Zukunft dieses kulturellen Erbes. Die Konferenz «Greening the White City» im Mai 2013, die die Tel Aviver Stadtverwaltung gemeinsam mit unserem Büro in Tel Aviv ausrichtete, beschäftigte sich mit den historischen, politischen und bautechnischen Aspekten der Sanierung Tel Avivs und wollte zugleich zukunftsweisend sein. Denn die Weiße Stadt soll umweltgerecht erneuert und zu Israels erster grüner Stadt werden. Die Stiftung engagiert sich auch 2014 für die deutsch-israelische Zusammenarbeit in der Weißen Stadt. Zwei Expertenkommissionen werden nach Berlin reisen und sich mit Fachleuten in Berlin und Dessau über «grüne» Sanierung und alternative Baumodelle austauschen.

Tel Aviv: 2003 wurde die Weiße Stadt von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt. Foto: picture-alliance/Bibliographisches Institut/Prof. Dr. H. Wilhelmy

HeimatSchreiben

Im Herbst 2013 fanden in Israel die 5. Deutsch-israelischen Literaturtage «HeimatSchreiben» statt. Das Festival, das in Kooperation mit dem Goethe-Institut durchgeführt wird, widmete sich den meist ambivalenten Erfahrungen von Entwurzelung und Zugehörigkeit. Der Begriff «Heimat» wird dabei meist mit ironischer Distanz und zugleich neuen Sehnsüchten aufgeladen. Politisch besetzt das neueste Buch des israelischen Erfolgsautors Assaf Gavron (dt. «Auf fremdem Land») das Thema. Er erzählt aus der Perspektive einer Siedlergemeinschaft, die einem neuen Frontiergeist folgt und an ihrer Heimatsuche scheitert. Erstmalig widmete das Festival auch einen Abend der immer populärer werdenden Graphic Novel (David Polonsky) und der Lyrik (Jan Wagner). Am Beispiel des neu ins Hebräische übertragenen Romans «Das kunstseidene Mädchen» von Irmgard Keun wurde darüber hinaus auch die Bedeutung der literarischen Übersetzung als Kulturtransfer gewürdigt.

Foto: Stephan Röhl

Rückenwind für junge Talente

Wir fördern Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland. Neben einem Stipendium fördern wir auch «ideell», d.h. wir bieten individuelle Beratung und Qualifizierung, regen zur politischen Debatte an und unterstützen unsere Stipendiatinnen und Stipendiaten darin, sich selbst zu organisieren und zu vernetzen.

Unser Anliegen ist es, Talente zu entdecken und ihre Potenziale zu fördern. So wollen wir zukünftige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gewinnen, die sich weltweit für die Ziele der Stiftung einsetzen: für mehr Demokratie, Solidarität, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte.

Wir kombinieren in unserer Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben sehr guten Schul- bzw. Studienleistungen, die im Auswahlverfahren im individuellen biografischen Kontext bewertet werden, erwarten wir von unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, sich gesellschaftlich engagieren und für Politik interessieren.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Wer wird gefördert?
Aus 1999 Bewerberinnen und Bewerbern wählte das Studienwerk 310 Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem dreistufigen Auswahlverfahren neu aus und nahm sie in die Förderung auf. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 852 Studierende und 235 Promovierende gefördert, davon 57 Prozent Frauen und 43 Prozent Männer. Mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung konnten 1002 Stipendiatinnen und Stipendiaten unterstützt werden. Von diesen Studien- und Promotionsstipendiat/innen haben 312 (31 Prozent) eine Migrationsgeschichte, und 394 (39 Prozent) kommen aus einem nichtakademischen Elternhaus. Über Mittel des Auswärtiges Amtes wurden 2013 insgesamt 85 internationale Studierende und Promovierende unterstützt; davon kamen 22 (26 Prozent) aus dem europäischen und 63 (74 Prozent) aus dem außereuropäischen Ausland.

Ideelle Förderung: Beratung – Qualifizierung – Vernetzung
Wir bieten unseren Stipendiatinnen und Stipendiaten neben der materiellen Förderung auch persönliche Beratung zur Studienplanung, Angebote zur gegenseitigen Vernetzung sowie ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm mit Seminaren, Workshops, Studienreisen, Diskussionsforen und vieles mehr. Mit unserem Begleitprogramm wollen wir zur politischen Debatte anregen, Schlüsselkompetenzen vermitteln, zum interdisziplinären Dialog ermuntern und das gesellschaftspolitische Engagement unserer Stipendiaten und Stipendiatinnen fördern.

Themen im Begleitprogramm 2013
Im Jahr 2013 haben wir wieder zahlreiche Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen angeboten. Neu ins Programm aufgenommen haben wir zum Beispiel ein Seminar zur Rolle des Waldes in der Umwelt- und Klimapolitik. Der Wald-Experte und langjährige Büroleiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien, Thomas Fatheuer, führte in das Thema ein und diskutierte die Bedeutung des Waldes als Produzent von Biomasse. Bei einem Waldspaziergang mit Prof. Peter Spathelf von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde konnten sich die Teilnehmenden über Waldumbau und Klimaanpassung informieren.
Der Workshop «Erfolg in der Karriere» thematisierte die Barrieren, die einer beruflichen Weiterentwicklung von Frauen im Weg stehen können. Anhand praktischer Übungen erlernten die Teilnehmenden Strategien, die auf das persönliche Profil zugeschnitten und in verschiedenen Situationen angewendet werden können.

Auch Fragen zur Demokratieförderung durch politische Bildung und zum Verhältnis von Kunst und Revolution standen 2013 auf dem Programm. In Gesprächen mit Joachim Paul, dem Leiter des Stiftungsbüros in Tunesien, mit Mitarbeiterinnen von Mayadin al-Tahrir e.V., einem Netzwerk für politische Bildung und freie Kunst in Ägypten, und der Filmwissenschaftlerin Viola Shafik ging es u. a. um Strategien zur Stärkung der Zivilgesellschaft.

Alltägliche Diskriminierungen, die von Studierenden erlebt werden – auch an der Hochschule in Seminaren, Vorlesungen, Sprechstunden etc. –, waren der Ausgangspunkt für einen Workshop, bei dem sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten auf theoretischer Ebene mit Ungleichheit und struktureller Diskriminierung auseinandersetzten und Fragen zur Verteilungs- und Anerkennungsgerechtigkeit diskutierten.

Neben neuen Themen fanden auch altbewährte Veranstaltungsformate wieder ihren Platz. Dazu gehört die jährlich stattfindende und besonders beliebte Sommerakademie – der Campus. Er fand unter dem Motto «Engagiert: Für eine Kultur der Mitverantwortung» vom 11. bis 17. August 2013 in Bad Bevensen statt. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten analysierten die besondere Rolle des Internets in Partizipationsprozessen und diskutierten recht kritisch über politisch engagierte

Dr. Julia Verlinden studierte Dipl.-Umweltwissenschaften. Sie war von 2001 bis 2005 und von 2008 bis 2012 Promotionsstipendiatin der Stiftung. Sie promovierte zum Thema «Energieeffizienzpolitik als Beitrag zum Klimaschutz. Analyse der Umsetzung der EU-Gebäude-Richtlinie in Deutschland (Bereich Wohngebäude)» an der Universität Lüneburg. Ihr politischer Weg begann in der Kommunalpolitik als Ratsfrau im Stadtrat Lüneburg (2002-2006) und im Anschluss bis 2011 als Abgeordnete im Kreistag Lüneburg. Seit Oktober 2013 ist sie Mitglied des Deutschen Bundestages, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und deren Sprecherin für Energiepolitik. Zuvor war sie Leiterin des Fachgebiets Energieeffizienz im Umweltbundesamt. Foto: Verlinden

Wissenschaft. Auch das Einführungsseminar «Ansichten einer Stiftung» fand zweimal statt. 300 Neustipendiat/innen lernten die Stiftung im Allgemeinen und die ideelle und materielle Förderung des Studienwerks im Besonderen kennen. Sie diskutierten aktuelle Fragen grüner Politik mit der Organisatorischen Bundesgeschäftsführerin von B'90/Die Grünen, Emily May Büning, und der grünen Bundestagsabgeordneten Katja Keul. Ein weiteres Highlight während jedes Einführungsseminars ist zudem der multimediale Vortrag «Der Namensgeber Heinrich Böll» von Markus Schäfer aus dem Heinrich-Böll-Archiv in Köln.

Ein Höhepunkt unserer ideellen Förderung für Promovierende war das dreitägige Promovierendenforum «Demokratisierung – Bedingung und Folge des Energiewandels?!» im Mai 2013. 40 Promovierende diskutierten mit dem Stiftungsvorstand Ralf Fücks, mit Dr. Eva Stegen von den Elektrizitätswerken Schönau, mit der Vorsitzenden der BürgerEnergieBerlin, Luise Neumann-Cosel, und der Fachreferentin für Ökologie in der Stiftung, Nora Löhle, über das Demokratisierungspotenzial der Energiewende.

Selbstorganisation gefragt: Ad-hoc-Gruppen

Zu den möglichen Formen stipendiatischer Selbstorganisation gehören neben den Arbeitsgruppen und den Hochschulgruppen («Lokale Initiativen») sogenannten Ad-hoc-Gruppen. 2013 wurden 20 Ad-hoc-Gruppen mit insgesamt 270 Teilnehmenden initiiert. Das Format bietet die Möglichkeit, zu selbst gewählten Themenschwerpunkten einmalige Treffen zu veranstalten – das Studienwerk übernimmt die Fahrtkosten. Diese Treffen sind hin und wieder der Auftakt zu größer angelegten Vorhaben, etwa der Gründung einer kontinuierlich tagenden Arbeitsgruppe. Die Themenpalette reicht von philosophischen, gesellschafts- und naturwissenschaftlichen, zeitgeschichtlichen Fragen bis hin zu Betrachtungen aktueller Trends. Sehr häufig sind die Fragestellungen interdisziplinär angelegt, so dass es zu regen Debatten etwa zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaftler/innen kommt.

Arbeitsgruppen

Die selbstorganisierten Arbeitsgruppen der Stipendiatinnen und Stipendiaten zu inhaltlichen Schwerpunkten der Stiftung sind eine Besonderheit im Begleitprogramm. 2013 arbeiteten Gruppen zu folgenden Themen:

- Dialog Islam
- Gender
- Gesundheit, Ethik, Pharma
- Kunst und Politik
- Natur und Technik
- Postkoloniale Migration(en) und Antidiskriminierung
- Wilder Osten
- Wirtschaftspolitik

Transformationsforschung: Themen-Cluster in der Promotionsförderung

Im Mai 2013 fand am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie unter Beteiligung des Institutsleiters, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, und des Vizepräsidenten, Prof. Dr. Manfred Fischedick, die Auftaktveranstaltung für das von uns geförderte Themencluster zur Transformationsforschung statt. Das Wuppertal Institut fungiert im Rahmen des interdisziplinären Forschungsclusters ebenso wie das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, das Mercator Institute for Global Commons and Climate Change und das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik als Kooperationspartner des Studienwerks.

Das Cluster verfügt durch die Einbindung von Promovierenden aus einem breiten Fächerspektrum und ihre jeweiligen Betreuer/innen bereits jetzt über ein interdisziplinäres Expert/innennetzwerk, das zukünftig noch weiter ausgebaut werden wird. Zurzeit fördern wir 18 Promovierende aus den Fachgebieten Physik (1), Biologie (2), Geografie (4), Landschaftsarchitektur (1), Stadtplanung (1), Agrar- und Umweltökonomie (1), Wirtschaftswissenschaften (2), Soziologie (3), Politikwissenschaften (2) und den Nachhaltigkeitswissenschaften (1). Zwei Drittel der Promovierenden im Cluster sind Frauen.

Studienprogramm «Transformation gestalten»

Das zweijährige Studienprogramm «Transformation gestalten» bietet 24 ausgewählten Stipendiatinnen und Stipendiaten Qualifizierung an. Es ging 2013 an den Start und beinhaltet diverse Veranstaltungen, eine gemeinsamen Projektarbeit (inkl. begleitender Supervision) und Hospitationen in Unternehmen und Organisationen. Die Teilnehmenden sollen auf ihre künftige Aufgabe im gesellschaftlichen Transformationsprozess

Mehr Informationen unter
→ **www.transformation-gestalten.de**

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

vorbereitet und dafür qualifiziert werden. Was ist mit Transformationsprozess gemeint? Angesichts der großen ökonomischen und ökologischen Herausforderungen, vor denen wir stehen, bedarf es eines Strukturwandels hin zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen globalen Wirtschaftsordnung. Dieser Prozess erfordert vorausschauende politische Entscheidungen, hat Auswirkungen auf individuelle Lebensstile und setzt neue politische Partizipationsmöglichkeiten voraus. An zukünftige Fach- und Führungskräfte werden damit hohe Anforderungen gestellt. Wir wollen mit dem Studienprogramm Wissen und Problemlösungs- und Gestaltungskompetenzen vermitteln, wie sie im Rahmen von Bildungskonzepten für eine Nachhaltige Entwicklung (BNE) beschrieben werden.

Die Teilnehmenden kommen aus acht Begabtenförderungswerken und befinden sich im Bachelor- oder Masterstudium. Sie decken eine breite Fächerpalette von Sozialwissenschaften bis Naturwissenschaften ab, haben unterschiedliche Erfahrungshintergründe und kommen aus verschiedenen sozialen und kulturellen Kontexten. Wir wollen damit Diversität in der Zusammenarbeit produktiv machen und die unterschiedlichen Wissenshorizonte, Erfahrungen, Wertvorstellungen und Arbeitsweisen der Teilnehmenden zusammenbringen.

Najat Abdulhaq studierte Volkswirtschaft und wurde von 2007 bis 2009 für ihre Promotion zum Thema «Entrepreneurial Minorities in Modern Egyptian History: Jews and Greeks 1885-1960» an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gefördert. Nach Anstellungen bei der Deutschen UNESCO-Kommission und der GIZ u.a. in Palästina war sie bis 2013 Redakteurin und Projektleiterin bei der arabischen Redaktion von Deutsche Welle TV. Seit kurzem ist sie in der Berliner Botschaft der Vereinigten Arabischen Emirate im Referat für Energie und Klimawandel tätig. Foto: Abdulhag

Alumni-Programm

Der Alumni-Salon am 9. November 2013 war dem Thema «Menschenrechte» vorbehalten. Rund 140 Teilnehmende diskutierten u. a. die Rolle von Menschenrechten in der Außen- und Entwicklungspolitik, verschiedene Dimensionen von Flucht und Migration sowie Menschenrechtsfragen in den Herkunftsländern unserer ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten.

Mittels einer Online-Umfrage der 2800 Alumni haben wir im Jahr 2013 erstmals systematisch die fachliche und regionale Expertise unserer Alumni erfasst. Die Alumni können nun besser und themenbezogen mit den Fachabteilungen der Stiftung vernetzt werden. Denn vonseiten der Alumni besteht erfreulicherweise große Bereitschaft, sich in der Stiftung zu engagieren, sei es als Vertrauensdozentin im Auswahlverfahren, als Mentor im Mentoringprogramm oder auch als Seminarleiterin oder Trainer.

Journalismus-Programm: «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus»

Seit 2008 fördern wir in Kooperation mit mehreren Medienpartnern junge Nachwuchsjournalist/innen mit Migrationsgeschichte. Inzwischen sind es 31, davon 21 Frauen und 10 Männer. In Seminaren und Workshops lernten sie, wie man Reportagen schreibt (ein Seminar mit der taz-Redakteurin Astrid Geisler) oder diskutierten die unterschiedlichen Wege in den Journalismus (eine Veranstaltung mit Unterstützung der Neuen Deutschen Medienmacher und des Deutschen Journalistenverbandes). Die Vermittlung von Erfahrungen und Berufsstrategien erfolgreicher Journalist/innen stand hier im Vordergrund.

Ein Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war eine öffentliche Podiumsdiskussion am 7. Oktober 2013 zum Thema «Wie weiter mit dem Journalismus?», an der die taz-Chefredakteurin Ines Pohl, Ingrid Müller (Tagesspiegel), Teresa Bücker (Autorin und freie Journalistin), Ebru Tasdemir (Neue Deutsche Medienmacher, Berlin), Annette Hillebrand (Akademie für Publizistik, Hamburg) und Olga Kapustina (Freie Journalistin und Absolventin des Programms «Medienvielfalt, anders») als Moderatorin teilgenommen haben. Es ging vor allem um die aktuelle und zukünftige Relevanz und Marktsituation von Printmedien, Hörfunk und den Sozialen Medien. Diskutiert wurde, wie sich die Medienlandschaft künftig verändern wird und auf welche Entwicklungen sich die Nachwuchsjournalist/innen einstellen müssen.

Mohamed Amjahid studierte an der FU Berlin und der University of Cairo Politikwissenschaften. Er war von 2008 bis 2014 im Rahmen des Medienprogramms «Medienvielfalt: anders!» Studienstipendiat der Stiftung. Er beschäftigt sich vor allem mit den politischen Umbrüchen im Mittelmeerraum, schreibt aber auch über europäische und transatlantische Fragestellungen. Er ist er als Reporter für die DIE ZEIT unterwegs und schreibt Features für das rbb kulturradio, den swr2 und den Deutschlandfunk. Für seine Reportagen hat er mehrere Preise bekommen, unter anderem den RIAS-Preis und den Alexander-Rhomberg-Preis für Nachwuchsjournalisten. Aktuell absolviert er ein Volontariat beim Berliner *Tagesspiegel*. Foto: Jan Schaller

Refugium für Künstlerinnen und Künstler

Weltweit vertreten Schriftsteller/innen und Künstler/innen Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen. Mit unserem Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e. V. ermöglichen wir Literatur- und Kunstschaffenden, für einige Monate ungestört, ohne finanzielle Sorgen und frei von Verfolgung und Zensur kreativ zu arbeiten. Mitgetragen wird der Verein von der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen.

Bewerbungen an:
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus
c/o Stadtbibliothek
Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln
T 0221-2834850 **F** 0221-5102589
E reckhaus@boell.de

Raed Wahash Foto: Larissa Bender

Kheder Alaga Foto: Larissa Bender

Im Februar 2012 haben wir die erste syrische Journalistin eingeladen. Seitdem konnten wir insgesamt 11 syrische Gäste mit ihren Partner/innen und Kindern im Heinrich-Boll-Haus aufnehmen. Dort können sie sich von Krieg und Verfolgung erholen, sich wieder ihrer künstlerischen und journalistischen Arbeit widmen und dadurch ihr friedliches Engagement für eine Beendigung des Krieges, für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Heimatland Syrien fortsetzen. Durch die Zusammenarbeit in einem internationalen Netzwerk, das sich für politisch verfolgte Schriftsteller/innen einsetzt, versuchen wir unseren Gästen Anschlussstipendien zu vermitteln, wenn sie nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können.

Gäste im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich 2013

Mohammad Matroud (Jahrgang 1969), Schriftsteller und Lyriker aus Qamischli (Syrien). Er war Chefredakteur des Kulturmagazin *Narjis* und organisierte in seiner Heimatstadt die Poesie-Biennale sowie zahlreiche Poesie-Foren. Seine bisher erschienenen vier Gedichtbände wurden in nationalen und arabischen Zeitschriften rezensiert. Mohammad Matroud stand unter Ausreiseverbot, sein Name befand sich auf der Fahndungsliste des Regimes. Über einen von der Freien Syrischen Armee kontrollierten Grenzübergang gelang ihm dennoch die Ausreise in die Türkei. Über Istanbul kam er nach Deutschland.

Zaza Burchuladze (Jahrgang 1973), Schriftsteller aus Tiflis (Georgien). Er zählt zu den führenden Intellektuellen seines Landes und gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller der postsowjetischen georgischen Literatur. Mit seinen Skandalthemen und seinen Sprachexperimenten löste er zunächst Empörung in der georgischen Gesellschaft aus. Von den Kritikern wurde er lange Zeit ignoriert. 2011 kam der literarische Erfolg, sein Buch «The Inflatable Angel» wurde als bester georgischer Roman des Jahres ausgezeichnet. Der Roman erscheint 2014 in deutscher Übersetzung im Berliner Aufbau Verlag unter dem Titel «Der aufblasbare Engel».

Dara Abdallah (Jahrgang 1990), Schriftsteller aus Damaskus (Syrien). Er ist einer der vielen jungen Kreativen, die die syrische Revolution von Anfang an künstlerisch und journalistisch begleitet haben. Nach drei Verhaftungen entschloss er sich zur Flucht. Er veröffentlichte in wichtigen arabischen Publikationen wie in *al-Hayat* (Sitz in London), *Nawafez* (Kulturbeilage der Zeitschrift al-Mustaqbal in Beirut) und auf der Kulturwebsite *Ghawoon*. 2013 erschien sein erster Lyrikband mit drei Recherchen zur kurdischen Frage und zur Demokratie im Mittleren Osten.

Kheder Alaga (Jahrgang 1963), Lyriker, Journalist und Literaturkritiker aus Damaskus (Syrien). Er war Herausgeber des Kulturmagazins *Shouroufat*, Redaktionsleiter des Magazins *Bridges* und publizierte mehrere linguistische Studien zur Literatur und Poesie Syriens. Er ist Herausgeber zahlreicher Bücher und Anthologien. Zu den Publikationen eigener Lyrik zählen: «He wrote» (1995), «Feminine References» (1998) und «Al Jahili I» (2008). Als er 2012 öffentlich für die Anliegen der gewaltlosen Demonstrationen eintrat, wurde er aus dem Staatsdienst entlassen und vom Geheimdienst verfolgt.

Raed Wahash (Jahrgang 1981), palästinensischer Lyriker aus Damaskus. Er gehört zu den bedeutenden Poeten seiner Generation. Aufgewachsen in einem palästinensischen Flüchtlingslager vor Damaskus, weigerte er sich, seinen Wehrdienst in der syrischen Armee abzuleisten. Seit Beginn der syrischen Revolution schreibt er über die Ereignisse. Seine Publikationen: «White Blood» (2005), «No one dreams like you» (2008) und «When the War didn't come» (2012).

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Politik erfolgreich machen!

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die vielseitigen Weiterbildungsformate der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen im Bereich Politikmanagement. Mit GreenCampus bieten wir Qualifizierung und Organisationsberatung für politische Organisationen und Akteure – von ehrenamtlich Aktiven bis zu Profis. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen für erfolgreiche politische Arbeit und wirkungsvolle gesellschaftliche Partizipation.

Das Politikmanagementzertifikat – Mit einem praxisbezogenen Seminarangebot der Landesstiftungen, das Module aus den unterschiedlichen Bereichen des politischen Handwerks – von Kommunikation bis Personalentwicklung – umfasst, können politisch Aktive ihren individuellen Qualifizierungsbedarf und ihre persönlichen Interessen bei GreenCampus optimal verbinden. Derzeit werden in ganz Deutschland gut 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Medien und Organisation angeboten.

Weiterbildung als maßgeschneiderte Dienstleistung – In den letzten Jahren hat GreenCampus in Deutschland und im europäischen Ausland Bestellseminare mit beinahe 10.000 Teilnehmenden durchgeführt. Die positive Bewertung liegt stabil bei knapp 100 Prozent. Die Themenpalette ist vielfältig: Strategie- und Verhandlungstrainings, politische Kampagnen und Krisenkommunikation, Entwicklung politischer Botschaften und Redenschreiben, Teambuilding und Mediation, Führungskräfte- und Medientrainings, Projektmanagement und Büroorganisation sowie Gender- und Diversity-Seminare.

Workshop Spezial – Diese Workshops dienen neben der Wissensvermittlung auch dem Austausch zwischen Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Parteien, Fraktionen, Gewerkschaften, Vereinen, Universitäten und Unternehmen. Besonders gefragt waren im Jahr 2013 die «Workshop Spezial» zur Entwicklung politischer Strategien sowie zu Social-Media-Strategien.

Kommunalpolitische Weiterbildung – Der fachpolitische Weiterbildungsbedarf auf kommunaler Ebene wächst. GreenCampus stellt sich darauf ein und startete im Jahr 2013 mit einem Angebot für Aufsichtsräte von Sparkassen. Zudem unterstützt GreenCampus den Austausch unter den Anbietern kommunalpolitischer Weiterbildungsangebote.

Stiftungsinterne Weiterbildung – 2013 wurden über 50 Gruppenfortbildungen und mehr als 70 individuelle Fortbildungen durchgeführt. Im Mittelpunkt stand das Thema «Führungskultur» mit mehreren Modulen für Abteilungsleitungen und Mitarbeitende mit Führungsaufgaben.

Ausgezeichnetes Qualitätsmanagement – Das Weiterbildungsangebot von GreenCampus steht dauerhaft für sehr gutes Qualitätsmanagement. Seit Ende 2008 haben wir eine externe Testierung (LQW – Lernerorientierte Qualitätstestierung in der Weiterbildung).

(v.l.n.r.) Barbara Heitkämper, Wolfgang Pohl, Miriam Juchem, Maria Pajonk, Anita Roggen, Christian Neuner-Duttenhofer Foto: Stephan Röhl

“ Sehr stark teilnehmerorientiert. Praktische Lösungs- und Hilfsansätze wurden angeboten, die länger im Kopf bleiben. ”

Statement zum Workshop «Politische Botschaften entwickeln»

“ Ich kann gar nicht genug betonen, wie wertvoll eure Fortbildungsreihe für mich war. Ich kann sie jeder/jedem nur wärmstens ans Herz legen. ”

Rückmeldung zu einem modular aufgebauten Weiterbildungsprogramm

Das gesamte Programm und aktuelle Angebote
T 030 / 285 34 144]
→ **www.greencampus.de**

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Die 16 Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftung sind selbständige Vereine, sie arbeiten aber untereinander und auch mit der Bundesstiftung eng zusammen. Mit ihrer Bildungsarbeit wollen sie die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger schärfen, zu bürgerschaftlichem Engagement anregen und die Möglichkeiten zur Teilhabe am politischen Leben verbessern. Die Landesstiftungen organisieren selbst oder in Kooperation mit Projektpartnerinnen und Projektpartnern Veranstaltungen unterschiedlichster Art. Sie bedienen sich dabei der Formen «klassischer» politischer Bildungsarbeit (Seminare, Tagungen, Publikationen) genauso wie anderer Formate (Matineen, kulturelle Begegnungen, Lesungen, Ausstellungen). Hier eine kleine Auswahl an Projekten aus dem Jahr 2013:

Die Debatte ist abrufbar unter:
→ **www.boell bw.de/archiv**

Baden-Württemberg: Mit Leidenschaft für Europa **Diskussion**

Der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit präsentierte Ende Februar in Stuttgart sein Manifest «Für Europa!». Vor über 200 größtenteils jungen Teilnehmenden argumentierte er für ein Europa ohne Nationalstaaten. Europa müsse «den Deckel der nationalstaatlichen Lösungen sprengen». Die großen Krisen unserer Zeit seien einzeln nicht zu lösen. Nur gemeinsam könnten wir unsere Interessen gegenüber starken Akteuren wie China oder USA durchsetzen. Mit seinen Ideen zur europäischen Staatsbürgerschaft und einer europäischen Außenpolitik und Armee zeigte er sich so, wie Rezzo Schlauch ihn einleitend charakterisiert hatte «Immer weit voraus, provozierend, nie bequem – auch nicht für die Grünen». Die Professorin für Europäische Politik und Vertrauensdozentin des Studienwerks der Stiftung, Gabi Abels, und ein junger europäischer Föderalist kommentierten. So spannend kann Europa sein!

Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft
Foto: Christoph Nowicki

Brandenburg: Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft **Debatte**

Die 2013 ins Leben gerufene «Eberswalder Nachhaltigkeitsgesellschaft» sorgt künftig für lebhafte Debatten in Brandenburg zu aktuellen Themen der nachhaltigen Entwicklung. Das Projekt ist eine Kooperation der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE), der Stadt Eberswalde und der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Im Jahr 2013 ging es um die grüne Revolution (Ralf Fücks), um nachhaltige Energieversorgung (Lars Waldmann) und um das «Selbst Denken» (Harald Welzer). Über mangelndes Interesse konnte sich die Nachhaltigkeitsgesellschaft nicht beklagen: Bis zu 150 Interessierte kamen pro Veranstaltung nach Eberswalde, um mit den Organisatoren und ihren Gästen zu diskutieren.

Tagungsdokumentation unter:
→ **www.bildungswerk-boell.de/web/120.html**

Berlin: Willkommen in Berlin?! **Konferenz**

Die Forderungen der Flüchtlinge sowie die von der NPD geschürte Hetze gegen Flüchtlingsheime haben die Debatte um eine menschenwürdige Aufnahme von Asylsuchenden intensiviert. Die am 2. November 2013 vom Bildungswerk Berlin organisierte Konferenz «Welcome to Berlin?!» ist hoffentlich der Auftakt für eine breit getragenene Willkommenskultur, die infrastrukturell besser als bisher ausgestattet ist und von der öffentlichen Verwaltung, der Politik und der Zivilgesellschaft unterstützt wird. Im Fokus standen Fragen der Unterbringung, Versorgung und Inklusion. Daher waren besonders Menschen angesprochen, die sich innerhalb von Organisationen und Initiativen, Ämtern und Verwaltung mit diesen Themen befassen und über ihre Position oder ihre Arbeit die

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Willkommenskultur mitgestalten und verändern können. Die rege Beteiligung und die vielen Beispiele für ein solidarisches Miteinander haben jedenfalls Mut gemacht.

Bayern: Auf dem Weg in die regenerative Zukunft **Bildungsreise**

Es entscheidet sich in den Kommunen, ob der Weg in die Zukunft regenerativ und nachhaltig sein wird. Das gilt für den Energie- und Ressourcenverbrauch ebenso wie für den Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels. Die Exkursion «Zukunftsfähige Kommunen» der Petra-Kelly-Stiftung führte die Teilnehmenden auf eine Entdeckungsreise durch Franken, in Regionen, die durch den ökonomischen und demografischen Strukturwandel besonders stark betroffen sind. Mit viel Ideenreichtum und Eigeninitiative versuchen dort Kommunen, den Weg in ihre regenerative Zukunft zu finden. Ob urbaner Gartenbau, Shared Space, die gelungene Konversion von Militärflächen oder Stadtwerke auf dem Weg zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien – viele interessante Projekte und Initiativen standen auf dem Reiseplan.

Doku: → **www.petrakellystiftung.de**

Bremen: Vorschläge für die Föderalismusreform III **Fachgespräche**

Zentral für jede föderale Staatsgesellschaft ist ihre Finanzverfassung. Sie regelt u. a., welche Teilgesellschaft unter welchen Umständen Ansprüche auf die kollektive Solidarität anderer Teilgesellschaften haben soll. Unter Beteiligung von acht Landesstiftungen organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung Bremen Fachgespräche und Workshops, um über die anstehende Föderalismusreform in Deutschland zu beraten. Viele renommierte Fachwissenschaftler/innen waren im Laufe des Jahres zu Gast bei diesen Treffen. Das Besondere dabei war, dass nicht bestimmte Länderinteressen im Vordergrund standen, sondern Lösungen, mit denen Ost- wie Westländer, Nord- wie Südländer, große und kleine Länder, Geber- und Nehmerländer leben können. Herausgekommen ist eine Publikation, die Vorschläge für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen macht. Sie erschien Anfang 2014.

Hessen: Böll Analytics **Reihe im Pecha-Kucha-Format**

Was ist politisch? An unseren Körpern, unserer Arbeit, unseren Beziehungen, unserem Konsum, an den Dingen, die uns jeden Tag umgeben? Frei von akademischen Zwängen und professionellen Beschränkungen bietet Böll Analytics einen explorativen Raum für gesellschaftliche Fragen und Visionen. In Pecha-Kucha-Vorträgen bringen Spezialist/innen und Autodidakten ihre politische Haltung zu einem gemeinsamen Thema auf den Punkt. Daraus entsteht ein interdisziplinärer Dialog, der richtungsweisend für die politische Praxis sein soll. Als kurzweiliges Format lädt Pecha Kucha zur Zuspitzung ein: 20 bild/textbasierte Folien à 20 Sekunden ergeben eine Vortragsdauer von 6 Minuten 40 Sekunden und ermöglichen viele unterschiedliche Zugänge zu einem Thema. Den Böll-Analytics-Themen «Körper!» und «Auto!» folgen im Jahr 2014 die Themen «Arbeit!» und «Europa!».

Böll-Analytics: «Körper!»

Hamburg: Wie kommen Schüler/innen ins Handwerk? **Diskussion**

Viele Ausbildungsplätze im Handwerk bleiben unbesetzt, trotz zahlreicher Jugendlicher ohne Lehrstelle. Warum? Eine Diskussionsveranstaltung von Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg ging dieser Frage nach. Eingeladen waren Schüler/innen, Auszubildende, Lehrer/innen, Ausbilder/innen, Jugendberufsagenturen, Jugendhilfeeinrichtungen und Vertreter/innen aus Politik, Gewerkschaft und Kirche. Jede Interessengruppe hatte jeweils eine Vertretung an den Gesprächstischen. Dieses Verfahren erwies sich als äußerst produktiv. So fanden alle Parteien Gehör. Die Schwierigkeiten, Lösungswege und Forderungen konnten paritätisch herausgearbeitet werden. Zur Belohnung nach einem diskussionsreichen Tag gab es den Auftritt eines Beatboxers, der sein Publikum zu begeistern wusste.

Ergebnisprotokoll erhältlich unter:
→ **info@umdenken boell.de**

Mecklenburg-Vorpommern:
Pflege im demografischen Wandel **Fachkonferenz**

Dokumentation dieses Fachgesprächs unter: → www.boell-mv.de/themen/wirtschaft soziales/

Der viel zitierte demografische Wandel findet im Nordosten Deutschlands seine gelebte Wirklichkeit. Mecklenburg-Vorpommern hat bereits heute die höchste Pflegequote. Bis 2060 wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen noch einmal verdoppeln. Anfang August 2013 kamen 35 Expertinnen und Experten auf Einladung der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern in Rostock zusammen, um die Perspektiven für eine bessere Pflege und eine nachhaltige Gestaltung der Pflegestrukturen auszuloten. Die Fachleute, darunter Frau Prof. Dr. Adelheid Kuhlmey von der Charité-Universitätsmedizin Berlin, plädierten für einen Perspektivenwechsel, wonach die Pflege auch als soziale Aufgabe in einer alternden Gesellschaft wahrgenommen werden müsse. So sei die wichtigste Weichenstellung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter die soziale Einbindung.

www.boell.de/de/node/277265 .

Niedersachsen: Fleisch in Maßen – Fleisch in Massen **Ausstellung**

Deutscher Durchschnittsverbrauch im Laufe des Lebens: 46 Schweine Foto: Shutterstock/Dirk Ott

Die Stiftung Leben & Umwelt will mit ihren Themen insbesondere die Menschen und Orte jenseits der Hauptverkehrswege erreichen. Mit der Ausstellung «Fleisch in Maßen – Fleisch in Massen» in Kooperation mit Brot für die Welt im Heidemuseum Walsrode ist dies gut gelungen. Die Umzingelung des Geflügelschlachthofs in Wietze und der Erfolg des von der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Fleischatlas zeigen: Das Thema Ernährung und Landwirtschaft bewegt Menschen. Landwirtschaftsminister Christian Meyer (B'90/Die Grünen) überzeugte die Gäste bei der Ausstellungseröffnung durch aktuelle Zahlen und Politikvorschläge der Landesregierung. Im Anschluss lenkten Eckehardt Niemann (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., ABL) und Janna Rassmann (Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen, VEN) den Blick auf die bedrohte kleinbäuerliche Landwirtschaft und die globalen Folgen industrieller Fleischproduktion. Die angeregte Diskussion der gut 100 Gäste bezeugte ein lebhaftes Interesse am Thema.

Nordrhein-Westfalen:
Grenzen des ökonomischen Denkens **Sommerakademie**

Weitere Informationen → www.boell-nrw.de/de

Die Ökonomie ist die Grundlage unseres gesellschaftlichen Wohlstands und Voraussetzung für die Pluralisierung der Lebenswelten. Nun dringt das ökonomische Denken aber auch in Sphären ein, die aus gutem Grund den Gesetzen des Marktes entzogen schienen. Menschen begegnen einander immer mehr als Vertragspartner in einem Tausch von Gütern, Leistungen oder Zugangschancen. «Effizienz», «Wettbewerb» und «Selbstoptimierung» sind zu gesellschaftlichen Werten an sich geworden. Soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe droht dadurch auf der Strecke zu bleiben. Die Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen lud im Juli zur Sommerakademie 2013 ein, um in Vorträgen und Diskussionen diese Ambivalenz der Ökonomisierung zu problematisieren und alternative Lösungsansätze für eine nachhaltige und inklusive Gesellschaft genauer zu betrachten.

Rheinland-Pfalz:
Rechtsextremismus – gibt's doch gar nicht?! **Ausstellung**

Weitere Informationen → www.tatort-rlp.de

Hasstaten und kriminelle Handlungen rechter Gruppierungen sind nur die sichtbare Spitze des Eisbergs. Mit den diversen Erscheinungsformen der Extremen Rechten in Rheinland-Pfalz setzt sich «Tatort Rheinland-Pfalz», eine Wanderausstellung des Bildungs- und Forschungswerkes Saar-Lor-Lux (BIFOR), auseinander. Im Jahr 2013 wurde die Ausstellung unter Mitwirkung der Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz umfassend überarbeitet. Insbesondere das Thema «Rechte Musik» wurde näher beleuchtet. Die komplett überarbeitete und aktualisierte Ausstellung mit 22 Tafeln steht zum Ausleihen zur Verfügung.

Saarland: Große Literatur und junge Nachwuchsautoren **Lesungen**

In der Reihe «Böll & Hofstätter» präsentiert die Heinrich-Böll-Stiftung Saar zusammen mit dem Saarbrücker Buchhändler Ludwig Hofstätter große Schriftsteller und junge Nachwuchstalente. Die Lesungen finden an wechselnden Orten statt und sind stets gut besucht. Im Jahr 2013 war u. a. die Autorin und Sängerin Monika Zeiner aus Berlin zu Gast. Sie las vor über 120 Besucherinnen und Besuchern aus ihrem Roman «Die Ordnung der Sterne über Como». Ehrengast auf dieser 20. Veranstaltung der Reihe war René Böll, der Sohn des Schriftstellers Heinrich Böll.

Monika Zeiner, Autorin und Sängerin Foto: hbs

Schleswig-Holstein: Ahoi! Klar zur (Energie)Wende! **Initiative**

Im Oktober 2013 startete energiebürger.sh – eine Bildungs- und Projektinitiative unter Federführung des Klimabüros «Küstenpower» der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein. In dieser Initiative haben sich überparteilich sieben Bildungsanbieter zusammengeschlossen, um das Wissen und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein in Sachen Klimaschutz und Energiewende zu stärken. Ziel ist es, gemeinsam Ideen und Maßnahmen bürgerschaftlichen Engagements zu planen und umzusetzen. Folgende Formate werden angeboten: Regionale Lerngruppen für Einsteiger, landesweite Netzwerktreffen für Energiekümmerer, regionale Energie- und Klimawerkstätten und «die lernende Region» – eine partizipative Internetplattform.

Mehr Informationen unter:
→ **www.energiebuerger.sh**

Sachsen: Anforderungen an die lokale Flüchtlingspolitik **Konferenz**

Dezentrale Unterbringung, eine gute medizinische Versorgung sowie die Selbstermächtigung von Asylsuchenden – das waren die Brennpunkte der Dresdener Konferenz «Asyl in Sachsen» im Oktober 2013. An gut funktionierenden Beispielen aus anderen Städten diskutierten Engagierte aus Vereinen, Initiativen und der Lokalpolitik sowie Geflüchtete u. a., wie eine städtische Verwaltung unkompliziert menschenwürdigen Wohnraum für Asylsuchende organisieren kann und wie ein praktikables Gesundheitsmodell aussehen muss. Die Konferenz erbrachte politische Forderungen, neue Vernetzungen sowie frische Energie für die weitere lokale Arbeit. Sie war eine Kooperation von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen mit dem Netzwerk Asyl, Migration, Flucht Dresden, dem Kulturbüro Sachsen und dem Sächsischen Flüchtlingsrat.

Sachsen-Anhalt: Inklusive Schule, vom Konzept zur Praxis **Fachtag**

«Wir brauchen den Mut zum Unperfekten», so Bildungswissenschaftlerin Ines Boban in ihrem Plädoyer für mehr Inklusion auf dem Fachtag «Inklusive Schule» der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt. Inklusion bedeutet, dass es jedem Menschen in vollem Umfang möglich ist, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Inklusion ist ein Menschenrecht, die Umsetzung dieses Rechts in die Praxis ist in Deutschland nach wie vor unvollständig. Anhand von Beispielen aus Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt diskutierten über 140 Teilnehmende – größtenteils Multiplikator/innen aus Schulen, bildungsnahen Einrichtungen, Politik und Verbänden – über die Herausforderungen und Chancen des Umbaus hin zu einem inklusiven Schul- und Bildungssystem.

Fachtag «Inklusive Schule» Foto: Andre Kehrer

Thüringen: Zeitgeschichte gegen den Strich **Erinnerungsreihe**

2013 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen in Kooperation mit der Stiftung Ettersberg und «Erinnerungsort Topf & Söhne» die dreiteilige Reihe «Das große Schweigen und seinen Folgen». Welche Dimensionen hatte das Schweigen nach dem Zweiten Weltkrieg, und was bedeutete dies für die (ost)deutsche Nachkriegsgesellschaft? Referent/innen waren u. a. Sabine Bode, Ines Geipel und Toralf Staud. Die Reihe fand großen Zuspruch. Für die Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen ist es ein wichtiges Anliegen, eine lebendige Erinnerungskultur zu unterstützen – gegen das Vergessen und (Ver)Schweigen. Die Reihe wird daher unter dem Titel «Sprache und Wirkung» fortgesetzt.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Grüne Geschichte zugänglich machen

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Die im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.

Archivnutzung – Im Jahr 2013 nahm die Nutzung des Archivs sprunghaft zu, wir hatten fast doppelt so viele Anfragen wie sonst. Hintergrund war der sogenannte Pädophilie-Skandal. Von Ende April bis zur Bundestagswahl im September wollten vor allem Journalist/innen aufdecken, warum die Grünen in den 1980er Jahren in Partei- und Wahlprogrammen die Forderung erhoben, die Strafrechtsparagrafen zur Abwehr von Kindesmissbrauch aus dem Sexualstrafrecht zu streichen. Zu klären war auch, wie und in welchem Maße die Grünen überhaupt eine Plattform für pädophile Forderungen werden konnten. Ab Sommer waren die Mitarbeiter/innen des Göttinger Instituts für Demokratieforschung, die im Auftrag der Grünen die Zusammenhänge aufarbeiten, regelmäßige Gäste im Lesesaal. In der zweiten Jahreshälfte haben die Grünen selbst, vor allem die Landes- und Kreisverbände, recherchiert bzw. recherchieren lassen, was an Dokumenten über die eigene Vergangenheit archiviert worden war.

Archivierung – 2013 haben wir vermehrt Bundesparteitage, Bundeshauptausschusssitzungen, Landesdelegiertenkonferenzen und andere Akten gesichtet und verzeichnet sowie die gesamte Aktenüberlieferung einzelner Landesverbände neu bearbeitet.

Tagungen – Begonnen hatte das Jahr mit einer Beteiligung des Archivs an einer Konferenz der University of North Carolina in Chapel Hill. Aus Anlass des 30. Jahrestages des Einzugs der Grünen in den Deutschen Bundestag ging sie der Frage nach, welche Folgen dieses Ereignis für die Erweiterung einer partizipativen Demokratie hatte. Der Beitrag des Archivs behandelte die Hintergründe und die Bedeutungen des kämpferischen Begriffs der Antiparteienpartei im Kontext der Bürgerinitiativen für Umweltschutz.

Im Juli hatten wir zu einer Tagung über die bibliothekarische Behandlung von elektronischen Publikationen eingeladen. Partei und Stiftung publizieren durchaus häufiger elektronisch als in Papierform. Solche elektronischen Publikationen werden aber weit seltener katalogisiert, was ihrer Bedeutung in Politik und Bildung nicht gerecht wird. Bei unserer Tagung ging es u. a. um mögliche Herangehensweisen wie die Bereitstellung und Langzeitsicherung durch Repositorien oder die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sondersammlungen.

Online-Katalog – Im Spätherbst konnten wir den Launch des Online-Katalogs zu unseren audiovisuellen Sammlungen feiern. Die Vorbereitung hatte mehr als ein Jahr gedauert. In dieser Zeit wurden die Verzeichnungsgrundsätze der verschiedenen Sammlungsbereiche – Fotos, Plakate, Ton- und Filmdokumente, Internetseiten – einander angepasst, ein gemeinsamer Schlagwortkatalog entwickelt und eine Unmenge urheberrechtlicher Fragen geklärt. Künftig werden regelmäßig weitere audiovisuelle Dokumente hinzugefügt.

Grünes Gedächtnis 2013
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung
Berlin 2014, circa 104 Seiten
(erscheint im Sommer 2014)

Online-Katalog der audiovisuellen Sammlungen:
→ **www.boell-sammlungen.faust-web.de**

Preisverleihungen 2013

Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt verschiedene Preise und beteiligt sich als Partnerin an weiteren Ehrungen. Die wichtigsten Preise sind der Friedensfilmpreis, der Anne-Klein-Frauenpreis, der Hannah-Arendt-Preis sowie alle zwei Jahre der Petra-Kelly-Preis (wurde 2013 nicht vergeben).

Friedensfilmpreis: Mahdi Fleifel

Foto: Stephan Röhl

Der 28. Friedensfilmpreis der Internationalen Filmfestspiele in Berlin ging an «A World Not Ours» des dänisch-palästinensischen Regisseurs Mahdi Fleifel. Der Film über ein palästinensisches Flüchtlingslager im Libanon ist ein sehr persönlicher Videobericht des Regisseurs, der in diesem Lager seine Jugend verbachte. «Deutlich wird die zermürbende Situation der Menschen ohne Hoffnung und Zukunft im Lager, das zu einer Insel der Isolation wird. Aus Fleifels Erinnerungen entsteht ein dichtes Bild vom Leben im Niemandsland. Der Film befreit sich völlig von den üblichen Schemata der Einordnung der Konflikte zwischen Israelis und Palästinensern. So wird er zu einem Plädoyer für einen neuen Friedensprozess im Nahen Osten», so die Begründung der Jury. Das Preisgeld von 5.000 Euro wird von der Heinrich-Böll-Stiftung gestellt. Die Schirmherrschaft liegt bei der Internationalen Vereinigung der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung.

Anne-Klein-Frauenpreis: Lepa Mladjenovic

Foto: Stephan Röhl

Der Anne-Klein-Frauenpreis 2013 ging an Lepa Mladjenovic, feministische Aktivistin und Intellektuelle aus Serbien. Der Preis wurde bei einem Festakt am Abend des 1. März 2013 in Berlin überreicht. Lepa Mladjenovic setzt sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen für Frauen und Lesben ein: Sie ist in der Friedens- und Versöhnungsarbeit aktiv und entwickelt Strategien zur Prävention von Gewalt. Sie stärkt das Selbstbewusstsein von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersex (LGBTI), organisiert die Pride-Märsche in Belgrad mit und leistet Solidarität für Diskriminierte und Opfer von Gewalt. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und zeichnet Frauen aus, die sich mutig und hartnäckig für die Geschlechterdemokratie und gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der geschlechtlichen Identität einsetzen. Die Namensgeberin Anne Klein hat als kämpferische Juristin und offen lesbisch lebende Politikerin feministische Pionierarbeit geleistet.

Hannah-Arendt-Preis: Timothy Snyder

Foto: Verlag C.H. Beck

Am 6. Dezember 2013 wurde im Bremer Rathaus der Hannah-Arendt-Preis 2013 an den Historiker Timothy Snyder überreicht. Der Preis ist mit 7.500 Euro dotiert und wird von der Stadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung an Personen verliehen, deren Wirken und Werke in der Tradition Hannah Arendts zu öffentlichem politischen Denken und Handeln beitragen. In seinem Buch «Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin» habe Snyder, so urteilte die Jury, ein vergessenes und verdrängtes Kapitel der europäischen Geschichte aufgeschlagen, über das Europa über ein halbes Jahrhundert nach dem Geschehen noch immer uneins sei. «Unabhängig von den Kontroversen unter Historikern und politischen Denkern, die das Buch und sein Autor ausgelöst haben, berührt Snyder substantielle Fragen, die den Kern des europäischen Vereinigungsprojekts betreffen.» Snyders streitbare historische Analyse trage damit zu einer neuen öffentlichen Debatte um die politische Gestalt Europas bei.

Prominente Gäste

Fatou Bensouda, Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH), zog im Februar eine Bilanz der ersten 10 Jahre seit Bestehen des Gerichts. Vor großem Publikum stellte sie sich den kritischen Fragen der ZEIT-Journalistin Andrea Böhm. Die bemerkenswerte Offenheit der Chefanklägerin ermunterte auch das Publikum zum weiteren «Nachhaken».

Thomas de Maizière, ehemaliger Verteidigungsminister, eröffnete im März die Podiumsdiskussion «Sicherheitspolitik im Wandel – Deutschlands Rolle in der neuen Weltordnung». Er betonte, dass die neuen Herausforderungen der Sicherheitspolitik nicht mit einer Militarisierung der Außenpolitik beantwortet werden könnten. Sicherheitspolitische Krisen ließen sich nicht militärisch, sondern nur politisch lösen.

Bill McKibben, amerikanischer Autor, Aktivist und Mitbegründer der internationalen Klimakampagne 350.org, erklärte auf der Fachtagung «Fossil Free Europe» im Oktober, wie das Businessmodell der fossilen Brennstoffindustrie unser Klima zerstört und somit eine erschreckend reale Bedrohung für unsere Gesellschaften schafft.

Kate Raworth, britische Ökonomin an der Oxford University, stellte im September ihr Konzept der Doughnut-Ökonomie vor. Sie verabschiedet sich damit von der klassischen ökonomischen Lehre und betrachtet die Welt durch einen «Doughnut»: Der äußere Rand wird bestimmt durch die ökologischen Grenzen des Planeten, der innere wird definiert durch soziale Gerechtigkeitsstandards, die eingehalten werden müssen, damit Menschenrechte gewährleistet werden.

Pavan Sukhdev, Ökonom und ehemaliger Topmanager der Deutschen Bank, stellte im Oktober sein Buch «Corporation 2020. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen» vor. Darin skizzierte er die Vision einer besseren Wirtschaft und legte einen Vorschlag vor, der bei den Unternehmen ansetzt: Sie sollen die sozialen und ökologischen Kosten ihrer Produkte in den Bilanzen sichtbar machen. Die von ihm angestrebte «Corporation 2020» hat am Gemeinwohl orientierte Gewinnziele.

Rob Hopkins, Begründer der Transition-Bewegung, startete im Februar die Reihe «Green Lectures». Hopkins stellte in seinem Vortrag die Vision der Transition-Bewegung im globalen Kontext dar. Die Aktivist/innen dieser Graswurzel-Bewegung wollen ihre Kommunen für den Übergang in das postfossile Zeitalter fit machen und setzen dafür u. a. auf die Senkung des Energieverbrauchs und die Minderung der Abhängigkeit von Industrieprodukten und globalen Märkten.

Borka Pavicevic, Autorin und Gründerin des Centre for Cultural Decontamination in Serbien, sprach auf der internationalen Konferenz «Energize, Polarize, Mobilize!» im März 2013 mit zwei weiteren Frauen aus verschiedenen Generationen über ihr Leben als Aktivistin.

Priya Basil, Autorin, referierte auf der Konferenz «What ever happened to privacy» im Dezember 2013 über Datenschutz und Überwachung und deren Folgen für politisch aktive Menschen. Sie ist Mitinitiatorin des Aufrufs von 562 Autoren: Demokratie verteidigen im digitalen Zeitalter.

Jacob Appelbaum, US-amerikanischer Aktivist, der zu den wenigen Vertrauten von NSA-Whistleblower Edward Snowden gehört. Auf unserer internationalen Konferenz «Whatever happened to privacy?» im Dezember berichtete er u. a. über die Macht der Geheimdienste und den Kampf um die Freiheit im Zeitalter des Internets.

Fotos: 350vt/flickr (Bill McKibben), Tulane Publications/flickr (Rob Hopkins)
Stephan Röhl (Fatou Bensouda, Jacob Appelbaum, Kate Raworth, Pavan Sukhdev, Thomas de Maizière, Priya Basil, Borka Pavicevic)

20 – 15 – 10 Jahre: Jubiläen der Auslandsbüros der Stiftung

20 Jahre Büro in Pakistan

→ www.pk.boell.org

»20 Years – Transformation through Dialogue« – unter diesem Motto feierte unser ältestes Auslandsbüro sein 20-jähriges Bestehen sowie den Umzug von Lahore nach Islamabad. Die Eröffnung des neuen Büros in der pakistanischen Hauptstadt fand im Beisein von Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig, dem deutschen Botschafter Dr. Cyrill Nunn und zahlreichen Partner/innen, Politiker/innen, Künstler/innen und Intellektuellen statt. Eine Ausstellung über die Stiftungsarbeit der vergangenen 20 Jahre in Pakistan, die Herausgabe eines Jubiläumsbuches (erscheint 2014) und die Aufführung zweier Theaterstücke des Ajoka Theaters über die berühmten pakistanischen Schriftsteller Faiz Ahmed Faiz und Saadat Hasan Manto begleiteten das Jubiläumsjahr.

15 Jahre EU-Büro in Belgien

→ www.boell.eu

Unser EU-Büro in Brüssel feierte sein 15-jähriges Bestehen. Die Festrede hielt der britische Soziologe Anthony Lord Giddens, unter den Gratulanten waren der deutsche Botschafter Eckart Cuntz sowie die Ko-Vorsitzende der Grünenfraktion im Europäischen Parlament Rebecca Harms. Seit Anbeginn arbeitet das Büro eng mit allen Auslandsbüros der Stiftung zusammen und bringt als Kooperationspartner die EU-Perspektive ein. Und es hat noch viel vor, sei es die Ausgestaltung der gemeinsamen Klima- und Energiepolitik der EU oder die Verwirklichung einer inklusiven Geschlechterdemokratie. Auch für politisch Interessierte aus Europa und der ganzen Welt ist das Büro ein wichtiger Anlaufpunkt. Ein Besuch dort zeigt, wie europäische Politik funktioniert und wie sie aktiv mitgestaltet werden kann.

10 Jahre Büro in Georgien

→ www.ge.boell.org

Auf einer Konferenz zum 10-jährigen Jubiläum unseres Büros in Tbilissi debattierten Kooperationspartner/innen und Expert/innen über die aktuelle politische Lage im Südkaukasus und das Potenzial zur demokratischen Transformation. In seiner Eröffnungsrede lobte der georgische Parlamentspräsident Davit Usupashvili insbesondere das Engagement unseres Büros nach der Rosenrevolution im Jahr 2003. Die Stiftung habe zur Etablierung einer generellen politischen Kultur im Land wesentlich beigetragen. Beim anschließenden Festakt und Empfang wurde für jedes der 10 Jahre eine für unsere Arbeit besonders wichtige Person mit dem «Böll-Preis» ausgezeichnet, darunter ehemalige Stipendiat/innen, Politiker/innen Menschenrechtsaktivist/innen und Journalist/innen aus der Region.

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Stiftungsmanagement

Dr. Livia Cotta, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung seit 1. April 2013 Foto: hbs

Neue Geschäftsführung

Am 1. April 2013 hat Dr. Livia Cotta die Geschäftsführung von Dr. Birgit Laubach übernommen, die nach elf Jahren Geschäftsführung anknüpfend an ihre rechtspolitischen und parlamentarischen Erfahrungen neue Vorhaben umsetzt. Vor ihrem Wechsel zur Heinrich-Böll-Stiftung war Livia Cotta Medizinische Direktorin der DKMS Deutsche Knochenmarkspenderdatei gGmbH und baut somit auf langjährige Erfahrungen im Management einer international tätigen Non-Profit-Organisation auf.

Wirtschaftliche Entwicklung

Unseren politischen Bildungsauftrag erfüllten wir 2013 mit Einnahmen von rund 51,5 Millionen Euro. Die Zuwendungen stammten zu etwa einem Drittel aus dem Globalmittelbereich, zu zwei Dritteln aus anderen Zuwendungsbereichen. Seit dem Jahr 2013 haben wir eine neue unabhängige Gesellschaft mit der Wirtschaftsprüfung beauftragt. Sie bestätigte uns für das Jahr 2012 den ordentlichen Umgang mit den finanziellen Zuwendungen, wobei die Prüfung die zweckentsprechende, wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel des Globalmittelhaushaltes durch die Bundes- und die Landesstiftungen ebenso umfasste wie den handelsrechtlichen Jahresabschluss unter Einbezug der Auslandsbüros.

Die Bundestagswahl 2013 und das Wahlergebnis von Bündnis 90/Die Grünen haben Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Stiftung – nicht mehr für 2013, aber für die Jahre 2014 bis 2018. Das Jahr 2014 ist wegen der späten Verabschiedung des Bundeshaushaltes von vorläufiger Haushaltsführung geprägt; ab 2015 muss die Verteilung des Stiftungshaushaltes auf die Stiftungen neu geregelt werden.

Projekte

Seit Mitte 2013 haben wir unseren Internetauftritt neu gestaltet. In Sachen Design, Technik und Prozesse gehört unsere Website zu den Vorreitern und wird hochgelobt. Die Besucherzahlen steigen. Unsere Auslandsbüros und viele Landesstiftungen sind in den Relaunch einbezogen, so dass sich das Projekt noch bis 2014 erstrecken wird. Abgeschlossen haben wir ein Projekt, das die Standardisierung von Strukturen, Prozessen und Buchhaltung in den Auslandsbüros vorbereitet hat. Die Tests in den Pilotbüros Brüssel und Nairobi waren erfolgreich, so dass der Anschluss der weiteren Büros in den nächsten zwei Jahren erfolgen kann.

Ausblick

Um organisatorisch und inhaltlich am Puls der Zeit zu bleiben, haben wir 2013 einen Strategieprozess gestartet: Strategie 2020 – Ziele und Strategien der Heinrich-Böll-Stiftung für die mittlere Zukunft. Darin stellen wir unsere Arbeit auf den Prüfstand: Wie zukunftsfähig ist die Stiftung in der heutigen Verfassung? Wie verändern sich Deutschland, Europa, die Welt? Sind Ziele, Strategie, Arbeitsweise, Organisationsaufbau und Ressourcenverteilung der Stiftung noch zeitgemäß? Diese Fragen diskutieren wir intern und im Austausch mit unserem Umfeld. Im Frühjahr 2015 soll die Strategie als Wegweiser für die nächsten fünf Jahre formuliert sein. Konzeption, Umsetzung und Implementierung von Prozess und Strategie sind eine große Teamleistung, und so zeigt sich schon in der Startphase: Die größte Stärke der Stiftung liegt in unseren engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

TuWas
Stiftung für Gemeinsinn

TuWas-Stiftung:

2013 wurde die TuWas – Stiftung für Gemeinsinn mit großem ehrenamtlichem Engagement der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung ins Leben gerufen. Das Stiftungskapital beträgt derzeit rund 82.000 Euro. Um etwas bewirken zu können, braucht die TuWas-Stiftung noch viele Zustifter/innen und Spenden. Mehr Informationen? www.tuwasstiftung.de!

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Organe des Vereins:

- die Mitgliederversammlung
- der Vorstand
- der Aufsichtsrat
- der Frauenrat

Die **Mitgliederversammlung** ist das oberste Beschlussfassungsorgan der Stiftung. Sie setzt sich zusammen aus 49 Personen, davon je vier Personen aus der Bundespartei und der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 16 Personen aus den Landesstiftungen (eine Person je Landesstiftung) und 25 weitere Personen aus dem Kreis der Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Wahlperiode für die Mitgliedschaft beträgt vier Jahre.

Der **Vorstand** ist hauptamtlich tätig und umfasst aktuell zwei Personen. Jedes Vorstandsmitglied wird für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Das Vorschlagsrecht steht dem Aufsichtsrat zu. Mitglieder der Mitgliederversammlung können Vorschläge für die vom Aufsichtsrat zu erstellende Liste einreichen. Der Vorstand verantwortet die strategische Ausrichtung der Stiftung. Er beschließt über die Gesamtziele, Strategien, Visionen, übergreifenden Programme und Projekte sowie die Positionierung der Stiftung in der Öffentlichkeit und die Kommunikationsstrategie.

Für die Ausführung der laufenden Verwaltung des Vereins ist die **Geschäftsführerin** verantwortlich. Sie gewährleistet die Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen und stellt die für Vorstand und Bereichsleitungen notwendigen Werkzeuge, Daten und Ressourcen für alle administrativen Entscheidungen zur Verfügung. Sie führt auch die Unternehmensdienste.

Der **Aufsichtsrat** führt die Aufsicht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er besteht aus neun Personen (sieben aus den Reihen der Mitgliederversammlung und zwei hauptamtlich Mitarbeitende), die für die Dauer von vier Jahren gewählt werden.

Der **Frauenrat** wird von der Mitgliederversammlung gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Er setzt sich aktuell aus neun Frauen zusammen, deren Amtszeit vier Jahre beträgt. Der Frauenrat unterstützt frauenpolitische Ziele der Stiftung und setzt die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie nach innen und außen um. Eine einmalige Wiederwahl in die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat und den Frauenrat ist möglich.

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. Berlin für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Jahresabschluss entspricht nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

RBS RoeverBroennerSusat GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft Berlin, den 6. November 2013

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Vorläufige Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (alle Zahlen in Euro)

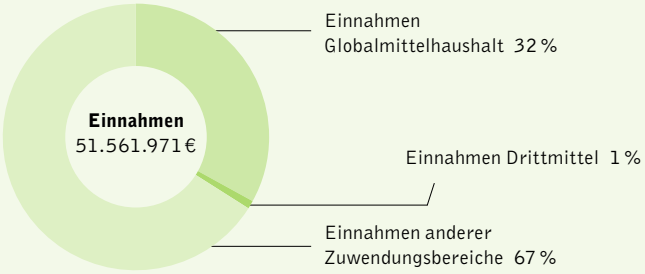
Berichtsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

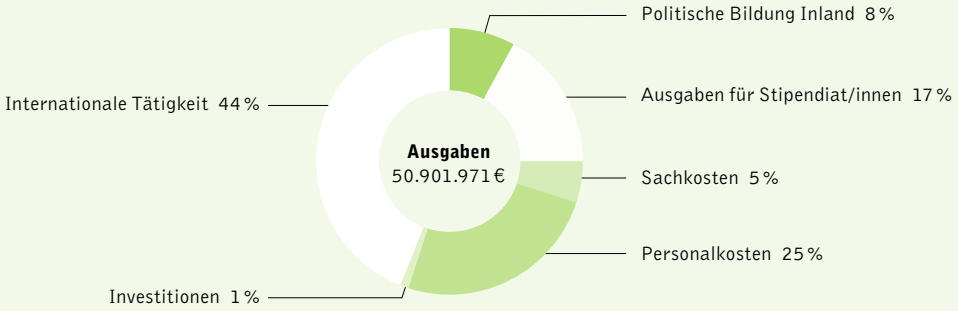
Stand: 27. März 2014	**lfd. Jahr** (2014) Planzahlen	**Berichtsjahr** (2013) Vorläufiges IST	**Vorjahr** (2012) IST
Einnahmen Globalmittelhaushalt*	16.396.422	16.891.346	16.845.835
Einnahmen anderer Zuwendungsbereiche	36.197.637	34.461.929	32.073.180
Einnahmen Drittmittel	295.854	208.696	236.136
Summe der Einnahmen	52.889.913	51.561.971	49.155.151
Personalausgaben	13.475.000	12.879.983	12.424.392
Sachausgaben	2.754.004	2.748.720	2.614.263
Investitionen	326.000	302.507	667.409
Fachausgaben aus Globalmitteln	1.466.150	1.545.440	1.529.494
Weiterleitung an Landesstiftungen	2.043.268	2.197.096	2.099.909
Ausgaben für Stipendiat/innen	9.992.186	8.406.385	7.135.991
Ausgaben Drittmittel	271.400	187.931	213.617
Projektmittel Ausland (BMZ, AA) und Projektmittel EU	22.561.905	22.633.909	21.129.440
Summe der Ausgaben	52.889.913	50.901.971	47.814.515
Mittelübertrag	0	660.000	1.340.636
Vereinseinnahmen	420.000	293.340	324.495
Vereinsausgaben	250.000	268.840	246.108
Vereinsergebnis	170.000	24.500	78.387

* einschließlich des Mittelübertrages aus dem Vorjahr
BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung AA: Auswärtiges Amt

Einnahmen und Ausgaben 2013

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2013 betragen die Einnahmen insgesamt 51,56 Mio. Euro.
Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf die internationale Tätigkeit der Stiftung. Die Personalausgaben enthalten neben den verwaltungsbedingten Personalkosten projektbezogene Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im In- und Ausland.
Das Vereinsergebnis wird im Jahr 2013 voraussichtlich 24.500 Euro betragen. Die weitere Tätigkeit der Stiftung ist grundsätzlich durch mittelfristige Finanzzusagen seitens der Zuwendungsgeber gesichert.





Bilanzen nach HGB 2011 und 2012 (alle Zahlen in Euro)

Aktiva

	31. Dezember 2012	31. Dezember 2011
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten*	460.537	36.716
geleistete Anzahlungen auf Software*	32.368	337.531
Sachanlagen		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken*	16.315.559	16.692.712
Betriebs- und Geschäftsausstattung*	2.119.485	1.957.403
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	1	1
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau*	36.041	–
Finanzanlagen		
Kautionen	48.313	22.942
Wertpapiere	169.706	169.826
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.080.152	6.944.498
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	7.386.633	5.600.072
Rechnungsabgrenzungsposten	388.349	462.291
Summe der Aktiva	**33.037.144**	**32.223.993**

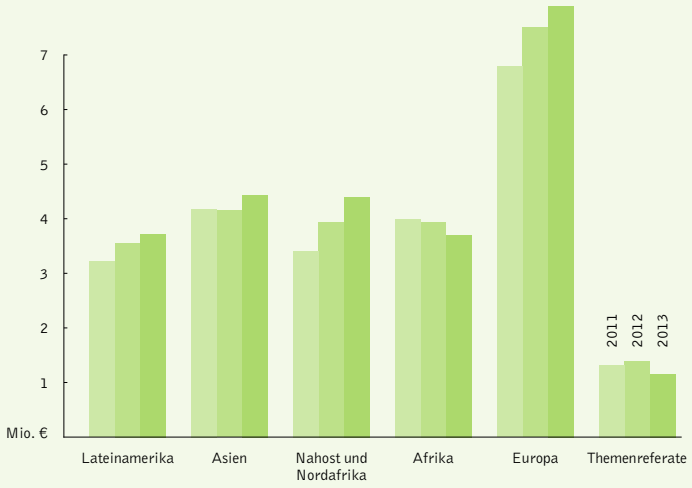
Passiva

Vereinsvermögen		
Vereinsvermögen	184.703	150.000
Rücklagen	253.994	253.994
Ergebnisvortrag	78.387	34.703
Sonderposten aus Zuwendungen		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	15.921.098	15.668.293
Sonderposten aus Zuwendungen zu den sonstigen Ausleihungen	48.314	19.503
Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	8.200	8.200
Sonstige Rückstellungen	975.762	771.941
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.149.407	4.437.530
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern	253.643	221.988
Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern	27.997	32.009
Sonstige Verbindlichkeiten	397.811	419.785
Rechnungsabgrenzungsposten	10.737.828	10.206.046
Summe der Passiva	**33.037.144**	**32.223.993**

* zuwendungsfinanziert

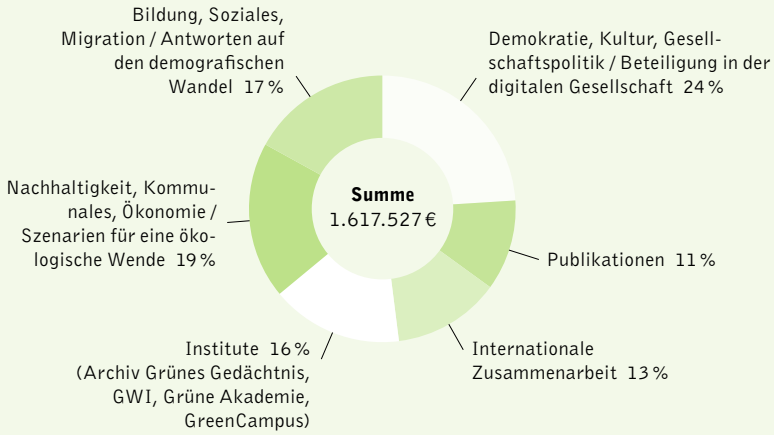
Internationale Zusammenarbeit 2013

Die Projektmittel für die Internationale Zusammenarbeit betrugen im Jahr 2013 etwa 25,2 Mio. Euro. Der größte Mittelgeber ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit ca. 23,2 Mio. Euro. Davon wurden ca. 570.000 Euro für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern und 258.000 Euro Sondermittel für Syrien verausgabt. In der Grafik sind nur die durch die Abteilung Internationale Zusammenarbeit verausgabten Mittel dargestellt. Weitere ca. 270.000 Euro wurden durch andere Abteilungen bzw. Organisationseinheiten der Stiftung verausgabt, zudem flossen rund 400.000 Euro in das Stiftungsprojekt «IT-Harmonisierung in den Auslandsbüros». Vom Auswärtigen Amt (AA) erhielt die Stiftung ca. 1,3 Mio. Euro. Zusätzliche AA-Sondermittel über ca. 712.000 Euro wurden für Griechenland, Belarus, Pakistan und Syrien verausgabt. Die akquirierten EU-Mittel wurden in Höhe von ca. 574.000 Euro für Projekte in Afrika, im Nordkaukasus, für überregionale Projekte im Rahmen von Eco Fair Trade und in Südosteuropa eingesetzt.



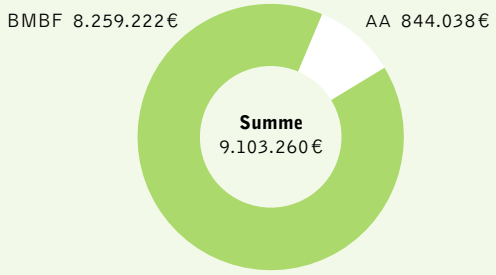
Politische Bildung Inland 2013

Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung 2013 rund 1.617.000 Euro verausgabt. Diese Mittel flossen in die Projektarbeit (Veranstaltungen, Publikationen, Dossiers). Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie GreenCampus und der Grünen Akademie sowie für die Herausgabe von Büchern verausgabt. Zudem leitete die Stiftung im Jahr 2013 rund 2,2 Mio. Euro für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.



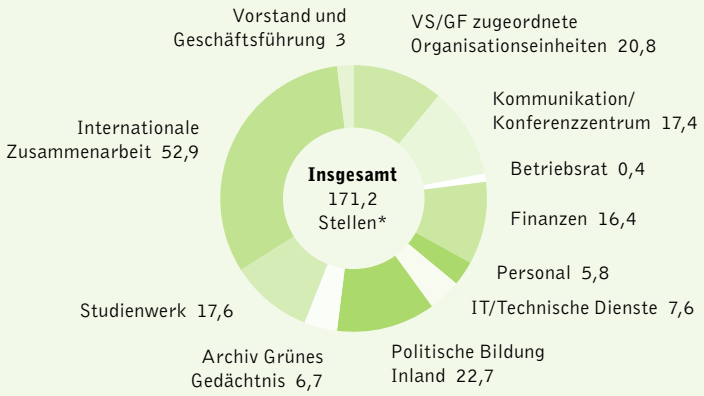
Stipendienmittel nach Mittelgebern 2013

Das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung erhält Zuwendungen aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und aus dem Auswärtigen Amt (AA). Im Jahr 2013 konnten insgesamt 1.087 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 852 Studierende und 235 Promovierende. 310 deutsche und internationale Studierende und Promovierende konnten im Jahr 2013 neu in die Förderung aufgenommen werden. Darüber hinaus beteiligte sich die Stiftung auch wieder am «Internationalen Parlaments-Stipendium» des Deutschen Bundestages.



Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Personal Stiftungszentrale 2013 (Aggregierte Vollzeitstellen am 31.12.2013)

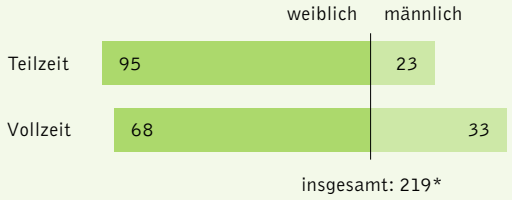


* einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikant/innen und Auszubildende.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung

Zum 31.12.2013 beschäftigte die Heinrich-Böll-Stiftung im Inland 219 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 29 Beschäftigte sind derzeit ins Ausland entsendet und werden in unseren 30 internationalen Büros von 200 Ortskräften unterstützt. Die Stiftung bietet ihren Mitarbeitenden sehr interessante und vielfältige Arbeitsfelder. Auch Menschen mit Behinderungen einzustellen, ist uns ein wichtiges Anliegen. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es in Bezug auf Ausbildung, Berufs- und Lebenserfahrung, Alter, Geschlecht, ethnische Herkunft oder sexuelle Orientierung, gehören zu den Stärken unserer Stiftung. 14 Prozent unserer Mitarbeitenden haben einen Migrationshintergrund. Der Frauenanteil unter den Beschäftigten liegt bei 74 Prozent. Mit 44 Prozent sind Frauen in den obersten Führungspositionen vertreten, in der zweiten Führungsebene sind 62 Prozent Frauen beschäftigt.

Personal Teilzeit/Vollzeit 2013 (in absoluten Zahlen)

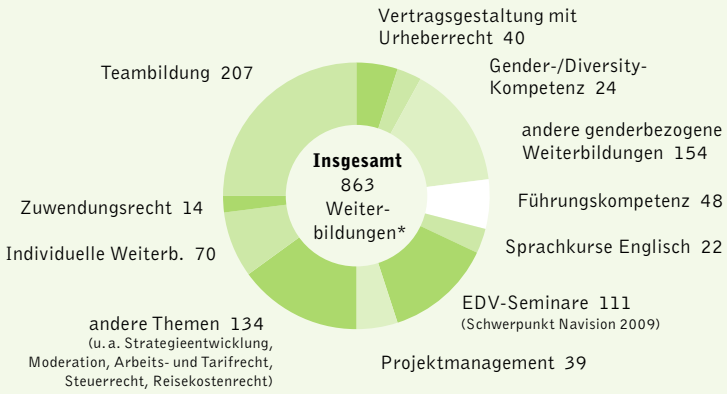


* einschließlich der studentischen Beschäftigten ohne Praktikantinnen, Praktikanten und Auszubildende

Work-Life-Balance

In der Heinrich-Böll-Stiftung ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik. Die Stiftung lässt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weitreichende Spielräume in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit. Gleitende und flexible Arbeitszeiten tragen dazu bei, den Tagesablauf individueller zu gestalten. Teilzeitbeschäftigung bietet für einen Großteil der Belegschaft einen Weg, Privatleben und Beruf besser zu vereinbaren. Über Telearbeitsplätze kann auch von zu Hause aus gearbeitet werden. Soweit dies mit den betrieblichen Belangen vereinbar ist, besteht die Möglichkeit von Freistellungen.

Interne Weiterbildung 2013 (in absoluten Zahlen)



* jeweils Qualifizierungsmaßnahmen nach Anzahl der Teilnehmenden

Personalentwicklung

Erklärtes Ziel der Personalentwicklung ist es, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst entsprechend ihren Fähigkeiten und Potenzialen einzusetzen. Dazu bietet die Stiftung Weiterbildungen in folgenden Bereichen an:

- Vermittlung von Führungskompetenz
- Qualifizierung im Organisationsmanagement (Projektmanagement, Teamentwicklung)
- Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen, insbesondere Englisch
- Durchführung von Workshops zu Gender & Diversity
- Vertragsgestaltung
- Vermittlung von Basisqualifikationen (EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht)
- Förderung individueller berufsbegleitender Weiterbildungen

Mobilität und Standort

Unser Arbeitsweg ...

Vor ein paar Jahren haben wir unter den Mitarbeitenden eine Befragung zur Nutzung von Verkehrsmitteln durchgeführt. Das Ergebnis: Für den Arbeitsweg nutzten 12 % das Auto, 88 % kamen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß. Inzwischen fahren offenbar noch mehr Kolleginnen und Kollegen mit dem Rad, denn die Fahrradbügel reichen bei Weitem nicht aus, obwohl mehr neu aufgestellt als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt wurden.

Unsere Reisen ...

65 % unserer Beschäftigten verreisen dienstlich, zumeist in Deutschland. Von diesen gehen 59 % durchschnittlich auf ein bis zwei Dienstreisen pro Monat. Im Jahr 2013 verzeichneten wir 851 Flüge und 1051 Bahnfahrten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen innerhalb Deutschlands überwiegend die Bahn. Auf der häufig genutzten Strecke Berlin – Köln spart das Bahnfahren knapp 110 kg CO_2. Trotz eines Anstiegs der Flüge um 20 % seit 2011 ist es uns gelungen, den CO_2-Verbrauch nahezu konstant zu halten.

	2011	2012	2013	Zunahme 2013 zu 2011
Flüge	711	688	851	20 %
national	155	149	166	7 %
international	556	539	685	23 %
Bahn	1153	947	1051	-9 %
CO_2-Verbrauch (t)	922	857	929	1 %

Unser Gebäude ...

Mit unserem Stiftungshaus verbinden wir moderne Architektur mit einem innovativen Energiekonzept. Bei einer Bruttogeschossfläche von 6969 m² fielen 2013 rd. 180 Euro/m² Kosten für Heizung und Kühlung an – statt 210 Euro/m² für konventionelle Geschäftsgebäude. Das architektonische und energetische Konzept des Gebäudes umfasst eine Vielzahl innovativer Komponenten: vierfach verglaste und als Hitzeschutz getönte Scheiben, eine intelligente Jalousien-Steuerung nach Außentemperatur und Lichteinstrahlung, die Nutzung der Serverabwärme zum Beheizen der Büros sowie das selbständige Belüftungskonzept durch CO_2-Fühler u.v.m. Teil des innovativen Konzepts ist, dass im gesamten Gebäude keine Lichtschalter verbaut wurden, sondern die Beleuchtung der Räume über Bewegungsmelder optimal gesteuert wird. Die Entwicklung der Verbrauchswerte korreliert mit der Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze und Veranstaltungen. Die Werte liegen weit im unteren Bereich, verglichen mit konventionell gebauten Bürogebäuden.

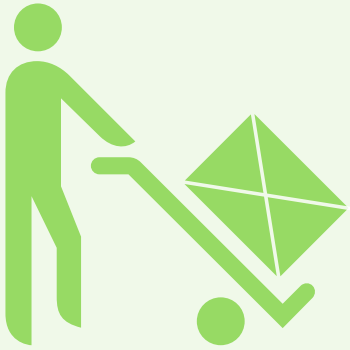
Foto: Jan Bitter

Angebote und Ressourcen

Ressource/Jahr	2009	2010	2011	2012	2013
Energie in kWh	400.512	415.810	426.404	427.119	423.832
Wasser in m^3	4.542	5.706	6.458	5.700	5.988
Wärme/Heizung kWh	234.216	255.369	250.000	195.777	251.760
Anzahl Papierseiten	1.334.620	1.265.271	1.098.001	1.064.462	1.000.965
Bürokosten	15.992	18.187	17.839	17.106	16.439

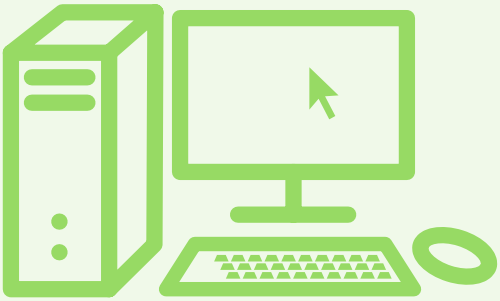
Unsere Bildungsangebote ...

Im Jahr 2013 fanden in unserem Haus 699 interne und öffentliche Veranstaltungen statt. Unsere Print- und Onlineangebote haben wir kontinuierlich erweitert: waren es 2009 noch 34 Publikationen, so haben wir 2013 bereits 55 herausgegeben. Gab es im Jahr 2009 noch weder Social Media, Streams oder Audiofiles, so hatten wir im Jahr 2012 bereits 149 Videos und 157 Audiofiles auf unserer Website. Die Aufrufe unserer Website haben von 2010 bis 2013 um 52 % zugenommen (auf 1.261.334 Besucher/innen). Trotz des stark gewachsenen Outputs verzeichnen wir einen moderaten Anstieg im Ressourcenverbrauch; unseren internen Papierverbrauch konnten wir seit 2009 um 25 % senken.



Unsere Lieferantinnen und Lieferanten ...

Sowohl bei Vermietungen als auch bei eigenen Veranstaltungen legen wir besonderen Wert auf ökologische Aspekte beim Catering: Es werden grundsätzlich Bioprodukte angeboten. Unsere Lieferant/innen verwenden – wenn irgend möglich – Produkte aus der Region und der Jahreszeit entsprechend. Unsere Druckereien haben bei Ausschreibungen neben dem Preis auch den jeweiligen CO_2-Ausstoß anzugeben und einen CO_2-Fußabdruck zu erstellen, der die Vorgaben der ISO 14064 oder des Greenhouse Gas Protocol berücksichtigt.



Unsere Prozesse ...

Die Stiftung pflegt ein offenes und transparentes Serversystem, in dem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zugriff auf sämtliche Daten haben, die für ihre Arbeit relevant sind. Die gemeinsame Ablage in einem Laufwerk ermöglicht einen einheitlichen Informationsstand aller Beteiligten, Transparenz und ein voneinander unabhängiges Arbeiten ohne Doppelablage.

Gremien

(Stand: 31. März 2014)

Mitgliederversammlung
Hartmut **Bäumer**
Klaus **Baumgärtner**
Marianne **Birthler**
Dr. Franziska **Brantner** – MdEP
Kajo **Breuer**
Dr. Gülay **Cağlar**
Prof. Dr. Claudia **Dalbert** – MdL
Katja **Dörner** – MdB
Dr. Carolin **Emcke**
Dr. Naika **Foroutan**
Ulrike **Gauderer**
Stefan **Gelbhaar** – MdA
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Leonore **Gewessler**
Christa **Goetsch** – MdHB
Dr. Robert **Habeck** – MdL
Britta **Haßelmann** – MdB
Dr. Dietrich **Herrmann**
Kathrin **Hoyer**
Michaele **Hustedt**
Dr. Christa **Karras**
Leo **Klotz**
Ute **Koczy** – MdB
Elisabeth **Krausbeck**
Erik **Lohse**
Chris **Ludwig**
Christoph **Meertens**
Prof. Dr. Dirk **Messner**
Daniel **Mittler**
Klaus **Müller**
Özcan **Mutlu** – MdA
Benjamin **Pfeifer**
Friederike **Pokatis**
Katrin **Rabus**
Irene **Reifenhäuser**
Katrin **Rönicke**
Stefanie **Schiffer**
Heike **Schiller**
Theresa **Schopper** – MdL
Dr. Michaele **Schreyer**
Prof. Dr. Tine **Stein**
Malti **Taneja**
Dr. Konstantin von **Notz** – MdB
Dr. Andreas **Weber**
Michael **Wedell**
Christoph **Zschocke**
Prof. Dr. Michael **Zürn**

Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter:
Christoph **Aust**
Ha Linh **Tran Thi**
Maria **Ketzmerick**
Alma **Kolleck**
Ulrike **Ziegermann**

Aufsichtsrat
Alexander **Baasner**
Hartmut **Bäumer**
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Britta **Haßelmann** – MdB
Christoph **Meertens**
Dr. Michaele **Schreyer**
Ingrid **Spiller**
Malti **Taneja**

Frauenrat
Dr. Sigrid **Arnade**
Kattrin **Bauer**
Birgit **Dederichs-Bain**
Prof. Dr. María **do Mar Castro Varela**
Nina **Katzemich**
Mechtild M. **Jansen**
Prof. Dr. Cäcilia **Rentmeister**
Dr. Martina **Schott**
Judith **Strohm**

Koordinationsgremium des Freundeskreises
Julius **Heinicke**
Elisabeth **Kiderlen**

Mitglieder Grüne Akademie
Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Tarek **Al-Wazir** – MdL
Birgitt **Bender**
PD Dr. Mechthild **Bereswill**
Dr. Thomas **Biebricher**
Marianne **Birthler**
Dr. Ingolfur **Blühdorn**
Prof. Dr. Angelo **Bolaffi**
Prof. Dr. Christina **von Braun**
Prof. Dr. Claudia **von Braunmühl**
Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**
Prof. Dr. Heinz **Bude**
Reinhard **Bütikofer** – MdEP
Prof. Dr. Thomas **Christaller**
Prof. Dr. Dr. h.c. Michael **Daxner**
Matthias **Dell**
Prof. Dr. Simone **Dietz**
Dr. Christine **Dörner**
Dr. Thea **Dückert**
Dr. Petra **Eggers**
Dr. Christoph **Egle**
Rainer **Emschermann**
Jan **Engelmann**
Anke **Erdmann** – MdL
Prof. Dr. Adalbert **Evers**
PD Dr. Rainer **Forst**
Georgia **Franzius**
Ralf **Fücks**
Anna Katharina **Gebbers**
Kai **Gehring** – MdB
Prof. Dr. Brigitte **Geißel**
Karsten **Gerlof**
Prof. Dr. Arnim **von Gleich**
Adrienne **Goehler**
Cristina Gómez **Barrio**
Prof. Dr. Stefan **Gosepath**
Dr. Sigrid **Graumann**
Prof. Dr. L. Horst **Grimme**
Melanie **Haas**
Dr. Robert **Habeck** – MdL
Rebecca **Harms** – MdEP
Dr. Dietrich **Herrmann**
Dr. Paula Marie **Hildebrandt**
Imma **Hillerich**
Dr. Jeanette **Hofmann**
Prof. Dr. Rahel **Jaeggi**
Pico **Jordan**
PD Dr. Otto **Kallscheuer**
PD Dr. Bertram **Keller**
Sibylle **Knapp**
Dr. Regina **Kreide**
PD Dr. Georg **Krücken**
Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**
Prof. Dr. Bernd **Ladwig**
Prof. Dr. Susanne **Lanwerd**
Dr. Birgit **Laubach**
Adriana **Lettrari**
PD Dr. Reinhard **Loske**
Dr. Linda-Marie **Ludwig**
Dr. Willfried **Maier**
Nicole **Maisch** – MdB
Christoph **Meertens**
Prof. Dr. Christoph **Menke**
Prof. Dr. Sigrid **Meuschel**
Dr. Jan **Minx**
Prof. Dr. Christoph **Möllers**
Johannes **Moes**
Dr. Michael **Münter**
Dr. Carsten **Neßhöver**
Dr. Gero **Neugebauer**
Prof. Dr. Frank **Nullmeier**
Dr. Ralph **Obermauer**
Prof. Dr. Claus **Offe**
Dr. Arnd **Pollmann**
Dr. Andreas **Poltermann**
Prof. Dr. Ulrich K. **Preuß**
Prof. Dr. Lothar **Probst**
Prof. Dr. Dr. Franz J. **Radermacher**
Prof. Dr. Juliane **Rebentisch**
Dieter **Rulff**
Dr. Thomas **Rixen**
Krista **Sager** – MdB
Prof. Dr. Thomas **Saretzki**
Manuel **Sarrazin** – MdB
Prof. Dr. Birgit **Sauer**
Joscha **Schmierer**
PD. Dr. Thomas **Schramme**
Dr. Christine **Schwarz**
Stephan **Schilling**
Dr. Simone **Schwanitz**
Dr. Kirsten **Selbmann**
Prof. Dr. Sandra **Seubert**
Peter **Siller**
PD Dr. Rudolf **Speth**
Prof. Dr. Tine **Stein**
Prof. Dr. Richard **Stöss**
PD Dr. Wolfgang **Strengmann-Kuhn** – MdB
Rena **Tangens**
Dr. Thorsten **Thiel**
Stefan **Tidow**
Dr. Ellen **Ueberschär**
Prof. Dr. Berthold **Vogel**
Sybille **Volkholz**
Prof. Dr. Christiane **Voss**
Mathias **Wagner** – MdL
Prof. Dr. Gabriele **Wilde**
Prof. em. Helmut **Wiesenthal**

Fachbeirat Nord-Süd
Dr. Muriel **Asseburg**
Dr. Achim **Brunnengräber**
Hans-Jürgen **Burhardt**
Prof. Dr. Ulf **Engel**
Thilo **Hoppe** – MdB
Sebastian **Kasack**
Michael **Krempin**
Lotte **Leicht**
Sabine **Meyer**
Melanie **Müller**
Dr. Roger **Peltzer**
Dirk **Scheelje**
Dr. Imme **Scholz**
Anja **Senz**
Dr. Karl-Heinz **Stecher**

Fachbeirat Europa/Transatlantik
Eltje **Aderhold**
Annalena **Baerbock**
Dr. Annegret **Bendiek**
Agnieszka **Brugger** – MdB
Reinhard **Bütikofer** – MdEP
Rainer **Emschermann**
Dr. Ulrike **Guérot**
Jost **Lagendijk**
Dr. Helmut **Lippelt**
Brigitte **Luggin**
Winfried **Nachtwei**
Dr. Martin **Rocholl**
Daniela **Schwarzer**
Jan **Seifert**
Rainder **Steenblock**
Dr. Constanze **Stelzenmüller**
Sylke **Tempel**
Viola von **Cramon** – MdB
Dr. Elisabeth **Weber**

Fachbeirat Studienwerk
Dr. Vanessa **Aufenanger**
Dr. Frieder **Dittmar**
Prof. Dr. Anita **Engels**
Stephan **Ertner**
Kai **Gehring** – MdB
Ulrike **Gote** – MdL
Prof. Dr. Sigrid **Graumann**
Prof. Dr. Uta **Klein**
Dr. Heike **Litzinger**
Prof. Dr. Peer **Pasternack**
Prof. Dr. Marco **Rieckmann**
Krista **Sager** – MdB
Dr. Simone **Schwanitz**
Dr. Ruth **Seidl** – MdL
Dr. Thorsten **Wilhelmy**

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

Aachen Prof. Dr. Christoph **Schneider,** Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
Bamberg Prof. Dr. Rainer **Drewello,** Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Prof. Dr. Thomas **Rixen,** Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Prof. Dr. Astrid **Schütz,** Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Bayreuth Prof. Dr. Erdmute **Alber,** Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier,** Universität Bayreuth; Prof. Dr. Stefan **Peiffer,** Universität Bayreuth
Berlin Prof. Dr. Beate **Binder,** Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Achim **Brunnengräber,** Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Antje **Bruns,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Claudia **Bruns,** Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Marc **Buggeln,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Marcelo **Caruso,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Sergio **Costa,** Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger,** Freie Universität Berlin; Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann,** Siegmund-Freud-Institut; Prof. Dr. Barbara **Fritz,** Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Christian **Garhammer,** Beuth Hochschule für Technik Berlin; Prof. Dr. Cilja **Harders,** Freie Universität Berlin; Dr. Susanne **Heim***; Dr. Julius **Heinicke,** Freie Universität Berlin; Dr. Dagmar **Heymann***; Prof. Dr. Anne **König,** Beuth Hochschule für Technik Berlin; Dr. Marianne **Kriszio,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Rainer **Kuhlen***; Prof. Dr. Bernd **Ladwig,** Freie Universität Berlin; Dr. Angela **Lammert***; Dr. Corinna **Langelotz,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf,** Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Prof. Dr. Beate **Meffert,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Rosemarie **Morana,** Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin; Dr. Nazir **Peroz,** Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Kerstin **Pinther,** Freie Universität Berlin; Dr. Isabel **Schäfer,** Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. habil. Anna Dorothea **Schulze,** Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Judith **Siegmund,** Universität der Künste Berlin; Dr. Eva **Sternfeld,** Technische Universität Berlin; Mg. Elzbieta **Sternlicht,** Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Sabine **Toppe,** Alice Salomon Hochschule Berlin; Prof. Dr. Anja **Walter,** MSB Medical School Berlin; Prof. Dr. Heike **Wiesner,** Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin; Dr. Gabriele **Wohlauf***
Bielefeld Prof. Dr. Klaus **Dammann,** Universität Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler,** Fachhochschule Bielefeld; Dr. Marlene **Müller,** Universität Bielefeld; Dr. Benno **Nietzel,** Universität Bielefeld
Birkenfeld Prof. Dr. Peter **Heck,** Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Stefan **Naumann,** Fachhochschule Trier
Bochum Prof. Dr. Anke **Fesenfeld,** Hochschule für Gesundheit; Prof. Dr. Sigrid **Graumann,** Evangelische Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe; Prof. Dr. Ilse **Lenz,** Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge,** Ruhr-Universität Bochum
Bonn Dr. Nina **Langen,** Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Prof. Dr. Andreas **Pangritz,** Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Brandenburg Prof. Dr. Uwe **Höft,** Fachhochschule Brandenburg
Braunschweig Prof. Dr. Wolfgang **Jonas,** Hochschule für Bildende Künste Braunschweig; Prof. Dr. Petra **Mischnick,** Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig; Prof. Dr. Rolf **Nohr,** Hochschule für Bildende Künste Braunschweig; Prof. Dr. Bettina **Wahrig,** Technische Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig
Breitenbrunn Dr. Christel **Walter,** Staatliche Studienakademie Breitenbrunn
Bremen Prof. Dr. Klaus **Boehnke,** Jacobs University Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser,** Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall,** Universität Bremen; Dr. Sabine **Horn,** Universität Bremen; Prof. Dr. Michi **Knecht,** Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier,** Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett,** LL.M., Universität Bremen; Dr. Heinz-Peter **Preußer,** Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst,** Universität Bremen
Chemnitz Prof. Dr. Cecile **Sandten,** Technische Universität Chemnitz; Prof. Dr. Günter **Voß,** Technische Universität Chemnitz
Coburg Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle,** Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg
Cottbus Prof. Dr. Marie-Theres **Albert,** Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Darmstadt Christian **Hochfeld***; Dr. Franziska **Müller,** Technische Universität Darmstadt
Dortmund Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel,** Technische Universität Dortmund
Dresden Prof. Dr. Uta **Berger,** Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Anja **Besand,** Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Johannes **Rohbeck,** Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag,** Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff,** Technische Universität Dresden; Dr. Johannes **Siemens,** Technische Universität Dresden
Duisburg Prof. Dr. Michael **Kaeding,** Universität Duisburg-Essen
Düsseldorf Prof. Dr. Simone **Dietz,** Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Dr. Michaela **Kuhnhenne,** Hans-Böckler-Stiftung; Prof. Dr. Ludger **Schwarte,** Kunstakademie Düsseldorf
Eberswalde Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt,** Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibisch,** Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde
Erfurt Prof. Dr. André **Brodocz,** Universität Erfurt; Prof. Dr. Jamal **Malik,** Universität Erfurt
Erlangen Prof. Dr. Kristina **Giesel,** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Andrea **Pagni,** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Dr. Gerd **Sebald,** Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Essen Prof. Dr. **Anne Schlüter,** Universität Duisburg-Essen
Esslingen Prof. Dr. Susanne **Dern,** Hochschule Esslingen; Prof. Dr. Birgit **Meyer,** Hochschule Esslingen; Prof. Dr. Ulrike **Zöller,** Hochschule Esslingen
Flensburg Prof. Dr. Gerd **Grözinger,** Universität Flensburg; Dr. Christine **Thon,** Universität Flensburg
Frankfurt/M. Prof. Dr. Ursula **Apitzsch,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Margrit **Brückner,** Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; PD Dr. Werner **Konitzer,** Fritz Bauer Institut; Prof. Dr. Helma **Lutz,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Christoph **Menke,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; Dr. Andreas **Nölke,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Uta **Ruppert,** Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Susanne **Schröter,** Johann Wolfgang Goethe-Universität
Frankfurt/O. Prof. Dr. Timm **Beichelt,** Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Freiburg i.Br. Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré,** Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Dr. Jan Christoph **Goldschmidt,** Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE; Dr. Anna Elisabeth **Growe,** Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Prof. Dr. Michael **Kochen***; Dr. Lena **Partzsch,** Albert-Ludwigs-Universität Freiburg; Prof. Dr. Carla **Rosendahl***; Prof. Dr. Britta **Schinzel***
Gelsenkirchen Prof. Dr. Friedrich **Kerka,** Westfälische Hochschule
Gießen Prof. Dr. Jörn **Ahrens,** Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Marianne **Friese,** Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Regina **Kreide,** Justus-Liebig-Universität Gießen
Göttingen Prof. Dr. Nicolai **Miosge,** Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilona **Ostner,** Georg-August-Universität Göttingen; PD Dr. Isabel **Richter,** Georg-August-Universität Göttingen
Halle/Saale Prof. Dr. Thomas **Bremer,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Isabell **Hensen,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Christiane **Lähnemann,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Frithjof **Meinel,** Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle; Prof. Dr. Werner **Nell,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Olk,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Pia **Schmid,** Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Hamburg Prof. Dr. Andrea **Blunck,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Ingrid **Breckner,** HafenCity Universität Hamburg; Jun. Prof. Dr. Sina **Farzin,** Universität Hamburg; Dr. Nina **Feltz,** Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Ursula **Neumann,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Kai-Uwe **Schnapp,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Louis Henri **Seukwa,** Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Prof. Dr. Anke **Strüver,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Friedrich **von Borries,** Hochschule für Bildende Künste Hamburg; Dr. Martina **Weber,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Wolfram **Weiße,** Universität Hamburg; Prof. Dr. Gesa **Ziemer,** HafenCity Universität Hamburg

Hannover Prof. Dr. Heike **Dieball,** Fachhochschule Hannover; Susanne **Eser,** Büro für kulturelle Unvernunft; Prof. Dr. Christine **Hatzky,** Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald,** Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Dr. Christine **Schwarz,** Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
Heidelberg Dr. Hüseyin **Aguicenoglu,** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Havva **Engin,** Pädagogische Hochschule Heidelberg; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung,** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Omar **Kamil,** Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg; Prof. Dr. Christiane **Schwieren,** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Steffen **Sigmund,** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Dr. Momme **von Sydow,** Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Hildesheim Prof. Dr. Ursula **Bredel,** Universität Hildesheim; Prof. Dr. Michael **Corsten,** Universität Hildesheim; Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt,** Universität Hildesheim; Dr. habil. Heike **Kahlert,** Universität Hildesheim; Dr. Julio **Mendívil,** Universität Hildesheim
Holzminden Prof. Dr. Leonie **Wagner,** HAWK Hildesheim/Holzminden/Göttingen
Höxter Prof. Dr. Klaus **Maas,** Hochschule Ostwestfalen-Lippe
Ilmenau Prof. Dr. Johann **Reger,** Technische Universität Ilmenau
Iserlohn Prof. Dr. Thomas **Meuser,** BiTS gGmbH
Jena Prof. Dr. Wolfgang **Behlert,** Fachhochschule Jena; PD Dr. Stephan **Lorenz,** Friedrich-Schiller-Universität Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer,** Fachhochschule Jena
Kaiserslautern Prof. Dr. Michael **Hassemer,** Technische Universität Kaiserslautern
Karlsruhe Dr. Stefan **Böschen,** Karlsruher Institut für Technologie; Prof. Dr. Norbert **Willenbacher,** Karlsruher Institut für Technologie
Kassel Dr. Manuela **Böhm,** Universität Kassel; Prof. Dr. Christoph **Scherrer,** Universität Kassel; Prof. Dr. Helen **Schwenken,** Universität Kassel; Prof. Dr. Elisabeth **Tuider,** Universität Kassel
Kiel Prof. Dr. Uta **Klein,** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner,** Fachhochschule Kiel; Prof. Dr. Konrad **Ott,** Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Köln Prof. Dr. Boris **Braun,** Universität zu Köln; Prof. Dr. Josef **Freise,** Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen ; Prof. Dr. Cornelius **Nestler,** Universität zu Köln
Konstanz Prof. Dr. Marius **Busemeyer,** Universität Konstanz; Dr. Oliver **Trevisiol,** Universität Konstanz
Landau Dr. Florian **Bernstorff,** Universität Koblenz-Landau; Heide **Gieseke,** Universität Koblenz-Landau
Leipzig Prof. Dr. Felix **Ekardt,** Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt,** Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst,** Universität Leipzig
Lenzen Prof. Dr. Birgit **Felinks,** Hochschule Anhalt
Lüneburg Prof. Dr. Sabine **Hofmeister,** Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten,** Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Daniel J. **Lang,** Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Gerda **Lischke,** Leuphana Universität Lüneburg; Prof. Dr. Peter **Pez,** Leuphana Universität Lüneburg
Magdeburg Prof. Dr. Thorsten **Unger,** Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg; Prof. Dr. Gerald **Warnecke,** Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
Mainz Prof. Peter **Kiefer,** Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel,** Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Mannheim Prof. Dr. Angela **Keppler,** Universität Mannheim
Marburg Dr. Atef **Botros,** Philipps-Universität Marburg; Dr. Michaela **Geiger,** Philipps-Universität Marburg; Prof. Dr. Susanne **Maurer,** Philipps-Universität Marburg
Müncheberg Dr. Aranka **Podhora,** Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung
München Prof. Dr. Markus **Babo,** Katholische Stiftungsfachhochschule München; Prof. Dr. Helga **Bilden,** Ludwig-Maximilians-Universität München; Prof. Dr. Constance **Engelfried,** Hochschule für angewandte Wissenschaften - Fachhochschule München; Prof.Dr. Mariacarla Gadebusch Bondio Technische Universität München; Dr. Gabriele **Hooffacker***; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro***; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz,** Ludwig-Maximilians-Universität München
Münster Prof. Doris **Fuchs,** Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Dr. Harry **Mönig,** Westfälische Wilhelms-Universität Münster; Prof. Dr. Gabriele **Wilde,** Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Neubiberg Prof. Dr. Franz **Kohout,** Universität der Bundeswehr München
Nürnberg Dr. Heidi **Hofmann,** Evangelische Fachhochschule Nürnberg; Walter **Sehrer***
Offenburg Prof. Dr. Anke **Weidlich,** Hochschule für Technik, Wirtschaft und Medien Offenburg
Oldenburg Prof. Dr. Gesa **Lindemann,** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Paul **Mecheril,** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner,** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Silke **Wenk,** Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Osnabrück Prof. Dr. Ulrich **Schneckener,** Universität Osnabrück; Prof. Dr. Ursula Eva **Wiese,** Hochschule Osnabrück
Paderborn Prof. Dr. Michael **Hofmann,** Universität Paderborn
Passau Prof. Dr. Christian **Thies,** Universität Passau
Potsdam Prof. Dr. Joachim **Gessinger,** Universität Potsdam; Dr. Jan Christoph **Minx,** Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung; Dr. Ines **Sonder,** Moses Mendelssohn Zentrum; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim,** Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg; Prof. Dr. Theresa **Wobbe,** Universität Potsdam; PD Dr. Gert **Zöller,** Universität Potsdam
Regensburg Maike **Berndt-Zürner,** Fachhochschule Regensburg
Rostock Dr. Gudrun **Heinrich,** Universität Rostock; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski,** Universität Rostock
Saarbrücken Prof. Dr. Holger **Buck,** Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer,** Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
Stendal Prof. Dr. Maureen Maisha **Eggers,** Hochschule Magdeburg-Stendal
Stuttgart PD Dr. Ralph O. **Schill,** Universität Stuttgart
Trier Prof. Dr. Helge **Rieder,** Fachhochschule Trier; Prof. Dr. Michael **Schönhuth,** Universität Trier; Dr. Rita **Voltmer,** Universität Trier
Tübingen Prof. Dr. Gabriele **Abels,** Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Dr. Karin **Widmayer***
Vechta Prof. Dr. Marco **Rieckmann,** Universität Vechta
Wiesbaden Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil,** Hochschule RheinMain
Witten Prof. Dr. Martin **Schnell,** Universität Witten/Herdecke
Wolfenbüttel Prof. Dr. Ludger **Kolhoff,** Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften; Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck,** Ostfalia – Hochschule für angewandte Wissenschaften
Wuppertal Prof. Dr. Rita **Casale,** Bergische Universität Wuppertal; Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann,** Bergische Universität Wuppertal; Prof. Dr. Gertrud **Oelerich,** Bergische Universität Wuppertal
Würzburg Dr. Viktoria **Däschlein-Geßner,** Julius-Maximilians-Universität Würzburg; Dr. Thomas **Kestler,** Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Im Ausland
Bern Dr. Renate **Ruhne,** Universität Bern
Klagenfurt Prof. Dr. Ulrike **Loch,** Alpen-Adria-Universität Klagenfurt
Linz Dr. Waltraud **Ernst,** Johannes Kepler Universität Linz
Luzern Prof. Dr. Marlies **Fröse,** Hochschule Luzern; Prof. Dr. Martin **Hartmann,** Universität Luzern
Oxford Dr. Wolfgang **Zumdick,** University of Oxford
Paris Dr. Milosz **Matuschek,** Université Paris - Panthéon-Sorbonne
Stockholm Dr. Sabine **Höhler,** KTH Royal Institute of Technology
Utrecht Dr. Christoph **Baumgartner,** Universiteit Utrecht
Wien PD Dr. Cornelia **Klinger***

* keine Hochschulangaben

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Prof. Dr. Gabriele **Abels**
Prof. Dr. Viola **Balz**
Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**
Dr. Florian **Bernstorff**
Dr. Manuela **Böhm**
Dr. Atef **Botros**
Paula **Bradish**
Prof. Dr. André **Brodocz**
Dr. Marc **Buggeln**
Prof. Dr. Stephan **Bundschuh**
Dr. Sebastian **Büttner**
Dr. Frieder **Dittmar**
Anne **Dudeck**
Sandra **Dümer**
Dr. Ellen **Euler**
Prof. Dr. Birgit **Felinks**
Dr. Nina **Feltz**
Prof. Dr. Juliane **Filser**
Dr. Michaela **Geiger**
Prof. Dr. Joachim **Gessinger**
Prof. Dr. Gerd **Grözinger**
Dr. Katrin **Grüber**
Fabian **Hamák**
Dr. Julius **Heinicke**
Dr. Sabine **Horn**
Dr. Manja **Hußner**
Prof. Dr. Johannes Salim **Ismaiel-Wendt**
Prof. Dr. Omar **Kamil**
Trudel **Karcher**
Prof. Dr. Claudia **Kraft**
Tim **Krause**
Prof. Dr. Regina **Kreide**
Dr. Sylvia **Kruse**
Prof. Dr. Margitta **Kunert-Zier**
Dr. Christiane **Lähnemann**
Dr. Ilka **Lennertz**
Dr. Britta **Leusing**
Prof. Dr. Andreas **Lob-Hüdepohl**
Helmuth **Lohan**
Dr. Daniel **Lübbert**
Dr. Alexandra **Lübcke**
Prof. Dr. Paul **Mecheril**
Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**
Prof. Dr. Birgit **Meyer**
Holger **Michel**
Dr. Jan Christoph **Minx**
Dr. Birgit **Möller**
Dr. Benno **Nietzel**
Prof. Dr. Gertrud **Oelerich**
Dr. Lena **Partzsch**
Vera **Rabelt**
PD Dr. Isabel **Richter**
Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**
Prof. Dr. Thomas **Rixen**
Dr. Renate **Ruhne**
Dr. Bianca **Schemel**
Prof. Dr. Christoph **Scherrer**
Jörg **Schreiber**
Prof. Dr. Joachim **Schulze**
Dr. Christine **Schwarz**
Dr. Siebo **Siems**
Dr. Rajinder **Singh**
Dr. Katharina **Spiegel**
Steffen **Stadler**
Judith **Strohm**
Achim **Toennes**
Prof. Dr. Sabine **Toppe**
Prof. Dr. Elisabeth **Tuider**
Nina **Turani**
Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**
Prof. Dr. Gerald **Warnecke**
Prof. Dr. Anke **Weidlich**
Dr. Inga **Winkler**

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Adressen

Stand: April 2014

Heinrich-Böll-Stiftung
Schumannstraße 8
10117 Berlin
T 030-28 53 40 **F** 030-28 53 41 09
E info@boell.de **W** www.boell.de

Archiv Grünes Gedächtnis
Eldenaer Straße 35
10247 Berlin
T 030-285 34-260 **F** 030-285 34-52 60
E archiv@boell.de

Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung

Europa und Nordamerika

Bosnien und Herzegowina
Heinrich-Böll-Stiftung
Čekaluša 42, 71000 Sarajevo
Bosnien und Herzegowina
T +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460
E info@ba.boell.org **W** www.ba.boell.org

Region Europäische Union
Heinrich-Böll-Stiftung, Rue d'Arlon 15,
1050 Bruxelles, Belgien
T +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09
E info@eu.boell.org **W** www.eu.boell.org

Kroatien
Heinrich-Böll-Stiftung, Preobraženska 2
10000 Zagreb, Kroatien
T +385-1-4812 530 **F** +385-1-481 89 77
E info@hr.boell.org **W** www.hr.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Prag)
Heinrich-Böll-Stiftung
Opatovická 28, 110 00 Praha 1, Tschechien
T +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74
E info@cz.boell.org **W** www.cz.boell.org

Region Mittel-Osteuropa (Warschau)
Heinrich-Böll-Stiftung
ul. Żurawia 45, 00-680 Warszawa, Polen
T +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37
E info@pl.boell.org **W** www.pl.boell.org

Region Nordamerika
Heinrich-Böll-Stiftung, 1432 K Street, NW
Suite 500, Washington, DC 20005, USA
T +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30
E info@us.boell.org **W** www.us.boell.org

Russland
Heinrich-Böll-Stiftung, Grusinskij Pereulok 3-231,
123056 Moskau, Russland
T +7-499-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14
E info@ru.boell.org **W** www.ru.boell.org

Region Südlicher Kaukasus
Heinrich-Böll-Stiftung
38, Zovreti st., 0160 Tbilisi, Georgien
T +995-32-238 04 67 **F** +995-32-291 28 97
E info@ge.boell.org **W** www.ge.boell.org

Region Südosteuropa
Heinrich-Böll-Stiftung
Mišarska 8, 11 000 Belgrad, Serbien
T +381-11-33 41 353 **F** +381-32 30 999
E info@rs.boell.org **W** www.rs.boell.org

Türkei
Heinrich-Böll-Stiftung
Inönü Caddesi, Hacı Hanım Sok 10/12+4
Gümüšsuyu 34439, Istanbul, Türkei
T +90-212-249 15 54 **F** +90-212-245 04 30
E info@tr.boell.org **W** www.tr.boell.org

Ukraine
Heinrich-Böll-Stiftung, Wolodymyrska Str. 18/2,
Office 3, 01034 Kiev, Ukraine
T +38 044 279 98 58 **F** +38 044 270 52 78
E info@ua.boell.org **W** www.ua.boell.org

Griechenland
Heinrich-Böll-Stiftung
Aristotelous Str. 3, 54624 Thessaloniki
T +30 2310 282829 **F** +30 2310 282832
E info@gr.boell.org **W** www.gr.boell.org

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Asien

Afghanistan
Heinrich-Böll-Stiftung, Qala-e-Fathullah,
Street 5, House Nr. 238, Kabul, Afghanistan
T +93-700-295 972
E info@af.boell.org **W** www.af.boell.org

China
Heinrich-Böll-Stiftung
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing, China
T +86-10-66 15 46 15 **F** +86-10-66 15 46 15-102
E info@cn.boell.org **W** www.cn.boell.org

Indien
Heinrich-Böll-Stiftung,
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,
New Delhi 110016, Indien
T +91-11-2685 4405 **F** +91-11-26 96 28 40
E in-info@in.boell.org **W** www.in.boell.org

Kambodscha
Heinrich-Böll-Stiftung, #8, Street 476
Sangkat Toul Tompoung I, Khan Chamkar Mon
Phnom Penh, Kambodscha
T +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482
E info@kh.boell.org **W** www.kh.boell.org

Region Pakistan
Heinrich-Böll-Stiftung, House# 5, Street# 90,
G-6/3, Embassy Road, Islamabad
T +92-51-2271545 **F** +92-51-2271548
E info@pk.boell.org **W** www.pk.boell.org

Region Südostasien
Heinrich-Böll-Stiftung
75 Sukhumvit 53 Klongton Neua, Wattana
Bangkok 10110,Thailand
T +02-66 25 9602 **F** +02-66 27576
E office@th.boell.org **W** www.th.boell.org

Afrika

Nigeria
Heinrich-Böll-Stiftung, 3rd Floor, Rukayyat Plaza
93, Obafemi Awolowo Way, Jabi District, Abuja
T +234-1-761 23 53
E info@ng.boell.org **W** www.ng.boell.org

Region Ostafrika/Horn von Afrika
Heinrich-Böll-Stiftung, Forest Road
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia
T +254-20-26 80 745 **F** +254-20-374 91 32
E ke-info@ke.boell.org **W** www.ke.boell.org

Region Südliches Afrika
Heinrich-Böll-Stiftung
8th Floor Vunani Chambers, 33 Church Street,
Cape Town 8000, Südafrika
T +27-21-461 62 66 **F** +27-21-424 40 86
E info@za.boell.org **W** www.za.boell.org

Nahost und Nordafrika

Israel
Heinrich-Böll-Stiftung
1 Har Sinai, Tel Aviv 65816, Israel
T +972-3-516 77 34 **F** +972-3-516 76 89
E info@il.boell.org **W** www.il.boell.org

Region Arabischer Naher Osten
Heinrich-Böll-Stiftung, Tal az-Zaatar St. 6
P.O. Box 2018 Ramallah, Palästina
T +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22
E info@ps.boell.org **W** www.ps.boell.org

Region Mittlerer Osten
Heinrich-Böll-Stiftung
266, Rue Gouraud, P.O. Box 175510
Gemmayzeh, Beirut, Libanon
T +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78
E info@lb.boell.org **W** www.lb.boell.org

Tunesien
Heinrich-Böll-Stiftung
5, Rue Jamel Abdennasser, 1000 Tunis, Tunesien
T +216 71 322 345 **F** +216 71 322 346
E info@tn.boell.org **W** www.tn.boell.org

Marokko
Heinrich-Böll-Stiftung
7, Rue Tiddas, Hassan, 10010 Rabat, Marokko
T +212-537 20 20 92 **E** rischewski@boell.de

Lateinamerika

Brasilien
Heinrich-Böll-Stiftung
Rua da Glória 190, ap. 701
20241-180 Rio de Janeiro, Gloria, Brasilien
T +55-21-32 21 99 00 **F** +55-21-32 21 99 22
E info@br.boell.org **W** www.br.boell.org

Region Cono Sur
Heinrich-Böll-Stiftung,
Avenida Francisco Bilbao 882, Providencia
752-0063 Santiago de Chile, Chile
T +56-2-2584 01 72 **F** +56-2-2584 01 72-101
E info@cl.boell.org **W** www.cl.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko /Karibik (Mexiko-Stadt)
Heinrich-Böll-Stiftung
Calle José Alvarado 12-B
Colonia Roma Norte, Delegación Cuauhtémoc,
CP 06760, México D.F., Mexiko
T +52-55-52 64 15 14 **F** +52-55-52 64 28 94
E mx-info@mx.boell.org **W** www.mx.boell.org

Region Mittelamerika/Mexiko/Karibik (San Salvador)
Heinrich-Böll-Stiftung
Residencial Zanzibar,
Pasaje A-Oriente No. 24, San Salvador, El Salvador
T +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32
E sv-info@sv.boell.org **W** www.mx.boell.org

Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg
Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart
T 0711-26 33 94 10 **F** 0711-26 33 94 19
E info@boell-bw.de **W** www.boell-bw.de

Petra-Kelly-Stiftung Bayern
Reichenbachstraße 3a, 80469 München
T 089-24 22 67 30 **F** 089-24 22 67 47
E info@petra-kelly-stiftung.de **W** www.petrakellystiftung.de

Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung
Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin
T 030-612 60 74 **F** 030-618 30 11
E info@bildungswerk-boell.de
W www.bildungswerk-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Dortustraße 52, 14467 Potsdam
T 0331-200 57 80 **F** 0331-200 57 820
E organisation@boell-brandenburg.de
W www.boell-brandenburg.de

Heinrich-Böll-Stiftung Bremen
Plantage 13, 28215 Bremen
T 0421-35 23 68 **F** 0421-35 23 89
E ruedel.boell@arcor.de **W** www.boell-bremen.de

Umdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg
Kurze Straße 1, 20355 Hamburg
T 040-389 52 70 **F** 040-380 93 62
E info@umdenken-boell.de **W** www.umdenken-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Hessen
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt am Main
T 069-23 10 90 **F** 069-23 94 78
E info@hbs-hessen.de **W** www.hbs-hessen.de

Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern
Mühlenstraße 9, 18055 Rostock
T 0381-492 21 84 **F** 0381-492 21 56
E post@boell-mv.de **W** www.boell-mv.de

Stiftung Leben und Umwelt
Heinrich-Böll-Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover
T 0511-301 85 70 **F** 0511-301 85 714
E info@slu-boell.de **W** www.slu-boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen
Graf-Adolf-Straße 100, 40210 Düsseldorf
T 0211-93 65 08 0 **F** 0211-93 65 0825
E info@boell-nrw.de **W** www.boell-nrw.de

Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz
Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
T 06131-90 52 60 **F** 06131-90 52 69
E mainz@boell-rlp.de **W** www.boell-rlp.de

Heinrich-Böll-Stiftung Saar
Talstraße 56, 66119 Saarbrücken
T 0681-58 35 60 **F** 0681-58 35 36
E boell.stiftung@t-online.de **W** www.boell-saar.de

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden
T 0351-494 33 11 **F** 0351-494 34 11
E info@weiterdenken.de **W** www.weiterdenken.de

Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt
Leipziger Straße 36, 06108 Halle (Saale)
T 0345-202 39 27 **F** 0345-202 39 28
E info@boell-sachsen-anhalt.de
W www.boell-sachsen-anhalt.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein
Heiligendammer Straße 15, 24106 Kiel
T 0431-906 61 30 **F** 0431-906 61 34
E info@boell-sh.de **W** www.boell-sh.de

Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen
Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
T 0361-555 32 57 **F** 0361-555 32 53
E info@boell-thueringen.de **W** www.boell-thueringen.de

Zoom Seitenbreite Suchen Inhalt mit Links 2-Seiten Vollbildmodus ein/aus

Fördern und spenden

Wir danken unseren Unterstützern und Unterstützerinnen!
Mit ihrem ehrenamtlichen Engagement als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen viele Menschen, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Sie unterstützen die Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis, durch Spenden, Zustiftungen, Patenschaften oder langfristige Partnerschaften. Für dieses große Engagement und ihr Vertrauen bedanken wir uns herzlich!

So können auch Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Freundeskreis
Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen. Unsere Mitglieder haben u.a. die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnerinnen und Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.

Mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autorinnen und Autoren im Heinrich-Böll-Haus
Sie ermöglichen damit internationalen Autor/innen und Künstler/innen einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort können sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten. Den Spendenaufruf für das Stipendienprogramm unterstützen die Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész.

Mit einer Beteiligung an der TuWas – Stiftung für Gemeinsinn
Die TuWas-Stiftung ist im Juni 2013 gegründet worden. Die grüne Förderstiftung wurde mit großem Engagement von Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt. Um die vielen guten Ideen umsetzen zu können, brauchen wir weitere Unterstützung! Als erstes Projekt hilft die TuWas-Stiftung einer mexikanischen Fraueninitiative, die sich gegen systematische Morde an Frauen engagiert. Wir wickeln das Projekt über www.betterplace.org ab, damit alle Spenden dem Projekt zufließen und keine Verwaltungskosten entstehen.
Wir wollen unsere Projektideen mit Ihren Spenden oder Zustiftungen verwirklichen. Als Stiftende können Sie bestimmen, für welche Zwecke Ihre Zustiftung oder Spende verwendet werden soll, oder vereinbaren, wofür das eingelegte Geld über einen bestimmten Zeitraum – seien es fünf oder 50 Jahre – verbraucht wird. Da die TuWas-Stiftung gemeinnützig ist, sind Spenden und Zustiftungen bis zu einer Million Euro steuerlich begünstigt.
W www.tuwasstiftung.de

Beitrittserklärung: Absender/in

Name:
Vorname:
Institution/ Organisation:
○ dienstlich ○ privat
Anschrift
Straße:
PLZ/Ort:
E-Mail:
Telefon/Fax:

Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

○ Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/ Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Bildschirm-Formular

Postkarte bitte mit 45c freimachen

Heinrich-Böll-Stiftung

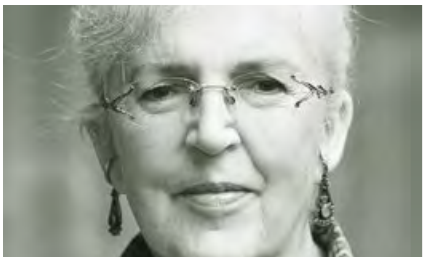
Freundinnen und Freunde
Schumannstraße 8

10117 Berlin

Freundinnen und Freunde

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
FREUNDINNEN + FREUNDE

«Die Heinrich-Böll-Stiftung ist ein Stück autonomer und engagierter politischer Kultur in Deutschland – sie verdient Ihre Unterstützung.» György Dalos, ungarischer Autor in Berlin Foto: hbs



«Die grüne Heinrich-Böll-Stiftung setzt sich für die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit unseres Handelns ein.» Dr. Christine von Weizsäcker, Biologin Foto: hbs

«Eine Begegnungsreise zu den ausländischen Projektpartnern der Stiftung erweitert den Horizont und klingt lange nach.» PD Dr. Ingke Goeckenjan, Rechtswissenschaftlerin Foto: hbs

Ansprechpartnerin für die Freundinnen und Freunde, Spender/innen und Sponsor/innen:
Ulrike Cichon
T 030-28534-112 F -5112
E cichon@boell.de
W www.boell.de/freundeskreis

Spenden-/Beitragskonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BIC BFSW DE 33 BER
IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02
Gläubiger-ID im SEPA-Lastschriftverfahren:
DE17ZZZ00000360794
Ihr Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar und Ihre Mitgliedschaft jederzeit kündbar.

Die Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen die Werte und Ziele der Stiftung. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie unbürokratisch und schnell Menschenrechtsaktivist/innen, Künstler/innen und Kunstprojekte. Wir laden Sie ein, Mitglied zu werden und damit Teil unserer grünen Ideenwerkstatt und unseres internationalen Netzwerkes zu sein – ob als Privatperson, als Institution oder als Unternehmen. Als Freund oder Freundin tragen Sie dazu bei, Qualität und Selbständigkeit der Heinrich-Böll-Stiftung langfristig zu sichern.

Neben Einladungen zu besonderen Veranstaltungen, wie z. B. Preisverleihungen, erhalten die Mitglieder Informationen über aktuelle Entwicklungen der Stiftungsarbeit und die Aktivitäten des Freundeskreises. Eine breite Palette an Veranstaltungen mit und für die Freundinnen und Freunde bietet Gelegenheit, miteinander ins Gespräch zu kommen, politische Konzepte und Entwicklungen zu diskutieren und die Stiftungsarbeit näher kennenzulernen. Mindestens einmal im Jahr verreisen die Freundinnen und Freunde. Im Jahr 2013 führte die Reise nach Tunesien.

Informieren Sie sich über unser Programm:
www.boell.de/freundeskreis

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

Mitglied

- ○ mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- ○ mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von _____ €
- ○ mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- ○ mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- ○ mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von _____ €

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Zahlungsweise

Bildschirm-Formular

○ **SEPA*-Lastschriftmandat**
Ich ermächtige die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs), Gläubiger-ID DE17ZZZ00000360794, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der hbs auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber/in (falls abweichend): _____
Kreditinstitut: _____
BIC: ○○○○ ○○ ○○ ○○○
IBAN: ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○○○ ○○

Die Mandatsreferenz wird mir durch die hbs separat mitgeteilt.

Datum, Ort und Unterschrift: _____

○ **Ich überweise meinen Beitrag selbst** auf das Konto der Heinrich-Böll-Stiftung, IBAN DE11 1002 0500 0003 0767 02.

Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.
- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.
- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In-und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

Organisationsplan der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Stand: 30. April 2014
Schumannstraße 8, 10117 Berlin T **030-28534-0** F **030-28534-109**
W **www.boell.de** E **info@boell.de, presse@boell.de, besuchergruppen@boell.de** K **Kontakt:** *Nachname*@boell.de

Mitgliederversammlung 49 Mitglieder

Aufsichtsrat 9 Mitglieder

Vorstand

Ralf Fücks
Michael Walther
Sekretariat: Anke Bremer (-105)

Barbara Unmüßig
Claudia Rolf
Sekretariat: Kathrin Klaua (-114)

Gemeinschaftsaufgaben

Geschlechterdemokratie
Henning von Bargen

Interkulturelles Management/ Diversity
Mekonnen Mesghena

Geschäftsführung

Dr. Livia Cotta
Eva-Maria Betz
Jülide Arik (-111) (bis 05/14)
Paulina Berndt

Freundinnen und Freunde
Ulrike Cichon (-112)

Interne Revision
Günther Öchsner
Christa Drießen

Projekt Fiona
Dr. Kristina Heße
Ellen Deuse
Nisveta Seho

Gremien und Fachbeiräte

Freundinnen und Freunde
Frauenrat
Fachbeirat Studienwerk
Fachbeirat Nord-Süd
Fachbeirat Europa/Transatlantik

Internationale Zusammenarbeit

Leitung: Steffen Heizmann
Ina Bogusz (-302)
Stephanie Mendes Candido (-300)

Internationale Politik
Dr. Heike Löschmann
Joanna Barelkowska, Ulla Niehaus

Internationale Umweltpolitik
Lilia Fuhr
Inka Bosch (bis 06/14)
Björn Ecklundt (ab 07/14),
Kristin Funke, Annette Kraus

Internationale Agrarpolitik
Dr. Christine Chemnitz
Sonja Kundler, Inka Drewitz

Außen- und Sicherheitspolitik
Gregor Enste
Barbara Assheuer
Joanna Barelkowska

Demokratieförderung
Jana Mittag
Ulrike Seidel

Regionalreferat Afrika
Leitung: Kirsten Maas-Albert
Beate Adolf, Nicola Egelhof,
Maria Kind, Nils Stelling

Büro Kapstadt:
Layla Al-Zubaidi

Büro Nairobi:
Katrin Seidel

Büro Abuja:
Christine K

Regionalreferat Nahost und Nordafrika
Leitung: Dr. Antonie Nord
Bernd Asbach (bis 07/14)
Birgit Arnhold, Renate Eisape,
Marlies Rüster

Büro Tel Aviv:
Kerstin Müller

Büro Ramallah:
Dr. René Wildangel

Büro Tunis:
Joachim Paul

Büro Rabat:
Dr. Dorothea Rischewski

Büro Beirut:
Dr. Bente Scheller

Regionalreferat Asien
Leitung: Katrin Altmeyer
Jost Pachaly
Thorsten Volberg, Petra
Zimmermann, Ella Daschkey,
Clemens Kunze

Büro Bangkok:
Manfred Hornung

Büro Islamabad:
Britta Petersen (bis 03/14)

Büro Afghanistan:
Marion Müller (Arbeitsort: Berlin)

Büro Neu Delhi:
Dr. Axel Harneit-Sievers

Büro Phnom Penh:
Ali Al-Nasani

Büro Peking:
Michael Büsgen (bis 06/14)

Regionalreferat Ost- und Südosteuropa
Leitung: Walter Kaufmann
Gudrun Fischer, Robert
Sperfeld, Katja Giebel,
Nina Happe

Büro Belgrad:
Dr. Andreas Poltermann

Büro Moskau:
Jens Siegert

Büro Kiew:
Dr. Kyryl Savin

Büro Tbilisi:
Nino Lejava

Büro Sarajevo:
Mirela Grünther-Decevic

Büro Zagreb:
Vedran Horvat

Regionalreferat Lateinamerika
Leitung: Ingrid Spiller
Petra Tapia, Ines Thomssen, Iciar
Oquinena, Julia Ziesche

Büro Mexiko-Stadt:
Annette von Schönfeld

Büro Rio de Janeiro:
Dr. Dawid Bartelt

Büro Santiago de Chile:
Michael Alvarez Kalverkamp
(bis 07/14)

Regionalreferat EU/Nordamerika
Leitung: Dr. Sergey Lagodinsky
Dr. Christine Pütz
Ewa Peteja, Sandra Nenninger,
Sigrid Lukoschus, Christian
Schwöbel

Büro Brüssel:
Bastian Hermisson

Büro Istanbul:
Dr. Ulrike Dufner

Büro Prag:
Eva van de Rakt

Büro Thessaloniki:
Olga Drossou

Büro Warschau:
Irene Hahn-Fuhr

Büro Washington:
Klaus Linsenmeier

Steuerung und Evaluierung
Julia Scherf
Kirsten Dagane, Sabine Hämmer-
ling, Murat Pekün, Angelika Röss
ler, Ruth Kleefisch, Liliya Deryn

Qualitätsmanagement und Evaluierung
Christiane Dilger

Politische Bildung Inland

Leitung: Peter Siller
Petra Stegemann (-248)
Andrea Mesch

Programmteam I
(Schwerpunkt: Demo-grafischer Wandel)

Bildung und Wissenschaft
Philipp Antony
David Handwerker

Sozialpolitik
Peter Sellin (bis 02/14)
Dorothee Schulte-Basta (ab 03/14)
Lisa Beier, Claire Luzia Leifert

Migration und Diversity
Mekonnen Mesghena
Julia Brilling (MID-Website)
Samira Jamal

Programmteam II
(Schwerpunkt: Ökologische Wende)

Ökologie und Nachhaltigkeit
Dorothee Landgrebe
Rita Hoppe, Zoha Aghamehdi

Wirtschaft und Finanzen
Ute Brümmer
Monika Steins

Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
Sabine Drewes
Andrea Meinecke

Programmteam III
(Schwerpunkt: Digitaler Wandel)

Demokratie
Dr. Anne Ulrich
Eike Botta-Venhorst

Kulturpolitik und Neue Medien
Christian Römer
Karin Lenski

Gesellschaftspolitik
Michael Stognienko

Politische Bildung Inland

Leitung: Peter Siller
Petra Stegemann (-248)
Andrea Mesch

Grüne Akademie
Leitung: Dr. Anne Ulrich
Stephan Depping

Archiv Grünes Gedächtnis
Leitung: Dr. Christoph Becker-Schaum
Julia Bresgott, Robert Camp, Anne Vechtel, Steffi Rönnefarth, Eva Sander

Heinrich Böll Leben und Werk (Köln)
Dr. Jochen Schubert
Markus Schäfer

Haus Langenbroich
Sigrun Reckhaus

Gunda-Werner-Institut

Leitungen: Henning von Bargen, Birgitta Hentschel
Susanne Diehr
Christiane Bornstedt
Christine Weiß
Francesca Schmidt

Weiterbildungsakademie GreenCampus

Leitung: Christian Neuner-Duttenhofer
Anita Roggen (intern. Weiterbildung)
Wolfgang Pohl (Kommunalpolitik)
Maria Pajonk
Barbara Heitkämper

Studienwerk

Leitung: Dr. Ulla Siebert
Bärbel Karger (-400)
Kathrin Hohmann-Mehring

Studienförderung
Gabriele Tellenbach
Elsbeth Zylla
Kerstin Simonis
Anja Schleich
Birgit Kahlau
Angelika Steinborn
Malgorzata Lewandowska
Sabrina Anastasio

Promotionsförderung
Dr. Tamara Or
Wilma Weber
Cindy Ballaschk

Auswahlverfahren
Miriam Ries

Alumni-Programm
Dr. Janina Bach

Finanzen
Liette Thill

«Transformation gestalten»
Nursemin Sönmez
Christoph Heilmeier

Unternehmensdienste

Kommunikation

Leitung: Annette Maennel
Natalie Alhawari (-200)

Presse
Ramona Simon (bis 04/14), Vera Lorenz, Michael Alvarez Kalverkamp (ab 08/14)

Online-Redaktion/Internet
Markus Reuter
Peggy Marquardt
Hanno Stecher (bis 05/14)
Mirja Brücker

Lektorat
Bernd Rheinberg
Susanne Dittrich

Layout/Marketing
Elke Paul
Maria Lüdtke
Uta Belkius (bis 05/14)
Sabrina Horn (Besuchergruppen)

Konferenzzentrum
Gundula Fienbork
Eva Klakl, Julia Reiter, Tini Leonhardt, Sabine König, Soumicha El Homri, Mamadou Lamine Hane

Haushalt und Finanzen

Leitung: Christian Fronda
Katrin Suwart (-141)

Haushalt und Bilanzierung
Christian Fronda
Uta Kehr
Karla Sieck
Jan Schmidt
Miljka Müller

Operative Finanzbuchhaltung
Michaela Krethe
Jutta Rickmann
Valerian Rautenberg
Marianne Brade
Hans-Jörg Wilhelm
Munkhzul Togmid
Silke Richter
Katja Hamelt

Stabstelle Controlling
Alexander Baasner

Richtlinie
Dr. Gerd Frickenhelm

IT/Technische Dienste

Leitung: Bert Bloss
Martina Kulla (-170)

Server- und Netzbetriebe
Dietmar Grabbert
Gabriele Holländer
Bettina Schwarzlose
Christopher Golze
Lutz Melich

Technische Dienste
Martina Kulla
Aline Streciwilk

Personal

Leitung: Petra Nibbe

Personalbetreuung
Marzena Matuschak
Sabine Popielski
Sylvia Spöhr
Swetlana Kuzjaev
Nadine Arendt

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung. Im Jahr 2013 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 310 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat im April 2013 Dr. Livia Cotta übernommen. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Belgien, in Polen, Tschechien, der Türkei, Griechenland, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Tunesien, Marokko, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Im Jahr 2013 standen der Stiftung rund 51 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V. – Die grüne politische Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
T 030–28 53 40 **F** 030–28 53 41 09 **E** info@boell.de **W** www.boell.de